

Einzelplan 09

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramm Nettoausgaben nach Ausgabearten	6
Kap. 09 01 Ministerium	7
Kap. 09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	13
Kap. 09 03 Justizvollzugsanstalten	30
Kap. 09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	47
Kap. 09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	53
Kap. 09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	58
Kap. 09 08 Staatsanwaltschaften	62
Kap. 09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	70
Kap. 09 11 Europaangelegenheiten	75
Kap. 09 40 Kulturförderung	83
Kap. 09 41 Kirchenangelegenheiten	99
Kap. 09 42 Landesarchiv	102
Kap. 09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek	110
Kap. 09 44 Archäologisches Landesamt	115
Kap. 09 45 Landesamt für Denkmalpflege	121
Kap. 09 46 Erwachsenenbildung	127
Einnahmen und Ausgaben 2014	132
VE-Abschluss 2014	134
Einnahmen MG/TG 2014	135
Ausgaben MG/TG 2014	136
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0902	138
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0903	139
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0904	141
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0905	142
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0906	143
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0908	144
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0909	145
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0911	146
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0940	148
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0941	152
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0942	153
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0943	155
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0944	157
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0945	159
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 0946	161
Statistiken des Epl. 09	163
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	165

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen:

Das Ministerium gliedert sich in 5 Abteilungen:

1. Allgemeine Angelegenheiten
2. Justizvollzug, Soziale Dienste der Justiz, Freie Straffälligenhilfe, Therapieunterbringung
3. Rechts- und justizpolitische Angelegenheiten, Gerichte und Staatsanwaltschaften, Gnadenwesen
4. Kultur
5. Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa gehören:

1. *Justiz*

die Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit
(1 Oberlandesgericht als Landesoberbehörde,
4 Landgerichte,
22 Amtsgerichte),

die Staatsanwaltschaften
(1 Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht
als Landesoberbehörde,
4 Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten),

die Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit
(1 Obergericht als Landesoberbehörde,
1 Verwaltungsgericht),

die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit
(1 Landessozialgericht als Landesoberbehörde,
4 Sozialgerichte),

das Finanzgericht als Landesoberbehörde

die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit
(1 Landesarbeitsgericht als Landesoberbehörde,
5 Arbeitsgerichte)

5 Justizvollzugsanstalten,
1 Jugendanstalt,
1 Jugendarrestanstalt,
1 Abschiebungshafteinrichtung

2. *Förderung von Kunst und Kultur*

das Landesarchiv
die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek
das Archäologische Landesamt
das Landesamt für Denkmalpflege

Der Schutz und die Förderung von Kunst und Kultur, der Erwachsenenbildung sowie der Volkshochschulen sind in Artikel 9 der Landesverfassung festgeschrieben. Die veranschlagten Mittel der Kapitel 0940 und 0942 bis 0946 dienen im Wesentlichen der Stärkung der kulturellen Infrastruktur und dem Erhalt des kulturellen Erbes. Sie unterstützen insbesondere das Theater- und Musikwesen, Literatur, Museen und Ausstellungen, bildende Kunst und Filmarbeit, Soziokulturelle Zentren, Heimat- und Denkmalpflege, Gedenkstätten und historische Lernorte, das öffentliche Archiv- und Büchereiwesen und die Erwachsenenbildung. Das Kapitel 0941, das auch diesem Aufgabenbereich zuzurechnen ist, regelt die Wahrnehmung der Beziehungen des Landes Schleswig-Holstein zu den Kirchen sowie den Religionsgemeinschaften.

3. Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

3.1 Europaangelegenheiten

Zu den europapolitischen Aktivitäten zählen insbesondere:

- Vertretung der Interessen des Landes gegenüber den Dienststellen und Institutionen der EU durch das Hanse-Office Brüssel
- Koordinierung der landespolitischen Schwerpunkte der Europapolitik der Landesregierung
- Europapolitische Grundsatzangelegenheiten
- Reform der EU-Kohäsionspolitik
- Frühwarnsystem
- Integrierte europäische Meerespolitik
- Europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

3.2 Ostsee- und Nordseeangelegenheiten

Zu den Ostsee- und Nordsee bezogenen Aktivitäten zählen insbesondere:

- grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit
- Umsetzung der Dänemark- Strategie der Landesregierung - Koordination der Ostseezusammenarbeit der Landesregierung
- Pflege der Partnerschaften des Landes mit Eastern Norway County Network (Norwegen), Region Syddanmark (Dänemark), Pomorskie/Pommern (Polen), Kaliningrad Oblast (Russland) und den drei ostrobothnischen Regionalverbänden (Finnland)
- Zuständigkeit für die Schleswig-Holstein Büros in Kaliningrad, Vilnius, Riga und Tallinn sowie für die gemeinsam mit Hamburg betriebenen Hanse-Office Danzig und Hanse-Office St. Petersburg
- Mitarbeit in der Baltic Sea States Subregional Co-operation - Konferenz der Ostsee-Subregionen
- Koordinierung der Nordseekooperation der Landesregierung

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Der im Jahre 2001 errichtete Landesbetrieb Vollzugliches Arbeitswesen (VAW) wird zum 01.01.2014 aufgelöst und in die kameralistische Haushaltsführung zurückgeführt. Für den Bereich der Arbeitsverwaltung wird die kaufmännische doppelte Buchführung wieder auf das kamerale Rechnungswesen umgestellt.

Seit einigen Jahren stagnieren die Einnahmen des Landesbetriebes. Die Beschäftigungszahlen in den produktiven Bereichen sind aufgrund der veränderten Gefangenenklientel rückläufig.

In den JVA'en werden zwei Buchführungssysteme vorgehalten, deren Abstimmung zu einem erheblichen zusätzlichem Aufwand führt. Diese Rahmenbedingungen gaben Anlass, die Struktur des Landesbetriebes VAW hinsichtlich dessen Organisationsform, Zielsetzung und Zielerreichung zu überprüfen. Im Ergebnis ist das Festhalten an der Organisationsstruktur „Landesbetrieb“ unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht wirtschaftlich. Daher wird der Landesbetrieb VAW zum Jahr 2014 aufgelöst.

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Das Landesverfassungsgericht ist zugleich Gericht und Verfassungsorgan. Als Verfassungsorgan tritt das Landesverfassungsgericht gleichberechtigt neben Landtag und Landesregierung. Um dieser Rechtstellung nachzukommen, wird ab dem Haushaltsjahr 2014 für das Landesverfassungsgericht ein eigener Einzelplan 15 eingerichtet. Die bislang mit im Kapitel 0904 veranschlagten Einnahmen und Ausgaben des Landesverfassungsgerichts werden in den Epl. 15 übertragen.

Im Zusammenhang mit der Auflösung des Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen (VAW) wurde die Struktur des Kapitels 0903 geändert. Es wurde eine neue Maßnahmegruppe 01 „Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen“ eingerichtet und die Haushaltsmittel aus dem ehemaligen Grundhaushalt zur Qualifizierung von Gefangenen und einigen wenigen Ansätzen aus der ehemaligen Titelgruppe 61 (Gefangenenpflege) übertragen. Die ehemalige Titelgruppe 61 wurde in die Maßnahmegruppe 02 „Versorgung und Behandlung von Gefangenen“ überführt und neu strukturiert.

In der Maßnahmegruppe 01 „Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen“ werden alle Haushaltstitel zusammengefasst, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem gesetzlichen Beschäftigungsauftrag stehen. Die schulischen und beruflichen Bildungsmaßnahmen sowie der Bereich Arbeit sind sehr eng miteinander verzahnt, häufig wird die gleiche Infrastruktur genutzt. Die Haushaltsmittel können so flexibel und bedarfsgerecht eingesetzt werden. In der Maßnahmegruppe 02 „Versorgung und Behandlung von Gefangenen“ werden die Titel der ehemaligen TG 61 „Gefangenenpflege“ sowie die Titel aus dem Grundhaushalt zusammengefasst, die sich unmittelbar auf die Versorgung und Behandlung der Gefangenen auswirken. Im Grundhaushalt verbleiben die „klassischen“ Verwaltungsausgaben, die Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug der Sicherungsverwahrung sowie die direkten Ausgaben für die Durchführung der Abschiebungshaft.

D. Leerstellen

<i>-Ohne kostenwirksame Leerstellen-</i>	
Kapitel	Stand 01.02.2013
0901	3
0902	129
0903	9
0904	2
0905	12
0906	0
0908	26
0909	1
0942	1
0943	1
0944	0
0945	0
Gesamt	184

Diese Leerstellen sind in den Kapiteln und in dem Gesamtabschluss nicht enthalten.

E. Personalkostenbudget

Personalkostenbudget Epl. 09 (OG 42)

Soll 2014: 232.567,8 T€

Vollzeitäquivalente:

Stand 31.03.2013: 5.245,32

Nachrichtlich:

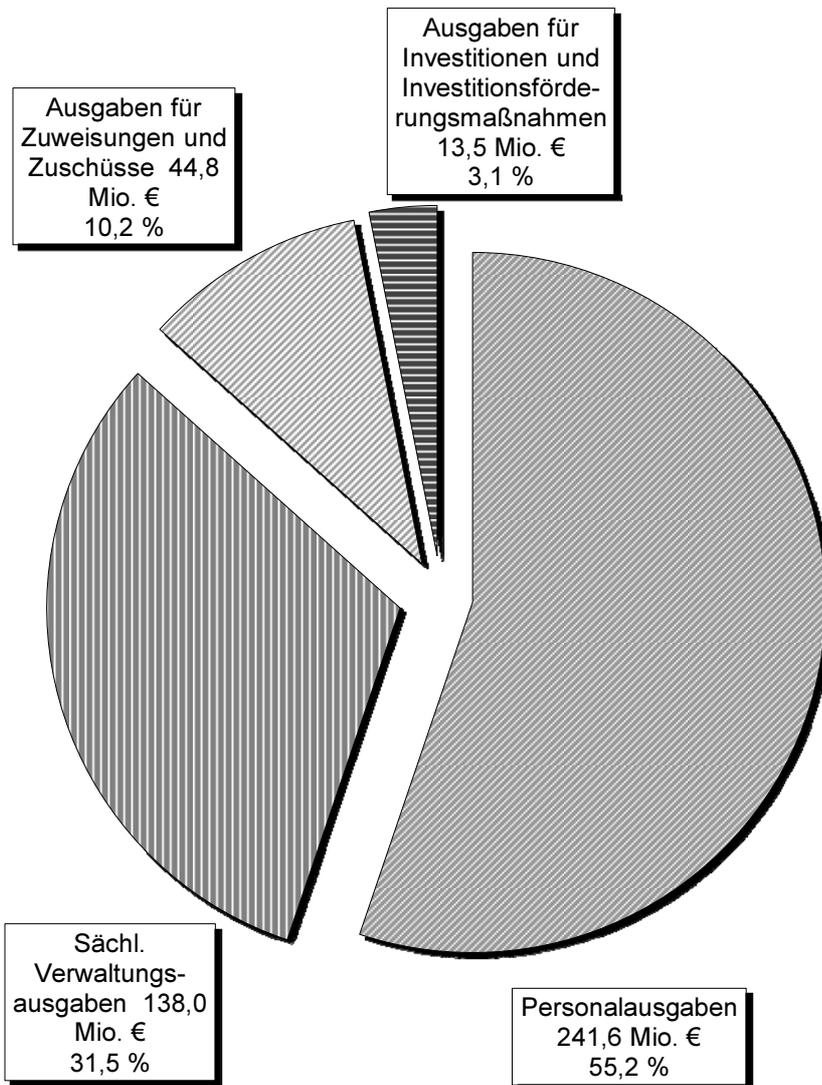
1. Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
 - a) Anzahl Stand 01.01.2012 2.469
Anzahl Stand 01.01.2013 2.520
 - b) Ist 2012 - in T€ 73.713,0
Soll 2013 - in T€ 76.148,6
Soll 2014 - in T€ 79.474,5
2. Vor der regulären Pensionsaltersgrenze vorzeitig in Ruhestand versetzte Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
 - a) Anzahl in 2012 12
 - b) durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären Pensionsaltersgrenze 5,8 Jahre
3. Schwerbehinderte Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 2012)

Arbeitsplätze nach dem SGB IX	5.106
Pflichtquote (5 %)	255
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	347

	2013	2014
	- in T€ -	
Budget I	367.894,7	379.525,0
Budget II	52.051,6	58.312,2

F. Sonstiges

Einzelplan 09 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2014



09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 03 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0901 verwendet werden.

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	8,0	8,0
			10,0	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind insbesondere Gebühren für die Entscheidung über Anträge auf Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen.		
119 99	011	Vermischte Einnahmen	5,0	1,0
			0,1	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind u.a. die Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage Personal	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Tit. 919 01.		
359 03	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 02.		
Summe der Einnahmen			13,0	9,0
			10,1	

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

421 01	011	Bezüge der Ministerin bzw. des Ministers	130,0 142,5	130,0																				
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten 12,5 T€ übertragen von Tit. 1012 - 422 01. Erläuterungen: Gemäß § 50 Abs. 1 LHO wurde die Zuständigkeit für Betreuungsvereine zum 01.10.2013 vom MSGFG auf das MJKE übertragen (vgl. Tit. 0902 - 684 03). Darüber hinaus weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf und des Stellenabbaupfades.	5.914,9 4.557,4	5.717,5																				
427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	40,0 22,3	40,0																				
427 04	011	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0 0,0	0,0																				
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 15,0 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01. Erläuterungen: Umsetzung Beförderungspaket.	3.745,0 3.935,6	3.760,0																				
429 01	011	Ausgaben für Besoldungs- und Tarifierhöhungen 7.594,3 T€ übertragen von Tit. 1111 - 461 01. Erläuterungen: Die Tarif- und Besoldungsverstärkungsmittel sind zentral im Epl. 11 veranschlagt, die unterjährig bedarfsgerecht in die Ressort-einzelpläne umgesetzt werden. In 2013 beträgt der Bedarf für den Epl. 09 insgesamt 7.594,3 T€. Dieser Betrag wird im HH-Vollzug 2013 umgesetzt und wird für 2014 bereits veranschlagt. Weitere HH-Mittel werden bedarfsgerecht im HH-Vollzug 2014 umgesetzt.	7.594,3 0,0	7.594,3																				
453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	30,0 28,7	30,0																				
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Erläuterungen: Veranschlagt sind: <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: right;">2014 EUR</th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td>1. Büromaterial</td><td style="text-align: right;">66.000</td></tr> <tr><td>2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.</td><td style="text-align: right;">40.000</td></tr> <tr><td>3. Druck- und Buchbinderarbeiten</td><td style="text-align: right;">4.500</td></tr> <tr><td>4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernmeldegebühren</td><td style="text-align: right;">6.000</td></tr> <tr><td>5. Ersatzbeschaffungen von Geräten</td><td style="text-align: right;">7.500</td></tr> <tr><td>6. Ergänzungsbeschaffungen von Geräten</td><td style="text-align: right;">6.000</td></tr> <tr><td>7. Unterhaltung von Geräten</td><td style="text-align: right;">3.000</td></tr> <tr><td>8. Sonstiges</td><td style="text-align: right;">6.000</td></tr> <tr> <td style="text-align: right;">Summe</td> <td style="text-align: right;">139.000</td> </tr> </tbody> </table>		2014 EUR	1. Büromaterial	66.000	2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	40.000	3. Druck- und Buchbinderarbeiten	4.500	4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernmeldegebühren	6.000	5. Ersatzbeschaffungen von Geräten	7.500	6. Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	6.000	7. Unterhaltung von Geräten	3.000	8. Sonstiges	6.000	Summe	139.000	143,8 106,1	139,0
	2014 EUR																							
1. Büromaterial	66.000																							
2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	40.000																							
3. Druck- und Buchbinderarbeiten	4.500																							
4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernmeldegebühren	6.000																							
5. Ersatzbeschaffungen von Geräten	7.500																							
6. Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	6.000																							
7. Unterhaltung von Geräten	3.000																							
8. Sonstiges	6.000																							
Summe	139.000																							
514 01	011	Dienst- und Schutzkleidung Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für die Anschaffung und Reinigung von Schutzkleidung für Beschäftigte im Boten- und Registratordienst.	1,0 0,1	1,0																				

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	29,5 23,0	24,8
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Mieten für Fotokopiergeräte. Weniger aufgrund Anpassung an die bestehende Vertragslage.		
525 02	011	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	71,0 50,6	71,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		2014 EUR
		1. Allgemeine Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		48.000
		2. Kurse und Schulungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung		12.000
		3. Führungskräftefortbildungen		6.000
		4. Inhouse-Seminare inkl. Sprachunterricht		5.000
		Summe		71.000
526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	1,0 0,4	1,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02, 0903 - 533 02, 0942 - 533 02, 0943 - 533 01, 0944 - 533 01 und 0945 - 533 03.		
527 01	011	Dienstreisen	122,0 87,9	122,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		2014 EUR
		1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		90.000
		2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		32.000
		Summe		122.000
529 10	011	Zur Verfügung des Ministeriums für Repräsentationsaufgaben	7,6 6,1	7,6
		Erläuterungen: Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.		
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	18,0 19,7	18,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für:		2014 EUR
		1. Öffentlichkeitsarbeit Bereich Justizpolitik		14.100
		2. Internetpräsentation des MJKE		1.900
		3. Veranstaltungen		2.000
		Summe		18.000

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 531 02

Nachrichtlich:

Im Einzelplan sind außerdem folgende Maßnahmen für Öffentlichkeitsarbeit und Fachinformationen veranschlagt:

			2014	
			EUR	
1.		Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen		
1.1		Tit. 0940-534 04		10.000
1.2		Tit. 0942-534 01		16.200
1.3		Tit. 0943-534 01		46.000
1.4		Tit. 0944-531 01		4.000
1.5		Tit. 0944-531 61 (TG 61)		14.600
1.6		Tit. 0945-531 03		20.000
Summe				110.800
533 02	011	Aufwendungen für Pförtnerdienste	12,0	16,7
			13,6	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Ausgaben für einen externen Pförtnerdienst zu bestimmten Zeiten im Hauptgebäude des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa.				
Mehr aufgrund Anpassung an die bestehende Vertragslage wegen Tariferhöhungen.				
533 99	011	Leistungsentgelte an die GMSH	0,0	4,8
			9,7	
Erläuterungen:				
Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung je nach Liegenschaft findet alle 2 Jahre statt.				
536 01	011	Umzugskosten	0,0	0,0
			0,5	
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
541 01	011	Zur Ausrichtung von Tagungen	2,7	2,7
			3,5	
546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehbe-träge	11,6	11,6
			7,9	
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2014
				EUR
1.		Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)		9.600
3.		Auslagen für Vorstellungstreffen		0
4.		Sonstige vermischte Ausgaben		2.000
Summe				11.600
Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.				
685 04	014	Ausgaben für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein	374,7	370,6
			0,0	
§ 10 Abs. 1 HG 2014 findet keine Anwendung.				
Erläuterungen:				
Zentrale Veranschlagung für die Ressortstatistiken des Epl. 09.				
Vgl. Tit. 981 04.				
812 02	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	20,0	28,0
			20,7	

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 812 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen	23.000
2.	Ergänzungsbeschaffungen	5.000
Summe		28.000

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	
Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
919 01	851	Zuführung zu einer Rücklage Personal	0,0	0,0
			0,0	
Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
919 02	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
972 02	881	Globale Minderausgaben	0,0	0,0
			0,0	
981 04	891	Verrechnung zu Gunsten Titel 0401-381 01 für Statistiken des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein	0,0	0,0
			0,0	
Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Tit. 685 04 geleistet werden.				
Summe der Ausgaben			18.269,1	18.090,6
			9.036,3	

09 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	13,0 10,1	9,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			13,0 10,1	9,0
41 - 49		Personalausgaben	17.454,2 8.686,5	17.271,8
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	420,2 329,1	420,2
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	374,7 0,0	370,6
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	20,0 20,7	28,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			18.269,1 9.036,3	18.090,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-18.256,1 -9.026,2	-18.081,6

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 09 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Straffälligenhilfe und Opferschutz
- 06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0902 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 17 und 681 01 bis 681 03 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Titeln 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Titeln 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.

Die Ausgaben der Titel 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben der Tit. 681 01 bis 681 03 in den Kapitel 0902 und 0908 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

111 02	051	Gerichtskosten	114.000,0	129.000,0
			113.524,7	

Erläuterungen:

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Tit. 526 11 bis 526 17 verwendet werden.

Veranschlagt sind:

			2014
			EUR
1.	Gebühreneinnahmen aus		
1.1	Zivilsachen (im Einzelnen: Zivilverfahren, Ehe- und Familiensachen, Vormundschafts- und Betreuungssachen, Mahnverfahren)		53.500.000
1.2	Grundbuchsachen		52.000.000
1.3	Vollstreckungssachen		9.000.000
1.4	Nachlasssachen		7.000.000
1.5	Insolvenzsachen		6.000.000
1.6	Strafsachen und Ordnungswidrigkeiten		1.000.000
1.7	Sonstiges		500.000
Summe			129.000.000

Aufgrund des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes wird in 2014 gegenüber dem Soll 2013 mit Mehreinnahmen in Höhe von 15,0 Mio € gerechnet. Die derzeitige Ist-Entwicklung 2013 ist bei der Veranschlagung berücksichtigt worden.

112 02	051	Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher	10.000,0	11.000,0
			9.063,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014
			EUR
1.	Gerichtsvollziehergebühren		6.800.000
2.	Gerichtsvollzieherauslagen		4.200.000
Summe			11.000.000

Vgl. Tit. 459 02.

Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (-0,9 Mio. €) sowie mehr wegen Änderung des Gerichtsvollzieherkostengesetzes (+1,9 Mio. €).

119 01	051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	35,0	35,0
			42,1	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 119 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Veröffentlichungen in den Schleswig-Holsteinischen Anzeigen. Die Anzahl der Ersuchen um Veröffentlichung ist nicht vorhersehbar, der Ansatz ist geschätzt.

119 02	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen	15,0 13,3	15,0
--------	-----	--------------------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände. Der Ansatz ist geschätzt.

119 04	051	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0 51,4	0,0
--------	-----	--	--------------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Haushaltsvermerk der Maßnahmegruppe 01.

119 99	051	Vermischte Einnahmen	25,0 99,6	25,0
--------	-----	-----------------------------	---------------------	-------------

132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 811 01.

232 01	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben von anderen Ländern	0,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

282 01	051	Beteiligung der Rechtsanwaltskammer an der Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwaltpflichtstation	0,0 67,9	0,0
--------	-----	---	--------------------	------------

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 04 zu verwenden.

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0
--------	-----	---	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
--------	-----	----------------------------------	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

Summe der Einnahmen			124.075,0 122.862,9	140.075,0
----------------------------	--	--	-------------------------------	------------------

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer	650,0	715,0
			557,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter und der ehrenamtlichen Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586). Der Ansatz ist geschätzt. Mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - Richterinnen und Richter -	74.520,0	74.574,0
			77.279,8	

44,4 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.
9,6 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.

Erläuterungen:

Umsetzung Beförderungspaket sowie Erhöhung der Stellenzulage gem. Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 bis 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 275).

422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	1.050,0	1.050,0
			1.107,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Anwärterbezüge für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst:

				2014
				EUR
1.		Rechtspflegeranwärterinnen, Rechtspflegeranwärter		670.000
2.		Justizsekretäranwärterinnen, Justizsekretäranwärter		330.000
3.		Justizhauptwachmeisteranwärterinnen, Justizhauptwachmeisteranwärter		50.000
Summe				1.050.000

Aus dem Ansatz dürfen auch Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten und Nachtdienstzulagen gezahlt werden.

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	600,0	600,0
			934,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt zur Deckung des Personalbedarfs aus Anlass von Geschäftsandrang und Erkrankungen.

427 04	051	Hausdienst- und sonstige Vergütungen	300,0	300,0
			241,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2014
				EUR
1.		Hausdienstvergütungen		60.000
2.		Vergütungen für Zustellungen		240.000
Summe				300.000

Zu 1.:

In den Fällen, in denen bisher schon Wachtmeisterinnen und Wachtmeister hausmeistergleiche Tätigkeiten (wie z.B. Gartenarbeiten, Schneeräumung, Bedienung der Heizung) gegen Hausdienstvergütungen ausgeübt haben, ist mit Ausnahme genehmigung des Finanzministeriums gem. § 3 Abs. 2 GMSH-Gesetz diese Tätigkeit -auslaufend- weiterhin zulässig.

Zu 2.:

Für Zustellungen von Schriftstücken, die im Rahmen einer genehmigten Nebentätigkeit außerhalb der Dienstzeit durch Gerichtswachtmeisterinnen und Gerichtswachtmeister sowie durch Justizangestellte bewirkt werden, wird eine Vergütung von 2,81 € je Zustellung gewährt.

427 05	051	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	0,0	0,0
			36,1	

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	36.860,0	36.930,0
			37.943,8	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 428 01

Erläuterungen:

Mehrbedarf aufgrund Anpassung an den Bedarf im Rahmen des Gesamtpersonalkostenbudgets des Epl. 09.

428 03	051	Ausbildungsentgelte für Justizfachangestellte	400,0 375,4	400,0
428 04	051	Ausbildungsentgelte der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare	11.212,5 9.740,8	9.946,5

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausbildungsbeihilfen und Nachversicherungsbeiträge für:

			2014
			EUR
1.	Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare		8.146.500
2.	Nachversicherungsbeiträge		1.800.000
Summe			9.946.500

Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf und des Stellenabbaupfades.

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	245,0 247,6	440,8
---------------	-----	--	-----------------------	--------------

180,8 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014
			EUR
1.	Trennungsgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		135.000
2.	Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		70.000
3.	Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst		225.800
4.	Trennungsgeld im Rahmen der Ausbildung von Justizfachangestellten		10.000
Summe			440.800

Die Landesregierung hat am 14. Mai 2013 im Zusammenhang mit dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 bis 2014 beschlossen, dass mit Wirkung vom 1. Januar 2014 die reisekostenrechtlichen Erstattungen einschl. der Trennungsgelder für Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst in ihrer Höhe denen der übrigen Beamtinnen und Beamten gleichzustellen sind sowie Mehrbedarf für die Projektgruppe ForumStar.

459 02	051	Vergütungen an Beamtinnen und Beamte im Vollstreckungsdienst	7.300,0 6.852,5	7.300,0
---------------	-----	---	---------------------------	----------------

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 112 02 überschritten werden.

Rückzahlungen aufgrund des endgültig festgesetzten Gebührenanteils dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen, Gebührenanteile und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher. Von den Gebühreneinnahmen entfallen 48% auf Bürokosten (bis zu einem festgesetzten Höchstbetrag, darüber geringere Anteile) nach den §§ 2 und 3 der Landesverordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher vom 2. Juli 2013 (GVOBl. Schl.-H. S. 301) sowie 15 % auf besondere Vergütung nach § 1 der Vollstreckungsvergütungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Januar 2003 (BGBl. I S. 8).

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 459 02

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Gebührenanteile (s. Tit. 112 02 Nr. 1)	3.450.000
2.	Auslagen (s. Tit. 112 02 Nr. 2)	3.800.000
3.	sonstige Auslagen	50.000
Summe		7.300.000

Vgl. Tit. 112 02.

Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (-0,4 Mio. €) sowie mehr wegen Änderung des Gerichtsvollzieherkosten-gesetzes (+0,4 Mio. €).

459 03	051	Handgeld an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	9,6	9,6
			9,0	

Deckungsfähig mit Tit. 0908-459 03.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Handgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst.

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6.200,0	6.200,0
			5.907,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Büromaterial	800.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	500.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	150.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	4.000.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	400.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen	200.000
7.	Unterhaltung von Geräten	100.000
8.	Sonstiges	50.000
Summe		6.200.000

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	105,0	115,0
			107,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	80.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	30.000
3.	Verbrauchsmittel	5.000
4.	Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahr- zeugen	0
5.	Sonstiges	0
Summe		115.000

Mehrbedarf für die Projektgruppe ForumStar.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 514 01

Die Präsidentin oder der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts kann über einen Dienstwagen nach Maßgabe der Richtlinien der Landesregierung verfügen.

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2013	Soll 2014	Bestand am 01.02.2013
Kleintransporter	4	4	4
Pkw mit Fahrer/ Fahrer	5	5	5
Selbstfahrer-Pkw	7	7	7
Zusammen	16	16	16

Vgl. Tit. 811 01.

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	350,0	350,0
			279,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	28,1	30,0
			22,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 7 (Vorjahr 6) geleaste Fahrzeuge.

525 01	051	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	240,0	240,0
			213,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2014 EUR
1.	Ausbildung der Referendarinnen und Referendare	60.000
2.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 2.1	33.000
3.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 1.2	15.000
4.	Ausbildung der Justizfachangestellten	4.500
5.	Unterrichtsentschädigungen	127.500
	Summe	240.000

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	375,0	405,0
			300,1	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2014 EUR
1.	Teilnahmen an Lehrgängen und Tagungen	238.000
2.	Unterrichtungen von Schöffen	2.500
3.	Fortbildungen sowie Supervision für die Gerichts- und Bewährungshilfe	25.000
4.	Sicherheitsausbildung für Justizwachtmeister und andere Bedienstete bei den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit	19.500
5.	Schulungen für Ausbilder bei den Gerichten	15.000
6.	Zentrale Mittel des MJKE für Maßnahmen, die z.B. aus den neuen Steuerungsinstrumenten erwachsen	5.000
7.	Zentrale Mittel des MJKE für die Ausbildung der im Rahmen des Sicherheitspakets zusätzlich eingestellten Justizwachtmeister	15.000
8.	Zentrale Mittel des MJKE für die gerichtliche Mediation	15.000
9.	Sicherheitstraining für Justizbedienstete	50.000
10.	Kurse und Schulungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung	20.000
Summe		405.000

Mehrbedarf für weitere Fortbildungsmaßnahmen im Richterbereich (Nr. 1).

525 03	051	Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	50,0		55,0
			54,3		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Juristische Staatsprüfungen	49.000
2.	Prüfungen der Justizfachangestellten	5.000
3.	Sonstige Prüfungen	1.000
Summe		55.000

Mitveranschlagt sind die Reisekosten der Prüferinnen und Prüfer.

526 01	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	90,0		90,0
			33,1		

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.

526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	2,9		2,9
			1,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder:

		2014 EUR
1.	des Landesbeirates für Bewährungs- und Straffälligenhilfe	600
2.	des Richterwahlausschusses	1.300
3.	des Berufsbildungsausschusses für den Ausbildungsberuf "Justizfachangestellte/ Justizfachangestellter"	1.000
Summe		2.900

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	30,0		30,0
			27,0		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 533 02.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
526 11	051	Gebühren und Auslagen der Prozesskostenhilfe	18.500,0 17.597,7	19.945,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für Ausgaben aufgrund der §§ 114 ff. der Zivilprozessordnung (ZPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202, ber. 2006, S. 431 und 2007, S. 1781), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786). Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (- 880,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 2.325,0 T€).		
526 12	051	Gebühren und Auslagen der Verteidigerinnen und Verteidiger	6.000,0 5.951,1	6.550,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für Ausgaben für in Strafsachen beigeordnete Verteidigerinnen und Verteidiger sowie für beigeordnete Nebenklagevertreterinnen und -vertreter (§ 397 a Abs. 1 StPO - ohne PKH) aufgrund des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 788), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586). Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (- 300,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 850,0 T€).		
526 13	051	Entschädigungen für Zeuginnen und Zeugen	1.600,0 1.499,6	1.800,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586). Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (- 100,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 300,0 T€).		
526 14	051	Entschädigungen für Sachverständige	18.500,0 18.455,9	22.400,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für Ausgaben aufgrund Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586). Veranschlagt sind auch die Ausgaben für Dolmetscherinnen und Dolmetscher. Mehr aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (+ 700,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 3.200,0 T€).		
526 15	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	35.740,0 33.701,7	37.720,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für Ausgaben - nach Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (GKG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) und §§ 136 ff. Kostenordnung (KostO) in der Fassung vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 960), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1800 ff.). - in Betreuungsangelegenheiten nach §§ 1835 Abs. 4 und 1835 a Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, ber. S. 2909 und BGBl. I 2003, S. 738), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3719) sowie - für Vergütungen für Verfahrenspflegerinnen und -pfleger sowie für Verfahrensbeistände nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2568), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 2176). Mehr aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (+ 1.010,0 T€), mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 1.070,0 T€) sowie weniger aufgrund erwarteter Entlastung durch die Erhöhung der Förderung für die Betreuungsvereine zur Stärkung der ehrenamtlichen Betreuungen (- 100,0 T€).		
526 16	051	Kosten der Rechtsberatungshilfe	4.800,0 4.349,2	5.000,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für Ausgaben aufgrund des Gesetzes über die Rechtsberatung und Vertretung für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 (BGBl. I S. 689), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Mai 2011 (BGBl. I S. 898). Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (- 500,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 700,0 T€).		
526 17	051	Gebühren und Auslagen in Insolvenzverfahren	8.000,0 7.672,3	7.700,0

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 526 17

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen für Rechtsanwälte, die Vergütung und Auslagen der Insolvenzverwalter und Treuhänder, Sachverständigen- sowie Veröffentlichungskosten in Insolvenzverfahren gemäß Insolvenzordnung (InsO) vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. August 2013 (BGBl. I S. 3533). Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung.

526 99	051	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	25,0	25,0
			5,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.

527 01	051	Dienstreisen	240,0	240,0
			226,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

			2014
			EUR
1.		Reisen in Verwaltungsangelegenheiten	35.000
2.		Reisen der Bezirksrevisorinnen und Bezirksrevisoren zu Geschäftsprüfungen	6.500
3.		Reisen zur Wahrnehmung von Gerichtstagen	10.000
4.		Dienstantrittsreisen u. Reisekostenpauschalvergütungen	25.000
5.		Reisen zur Prüfung von Notariatsgeschäften	5.000
6.		Reisen zur Abhaltung der Großen Juristischen Staatsprüfung	8.500
7.		Reisen zur Ablegung von Prüfungen	5.000
8.		Reisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	110.000
9.		Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten (einschließlich Fortbildung) für den gesamten Einzelplan 09	35.000
Summe			240.000

529 01	051	Zur Verfügung der nachgeordneten Behörden für Repräsentationsaufgaben	3,7	3,7
			0,5	

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

529 02	051	Zur Verfügung des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts für Repräsentationsaufgaben	0,5	0,5
			0,5	

Erläuterungen:

Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.

531 03	051	Verlag und Druck der Schleswig-Holsteinischen Anzeigen	180,0	180,0
			163,2	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 531 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Druck	110.000
2.	Vertrieb	53.000
3.	Honorare für Aufsätze und Urteilsbesprechungen	12.000
4.	Sonstiges	5.000
Summe		180.000

533 02	051	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	180,0	180,0
			56,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller Beschäftigten des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa sowie aller Beschäftigten der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Ausgenommen sind die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten (vgl. Tit. 0903-533 02) und die arbeitenden Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten (vgl. Tit. 0903-533 08 MG 01) sowie die Beschäftigten des Landesarchivs (vgl. Tit. 0942-533 02), der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek (vgl. Tit. 0943-533 01), des Archäologischen Landesamtes (vgl. Tit. 0944-533 01) sowie des Landesamtes für Denkmalpflege (vgl. Tit. 0945-533 03). In 2012 wurden geringere Leistungen vom externen Anbieter erbracht.

533 04	051	Aufwendungen für Dienstverträge	97,5	130,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für zusätzliche externe Kräfte zur Eingangssicherung der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Mehr für eine weitere externe Kraft für den Landgerichtsbezirk Itzehoe.

533 05	051	Kosten der Unterbringung nach dem Therapieunterbringungsgesetz sowie für die Unterbringung und Intensivbetreuung von ehemaligen Sicherungsverwahrten	1.500,0	1.250,0
			560,6	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten Tit. 0903 - 632 04

Erläuterungen:

Die Kosten des stationären Therapieunterbringungsvollzuges nach dem Therapieunterbringungsvollzugsgesetz sind vom Land zu tragen, da der Vollzug des bundesgesetzlichen Therapieunterbringungsgesetzes eine Länderaufgabe ist. Die Unterbringung und Intensivbetreuung von entlassenen ehemaligen Sicherungsverwahrten mit hohem Gefährdungspotential wird durch geeignete Einrichtungen im Rahmen der Führungsaufsicht sichergestellt. Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	0,0	0,0
			2,5	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

541 01	051	Zur Ausrichtung von Tagungen	0,0	10,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt u. a. für die in 2014 durchzuführenden Tagungen der Präsidentinnen und Präsidenten der Justizprüfungsämter .

546 01	051	Projekt Verbesserung der Effizienz der Wirtschaftsstrafkammern	64,5	0,0
			0,0	

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	40,0	40,0
			44,9	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen	3.000
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	32.500
3.	Sonstiges	4.500
Summe		40.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	059	Kostenanteil Schleswig-Holstein an dem gemeinsamen Europäischen Mahngericht in Berlin	8,0	8,0
			0,0	

Erläuterungen:

Gemäß Staatsvertrag sind dem Land Berlin die nicht durch Gebühreneinnahmen gedeckten Verfahrenskosten des gemeinsamen Europäischen Mahngerichts von den beteiligten Ländern anteilig nach Königsteiner Schlüssel zu erstatten.

632 02	059	Kostenanteil Schleswig-Holstein an dem gemeinsamen Betrieb und der Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ)	150,0	160,0
			113,8	

Erläuterungen:

Gemäß der Verwaltungsvereinbarung der Länder, die Schleswig-Holstein am 2. August 2011 gezeichnet hat, und nach dem Staatsvertrag, dem Schleswig-Holstein mit Wirkung vom 7. Oktober 2011 beigetreten ist, tragen die Länder die Kosten für den gemeinsamen Betrieb und die Nutzung eines Systems der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) nach dem relativen Königsteiner Schlüssel ohne Bund.

Mehr aufgrund Anpassung an das erwartete Aufkommen gerichtlicher Weisungen.

632 04	059	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg	470,0	470,0
			422,6	

Erläuterungen:

Gemäß Staatsvertrag der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein vom 8./19./12 November 2004 (GVObI. Schl.-H. S. 492) werden die Kosten des Gemeinsamen Prüfungsamts für die Große Juristische Staatsprüfung in Hamburg nach dem Verhältnis der aus den Vertragsländern kommenden Prüflinge umgelegt.

632 05	059	Kostenanteil an der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim	390,0	390,0
			359,4	

Erläuterungen:

Aufgrund von Vereinbarungen des Landes Niedersachsen mit den Ländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein vom 9. Oktober/ 5. November 1979 leisten die Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter aus diesen Ländern die im Rechtspflegergesetz vorgeschriebenen Fachstudien an der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim ab. Die gemeinsam zu tragenden Kosten werden von den Ländern im Verhältnis ihrer Studierenden, gerechnet nach der Zahl der Monate ihrer tatsächlichen Studienzeit an dieser Hochschule getragen.

632 06	153	Kostenanteil an der Deutschen Richterakademie	65,0	65,0
			63,1	

Erläuterungen:

Gemäß Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der Landesjustizverwaltungen vom 1. März 1993 werden die Kosten der Deutschen Richterakademie mit den Tagungsstätten Trier und Wustrau von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen. Der auf die Länder entfallende Finanzierungsanteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht, und zwar zu zwei Drittel nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel).

632 07	059	Kostenanteil an der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden	25,0	25,0
			14,5	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 632 07

Erläuterungen:

Gemäß Vereinbarung des Bundes und der Landesjustizverwaltungen vom 2. Oktober 1981, in der Fassung vom 4. November 1993, tragen Bund und Länder die Kosten der Kriminologischen Zentralstelle je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Finanzierungsanteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht, und zwar zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder (Königsteiner Schlüssel). Gemäß Staatsvertrag aller Länder vom 25. Juni 2009 werden die Kosten für die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission für die Abwicklung des UN-Übereinkommens gegen Folter und anderer unmenschlicher Behandlungen gemäß Königsteiner Schlüssel umgelegt. Dem Staatsvertrag ist das Land Schleswig-Holstein durch Beschluss des Landtages vom 26. Februar 2010 beigetreten.

632 08	059	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Zulassung von Rechtsanwälten aus der EU in Berlin	1,0 0,6	1,0
---------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Die EU-Bestimmungen sehen vor, dass Rechtsanwälte aus diesem Bereich nach einer Prüfung in Deutschland anerkannt werden können.

Die Länder Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein haben im Jahre 1992 vereinbart, ein Gemeinsames Prüfungsamt in Berlin zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu bilden. Die Länder erstatten dem Land Berlin die durch die Abnahme der Eignungsprüfung entstehenden Personal- und Sachkosten.

632 11	059	Anteil Schleswig-Holsteins an den Erhebungen zur Personalbedarfsrechnung nach PEBB§Y	0,0 0,0	70,0
---------------	-----	---	-------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind anteilige, nach dem Königsteiner Schlüssel umgelegte Kosten zur Durchführung einer bundesweiten PEBB§Y-Vollerhebung in 2014.

632 12	059	Kostenanteil an dem gemeinsamen Staatsschutzsenat	0,0 0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Mit der Freien und Hansestadt Hamburg ist ein Staatsvertrag zur Errichtung eines gemeinsamen Staatsschutzsenats abgeschlossen worden (GVöBl. Schl.H. S. 550, 614). Der Staatsvertrag ist am 8. Juni 2012 in Kraft getreten. Beabsichtigt ist eine Kostenbeteiligung nach dem Verursacherprinzip. Ob und in welcher Höhe für Schleswig-Holstein Kosten anfallen werden, ist nicht einschätzbar.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

681 01	051	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen	750,0 666,9	750,0
---------------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen aufgrund der §§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. April 2013 (BGBl. I S. 935) und des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864).

681 02	051	Entschädigungen an Verfahrensbeteiligte aufgrund überlanger Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren	0,0 0,0	100,0
---------------	-----	--	-------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Epl. 09.

In welcher Höhe aufgrund des neuen Gesetzes über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24. November 2011 (BGBl. I S. 2302) Ansprüche gegen das Land geltend gemacht werden und diese zu Zahlungsverpflichtung führen, ist nicht vorhersehbar. Pauschale Veranschlagung für in 2013 erhobene Ansprüche, die voraussichtlich in 2014 fällig werden.

681 03	051	Entschädigungen, Ersatzleistungen und Abfindungen	850,0 162,1	430,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für den gesamten Einzelplan 09.

Schadensersatzleistungen können in Ausnahmefällen auch aus Gründen der Billigkeit gezahlt werden. Minderbedarf wegen einer hohen Schadensersatzleistung in 2013.

681 04	051	Zuschuss zur Vergütung der anwaltlichen Ausbilderinnen und Ausbilder in der Anwaltspflichtstation	0,0 67,9	0,0
---------------	-----	--	--------------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 01 geleistet werden.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 681 04

Erläuterungen:

Zuschuss der Schleswig-Holsteinischen Rechtsanwaltskammer an die Leiterinnen und Leiter von Referendararbeitsgemeinschaften während der Anwaltpflichtstation.

684 01	051	An Vereine und Verbände	6,6	6,6
			6,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beiträge für:

		2014 EUR
1.	Bund deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen	1.500
2.	Landesvereinigung Schleswig-Holstein des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen	5.100
Summe		6.600

684 02	051	Vorsorgelotsen der schleswig-holsteinischen Betreuungsvereine	95,5	0,0
			0,0	

684 03	236	Zuschüsse an Betreuungsvereine	506,2	606,2
			505,2	

506,2 T€ übertragen von Tit. 1012 - 684 05 (mit Vorjahreswerten).

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt zur Schulung und fachlichen Begleitung vor allem ehrenamtlich tätiger Betreuer/innen sowie für die Personal- und Sachausgaben von anerkannten Betreuungsvereinen im Rahmen des Gesetzes zur Reform des Rechts der Vormund- und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz) i.V.m. dem Gesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes-AGBtG vom 17. Dezember 1991 (GVOB. Schl.-H. S. 693), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2001 (GVOB. Schl.-H. S. 96).

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinien über die Förderung von anerkannten und gemeinnützigen Betreuungsvereinen vom 01. Januar 2009 (Amtsblatt Schleswig-Holstein S. 162).

Ziel:

- Durch die Landes- und Kommunalförderung sollen die nach § 1908 f BGB anerkannten Betreuungsvereine
- die Beschäftigung einer ausreichenden Zahl an geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten,
- diese beaufsichtigen und weiterbilden,
- ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer gewinnen,
- die Ehrenamtler in ihre Aufgaben einführen, sie fortbilden und beraten,
- planmäßig über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen informieren sowie Bevollmächtigte beraten,
- einen Erfahrungsaustausch zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen.

Kennzahlen:

20 anerkannte Betreuungsvereine mit ca. 60 Mitarbeitern.

Im Jahr 2012 (Stichtag 31.12.2012) haben 1.779 ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer der Betreuungsvereine 3.950 Betreuungen geführt. Die Betreuungsvereine haben im Jahr 2012 in 12.612 Fällen telefonisch und persönlich zu Vorsorgevollmachten und Betreuung beraten.

Gemäß § 50 Abs. 1 LHO wurde die Zuständigkeit für Betreuungsvereine zum 01.10.2013 vom MSGFG auf das MJKE übertragen (vgl. Tit. 0901 - 422 01). 100,0 T€ mehr für die Stärkung des Ehrenamtes.

685 01	051	Zuschuss für die Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder	90,0	90,0
			80,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die anfallenden Personalkosten für eine/einen Psychotherapeutin/-therapeuten mit sexualmedizinischer Zusatzausbildung sowie Verwaltungskosten des Zuwendungsempfängers. Das Projekt dient der Primärprävention zur Verhinderung sexueller Übergriffe auf Kinder. Es orientiert sich an dem Projekt "Täter im Dunkelfeld" der Berliner Charité. Das Angebot richtet sich an Männer, die sich selbst als gefährdet für sexuelle Übergriffe auf Kinder einschätzen und eine Behandlung wünschen.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes 2013 - 2015 vom 5. August 2013 (Amtsblatt Schleswig-Holstein S. 665 ff.).

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	21,9	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	310,0	602,5
			134,1	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		
				2014
				EUR
		1. Erstmalige Anschaffungen		
		1.1 Für alle Gerichte		85.000
		2. Ergänzungsbeschaffungen		
		2.1 Für alle Gerichte		104.000
		3. Ersatzbeschaffungen		
		3.1 Für alle Gerichte		413.500
		Summe		602.500
		Mehr wegen höherem Anschaffungsbedarf insb. für Rollregalsysteme einer mobilen Videokonferenzanlage und energetischen Büromöbeln.		
916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			51,4	
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 17 sowie der Tit. 681 01 bis 681 03 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
 01 Straffälligenhilfe und Opferschutz				
		Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.		
		Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 04 stehen für zusätzliche Ausgaben der Maßnahmegruppe 01 zur Verfügung.		
		Erläuterungen:		
		Die Mittelvergabe bei den Titeln 684 06, 684 07, 684 08, 684 09 und 684 10 MG 01 erfolgt nach Maßgabe der Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen der Freien Straffälligenhilfe und von Maßnahmen des Opferschutzes 2013 - 2015 vom 5. August 2013 (Amtsblatt Schleswig-Holstein S. 665 ff.).		
533 01	051	Therapie und Beratungsangebote für Sexual- und Gewaltstraftäter	30,0	40,0
(MG 01)			34,3	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt für therapeutische Versorgung von unter Bewährungs- oder Führungsaufsicht stehenden Sexual- und Gewaltstraftätern, bei denen kriminalprognostisch erhöhte Rückfallrisiken bestehen, die im Rahmen der Nachsorge und ambulanten Therapie reduziert werden sollen.		
		Mehrbedarf zur Sicherstellung der Therapie- und Beratungsangebote.		
534 02	051	Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer im Justizvollzug sowie zur Durchführung der Grundqualifizierung Mediation in Strafsachen (TOA).	30,0	40,0
(MG 01)			19,4	
		Erläuterungen:		
		Die veranschlagten Mittel dienen der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer sowie ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizvollzug. Um den Bedarf zu decken, ist eine Ausbildung von geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern erforderlich. Diese müssen nach erfolgter Ausbildung während des ehrenamtlichen Einsatzes ständig fortgebildet werden.		
		Mehrbedarf für zusätzliche Fortbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem flächendeckenden Ausbau des Jugend-Täter-Opfer-Ausgleichs.		
684 06	051	Zuwendungen zur Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben nach § 9 BGG durch Träger der freien Straffälligenhilfe	745,0	770,0
(MG 01)			737,3	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 684 06

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Verfahren gegen Erwachsene und für die Förderung der Vermittlung in gemeinnützige Arbeit zur Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen.
 Mehrbedarf für die Erhöhung der Personalanteile im Verwaltungsbereich und um eine Stärkung der Fachleistungsstunden zu erreichen.

684 07	051	Maßnahmen für den Opferschutz	70,0	70,0
(MG 01)			50,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Durchführung des Zeugenbegleitprogramms für Kinder, Jugendliche und Frauen, die Opfer eines Sexual- oder Gewaltdelikt geworden sind.
 Einzelzuwendungen i.R. eines Förderprogramms.
 Ziele: Insbesondere kindlichen und jugendlichen Opfern von sexuellen Gewalttaten wird durch Vermittlung von Wissen über den Prozessverlauf Sicherheit gegeben. Ängste und Belastungen der Opferzeugen werden abgebaut und ihre Aussagefähigkeit verbessert. Darüber hinaus wird eine Zeugenbegleitung in der Hauptverhandlung sichergestellt.

684 08	051	Förderung von Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege und anderer Angebote freier Träger	110,0	155,0
(MG 01)			59,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung von Sanktionsalternativen im Bereich der Jugendstrafrechtspflege (Täter-Opfer-Ausgleich im Jugendstrafverfahren).
 Mehrbedarf für die Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots im Bereich des Jugend-Täter-Opfer-Ausgleichs.

684 09	051	Förderung von Therapie- und Beratungsangeboten für Sexual- und Gewaltstraftäter	490,0	500,0
(MG 01)			431,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung ambulanter Therapien-, Trainings- und Beratungsangebote für jugendliche und erwachsene Sexual- und Gewaltstraftäter incl. KIK (häusliche Gewalt).
 Mehrbedarf zur Sicherstellung der geförderten Angebote für Sexual- und Gewaltstraftäter.

684 10	051	Fortentwicklung und Koordinierung der Straffälligenhilfe	40,0	40,0
(MG 01)			35,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Fortentwicklung und Koordinierung von Maßnahmen der sozialen Strafrechtspflege, der Straffälligenhilfe und der Opferhilfe durch den Schleswig-Holsteinischen Verband für soziale Strafrechtspflege e.V. (Landesverband Straffälligenhilfe).

Summe der Maßnahmegruppe 01	1.515,0	1.615,0
	1.366,9	

06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

525 11	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	5,0	5,0
(MG 06)			19,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems in den Gerichten und Staatsanwaltschaften.

533 14	051	Beratung und Betreuung " Neue Steuerungsinstrumente "	17,8	17,8
(MG 06)			1,4	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 533 14

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für den Betreuungsaufwand bei der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie die Kosten bei der Durchführung einer landesweiten Mitarbeiterbefragung an den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit und für die Unterstützung beim Aufbau und Erhalt einer landesweiten Datenbank für die Einführung eines kennzahlengestützten Justizinformationssystems.

Summe der Maßnahmegruppe 06	22,8	22,8
	21,3	

Summe der Ausgaben	241.366,3	248.370,1
	236.595,4	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	124.075,0 122.795,0	140.075,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 67,9	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			124.075,0 122.862,9	140.075,0
41 - 49		Personalausgaben	133.147,1 135.325,3	132.265,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	103.025,0 97.308,7	110.794,9
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	4.862,3 3.775,9	4.706,8
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	331,9 134,1	602,5
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 51,4	0,0
Gesamtausgaben			241.366,3 236.595,4	248.370,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-117.291,3 -113.732,5	-108.295,1

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 09 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen
- 02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen
- 61 Gefangenepflege

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Titel der MG 01 und MG 02 verwendet werden.

Einnahmen

111 02	056	Haftkostenbeiträge der Gefangenen	50,0	50,0
			67,8	

Erläuterungen:

Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei den Titeln der MG 02 verwendet werden.

Für Haftkostenbeiträge der Gefangenen, die einem freien Beschäftigungsverhältnis außerhalb der Anstalt nachgehen (Freigänger; vgl. § 39 Abs. 1 und § 50 Abs. 2 in der Fassung des § 199 Abs. 2 Nr. 3 StVollzG).

111 03	056	Beteiligung der Gefangenen an besonderen Aufwendungen im Vollzug	40,0	40,0
			30,3	

Erläuterungen:

Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei den Titeln der MG 02 verwendet werden.

Die Gefangenen haben eine Energiekostenpauschale für das Betreiben privater elektrischer Geräte zu zahlen, wenn der Gebrauch über einen festgelegten Grundbedarf hinausgeht.

119 02	056	Sonstige Verwaltungseinnahmen	2,0	2,0
			0,6	

119 03	056	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschl. Zinsen	0,0	0,0
			35,3	

Erläuterungen:

Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei den Titeln der MG 01 verwendet werden.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 99	056	Vermischte Einnahmen	20,0	20,0
			11,8	

Erläuterungen:

Für Schadensersatzleistungen Gefangener, Erstattungen der Gefangenen für positive Drogenkontrollen sowie Erstattung von Gefangenentransportkosten in Einzelfällen durch andere Länder.

121 03	056	Ablieferung des Landesbetriebes	0,0	115,0
			0,0	

Erläuterungen:

Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei den Titeln der MG 01 verwendet werden.

Im Zusammenhang mit der Auflösung des internen Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen (VAW) ist der Kassenbestand, der bis Ende 2012 nicht abgewickelt werden kann, zu vereinnahmen.

124 01	056	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	28,0	28,0
			25,5	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 124 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung:

	2014 EUR
1. von Grundstücken	100
2. von Gebäuden und Räumlichkeiten	12.000
3. von 3 Landesmietwohnungen	15.900
Summe	28.000

125 01	056	Einnahmen aus der Gewährung von Verpflegung	25,0		25,0
			22,0		

Erläuterungen:

Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei den Titeln der MG 02 verwendet werden.

125 02	056	Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben	150,0		1.740,0
			202,9		

Erläuterungen:

Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln der MG 01 verwendet werden.
Mehr im Zusammenhang mit der Auflösung des internen Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen (VAW).

132 01	056	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0		15,0
			1,3		

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 811 01, 811 02 (MG 01) und 811 03 (MG 02).

231 06	056	Zuschüsse des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für die Durchführung des XENOS-Projektes "AQUA PLUS"	0,0		0,0
			203,2		

Künftig wegfallend.

232 01	056	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern	2,0		2,0
			0,0		

261 01	056	Erstattung der anteiligen Personal- und Sachkosten durch den Landesbetrieb	1.990,0		0,0
			1.956,0		

Erläuterungen:

Entfällt wegen Auflösung des internen Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen (VAW).

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0		0,0
			0,0		

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0		0,0
			0,0		

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

359 02	056	Entnahme aus der Rücklage Arbeit und Qualifizierung	0,0		0,0
			0,0		

Erläuterungen:

Vgl. Vermerk der MG 01 sowie Tit. 919 02 (MG 01).

359 03	851	Entnahme aus der Rücklage Versorgung und Behandlung	0,0		0,0
			0,0		

Erläuterungen:

Vgl. Vermerk der MG 02 sowie Tit. 919 03 (MG 02).

Summe der Einnahmen			2.307,0		2.037,0
			2.556,7		

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

422 01	056	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	28.230,0	28.977,7
			29.234,9	

124,0 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.
233,2 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.

Erläuterungen:

Im Zusammenhang mit der Sicherungsverwahrung ist 2014 erstmalig der Jahresbetrag zu veranschlagen, dies führt zu einem Mehrbedarf von 390,5 T€. Darüber hinaus Umsetzung Beförderungspaket sowie Erhöhung der Stellenzulage gem. Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 bis 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 275).

422 03	056	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	1.200,0	1.050,0
			701,6	

Erläuterungen:

Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf und des Stellenabbaupfades.

427 01	056	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	5,0	5,0
			0,0	

427 03	056	Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der Versorgung und Behandlung	15,0	15,0
			5,9	

Erläuterungen:

Vergütet werden u.a. Frisörinnen und Frisöre, deren Anstellung im Rahmen von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen erfolgt.

427 05	056	Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten	0,0	0,0
			35,4	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	056	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5.650,0	5.500,0
			5.680,7	

Erläuterungen:

Weniger aufgrund des Stellenabbaupfades.

443 03	056	Schutzimpfungen	6,0	6,0
			2,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Hepatitisschutzimpfungen der Bediensteten der medizinischen Abteilungen der Justizvollzugsanstalten, für die jährliche Gripeschutzimpfung sowie für die Hepatitis A/B-Schutzimpfungen für die Mitarbeiter im Allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst bei Justizvollzugsanstalten.

453 01	056	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	30,0	37,2
			10,9	

7,2 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Trennungsgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	14.000
2.	Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	6.000
3.	Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	17.200
Summe		37.200

Die Landesregierung hat am 14. Mai 2013 im Zusammenhang mit dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 bis 2014 beschlossen, dass mit Wirkung vom 1. Januar 2014 die reisekostenrechtlichen Erstattungen einschl. der Trennungsgelder für Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst in ihrer Höhe denen der übrigen Beamtinnen und Beamten gleichzustellen sind.

511 01	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	430,0	410,0
			293,8	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 511 01

20,0 T€ übertragen nach Tit. 511 03 (MG 01).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Büromaterial	50.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	22.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	2.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	45.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	76.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	75.000
7.	Unterhaltung von Geräten	65.000
8.	Umbau und Anschaffungen Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg	50.000
9.	Sonstiges	25.000
Summe		410.000

20,0 T€ übertragen nach Tit. 511 03 (MG 01) aus haushaltssystematischen Gründen (neue Struktur des Kapitels 0903).

511 02	056	Sicherheitsanlagen	167,0	167,0
			148,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Ersatzbeschaffung von Geräten	80.000
2.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	40.000
3.	Unterhaltung von Geräten	47.000
Summe		167.000

514 01	056	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkräftfahrzeugen und dgl.	330,0	360,0
			330,4	

30,0 T€ übertragen von Tit. 682 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	200.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	160.000
3.	Verbrauchsmittel	0
4.	Sonstiges	0
Summe		360.000

Die Kosten für die Dienstfahrzeuge des Justizvollzugs sind zentral bei Tit. 514 01 veranschlagt.

Bestand an Kraftfahrzeugen des gesamten Justizvollzugs:

Bestand an	Soll 2013	Soll 2014	Bestand am 01.02.2013
Selbstfahrer-Pkw	9	9	9
Lastkraftwagen	1	1	1
Lieferwagen	1	1	1
Zugmaschinen usw.	4	4	4
Gefangenentransporter	24	24	24
Zusammen	39	39	39

514 02	056	Verbrauchsmittel der sonstigen Vollzugsanstalten	0,0	0,0
			0,0	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 514 02

Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 514 03 (MG 01).

517 01	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	255,0	260,0
			325,1	

20,0 T€ übertragen nach Tit. 1220 - 571 91.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Kosten für Reinigungsmittel, Schädlingsbekämpfung, Wasser- und Abwasserproben. 20,0 T€ wurden übertragen nach Tit. 1220 - 571 91, da ab dem HH-Jahr 2014 die Reinigung von sicherheitsrelevanten Bereichen über die GMSH erfolgt. Darüber hinaus 25,0 T€ mehr wegen Anpassung an den erwarteten Bedarf.

518 02	056	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	20,0	20,0
			20,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mieten für Fotokopiergeräte.

525 01	056	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	96,0	99,0
			31,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

			2014
			EUR
1.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 2.1		46.000
2.	Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 1.2		39.000
3.	Unterrichtsentschädigungen / Reisekosten		14.000
Summe			99.000

Das geringe Ist 2012 begründet sich dadurch, dass in 2011 kein neuer Ausbildungslehrgang des allgemeinen Vollzugsdienstes -LG 1.2- (AVD) durchgeführt wurde.

525 02	056	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	100,0	100,0
			104,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

			2014
			EUR
1.	Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzugs im Jugendfeuerwehrzentrum Rendsburg		35.000
2.	Verpflichtende Fortbildungen für die Bereiche des medizinischen Dienstes und der Werkbetriebsveranstaltungen		28.000
3.	Übrige externe Fortbildungen		5.000
4.	Fortbildung für Aufsteigerinnen und Aufsteiger		10.000
5.	Reisekosten		10.000
6.	Durchführung von Schießübungen		12.000
Summe			100.000

525 03	056	Vergütung für die Prüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	2,0	2,0
			0,4	

526 03	056	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	3,0	3,0
			1,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Entschädigungen und Reisekosten der Mitglieder von Anstaltsbeiräten bei den Justizvollzugsanstalten (§ 162 StVollzG).

526 05	056	Ärztliche Untersuchungen	12,0	15,0
			10,7	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 526 05

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 533 02.

527 01	056	Dienstreisen	15,0	15,0
			10,4	
533 01	056	Kosten für private Sicherheitskräfte zur Baustellensicherung	140,0	140,0
			142,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für zusätzliche Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Baustellen in den Justizvollzugsanstalten Lübeck und Neumünster.

533 02	011	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	110,0	110,0
			85,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz für die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten (ohne arbeitende Gefangene; vgl. Tit. 533 08 MG 01).

533 03	056	Evaluation des Jugendstrafvollzugsgesetzes	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

533 04	235	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen für die Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg	563,0	563,0
			517,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2014
				EUR
1.		Kosten für private Sicherheitskräfte im Rahmen von Sicherungsmaßnahmen für die Abschiebungshafteinrichtung		530.000
2.		Kosten für Dolmetscherleistungen und für soziale Beratung in der Abschiebungshafteinrichtung		33.000
		Summe		563.000

533 06	056	Leistungsentgelte im Rahmen des XENOS-Projektes "AQUA PLUS"	0,0	0,0
			80,3	

Künftig wegfallend.

533 99	056	Leistungsentgelte an die GMSH	32,0	32,0
			0,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

546 06	056	Sachkosten des XENOS-Projektes "AQUA PLUS"	0,0	0,0
			0,4	

Künftig wegfallend.

546 99	056	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	15,0	20,0
			19,9	

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014
			EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen		1.500
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)		12.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen		900
4.	Sonstiges		5.600
Summe			20.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	056	Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug von Freiheitsentziehung	0,0	0,0
			0,0	
Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 632 08 (MG 02).				

632 03	056	Kostenanteil Schleswig-Holsteins an der Umsetzung der Ergebnisse aus den EQUAL-Projekten "e-LiS" und "BABE" im RESO-Nordverbund	0,0	0,0
			0,0	
Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 632 02 (MG 01).				

632 04	056	Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug der Sicherungsverwahrung	585,5	1.005,0
			0,0	
Einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0902 - 533 05.				

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Unterbringung der schleswig-holsteinischen Sicherungsverwahrten in anderen Ländern (vergl. dazu Staatsvertrag über die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherungsverwahrung und Therapieunterbringung - Gesetz vom 15. Mai 2013, GVOBl. Schl.-H. S. 200).
Im Zusammenhang mit der Sicherungsverwahrung ist in 2014 erstmalig der Jahresbetrag zu veranschlagen, dies führt zu einem Mehrbedarf von 419,5 T€.

632 06	056	Zuschüsse im Rahmen des XENOS-Projektes "AQUA PLUS" an das Partnerland Hessen	0,0	0,0
			122,5	
Künftig wegfallend.				

671 01	056	Erstattungen von Aufwendungen an den Landesbetrieb	3.850,0	0,0
			3.644,5	
20,0 T€ übertragen nach Tit. 511 03 (MG 01). 1.300,0 T€ übertragen nach Tit. 514 03 (MG 01). 2.530,0 T€ übertragen nach Tit. 681 05 (MG 01).				

Erläuterungen:

Im Zusammenhang mit der Auflösung des internen Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen (VAW) wurden diese Haushaltsmittel in die neue Maßnahmegruppe 01 übertragen.

671 04	056	Zuschüsse zu Versorgungskassenbeiträgen	52,0	53,0
			50,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Versorgungskassenbeiträge für 2 von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) beurlaubte und vom Land als Beamte auf Widerruf eingestellte Pastoren/-innen.

681 01	056	Entlassungshilfen für Gefangene	0,0	0,0
			0,0	
Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 681 07 (MG 02).				

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
681 02	056	Entschädigungen an Gefangene und an Hinterbliebene von Gefangenen wegen eines während der Haft erlittenen Unfalls Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 681 08 (MG 02).	0,0 0,0	0,0
681 03	056	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene in den sonstigen Vollzugsanstalten Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 681 05 (MG 01).	0,0 0,0	0,0
681 04	056	Auslagererstattungen für Ehrenamtliche im Straffälligenbereich Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 681 09 (MG 02).	0,0 0,0	0,0
682 01	056	Zuführung an den Landesbetrieb 30,0 T€ übertragen nach Tit. 514 01. 290,0 T€ übertragen nach Tit. 511 03 (MG 01). 45,0 T€ übertragen nach Tit. 811 02 (MG 01). 150,0 T€ übertragen nach Tit. 812 01 (MG 01). Erläuterungen: Im Zusammenhang mit der Auflösung des internen Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen (VAW) wurden diese Haushaltsmittel übertragen.	800,0 920,0	0,0
684 01	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Gefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 684 04 (MG 01).	0,0 0,0	0,0
684 03	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von jugendlichen Gefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 684 05 (MG 01).	0,0 0,0	0,0
811 01	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen 171,8 T€ übertragen nach Tit. 811 03 (MG 02) Erläuterungen: Veranschlagt für:	261,8 238,1	90,0
				2014
				EUR
1.		Ersatzbeschaffungen		
1.1		1 Selbstfahrer-PKW (JVA Neumünster)		25.000
1.2		1 Selbstfahrer-PKW (JVA Kiel)		40.000
1.3		1 Selbstfahrer-PKW (JVA Lübeck)		25.000
		Summe		90.000
Bei der Ziffer 1.2 handelt es sich um eine Ersatzbeschaffung eines Mini-Vans.				
812 03	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 812 02 (MG 02). Erläuterungen: Veranschlagt sind:	0,0 0,0	50,0
				2014
				EUR
1.		Ersatzbeschaffungen Mobiliar		50.000
		Summe		50.000

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
892 01	056	Investitionszuschuss für die Errichtung von zwei Krankenzimmern für Gefangene im Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 892 02 (MG 02).	0,0 0,0	0,0
916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden. Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0 26,6	0,0
919 01	851	Zuführung an die Rücklage Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Titel des MG 01 und MG 02 geleistet werden. Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0 0,0	0,0
 01 Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen				
Mehreinnahmen bei den Titeln 119 03, 121 03, 125 02 und 359 02 dürfen für Mehrausgaben der MG 01 verwendet werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit der Maßnahmegruppe 02.				
511 03 (MG 01)	056	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände 20,0 T€ übertragen von Tit. 511 01 20,0 T€ übertragen von Tit. 671 01. 290,0 T€ übertragen von Tit. 682 01. Erläuterungen: Veranschlagt sind:	0,0 0,0	330,0
			2014 EUR	
1. Ersatzbeschaffungen von Geräten und Mobiliar			150.000	
2. Ergänzungsbeschaffungen von Geräten und Mobiliar			150.000	
3. Unterhaltung von Geräten			30.000	
Summe			330.000	
310,0 T€ übertragen von Tit. 671 01 und Tit. 682 01 wegen Auflösung des internen Landesbetriebes für Vollzugliches Arbeitswesen (VAW). 20,0 T€ übertragen von Tit. 511 01 aus haushaltssystematischen Gründen (neue Struktur des Kapitels 0903).				
514 03 (MG 01)	056	Verbrauchsmittel 5,0 T€ übertragen von Tit. 514 02 (mit Vorjahreswerten). 1.300,0 T€ übertragen von Tit. 671 01. Erläuterungen: Veranschlagt sind:	5,0 3,8	1.305,0
			2014 EUR	
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			1.305.000	
Summe			1.305.000	
533 07 (MG 01)	056	Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte 200,0 T€ übertragen von Tit. 533 61 (TG 61).	200,0 184,1	200,0

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 533 07

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Vergütungen für Vorträge und Unterricht, besonders für Lehrgänge zur Erlangung des Haupt- und Real-schulabschlusses und für berufsfördernde Lehrgänge.

533 08	056	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten	75,0	75,0
(MG 01)			60,8	

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 538 61 (TG 61).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebsärzte und für Fachkräfte der Arbeitssicherheit für den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller arbeitenden Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten (für die Bediensteten vgl. Tit. 533 02).

535 01	056	Lehr- und Lernmittel	15,0	15,0
(MG 01)			15,0	

15,0 T€ übertragen von Tit. 535 61 (TG 61).

Erläuterungen:

Veranschlagt für Lehr- und Lernmittel sowie Kosten für Fernlehrgänge.

632 02	056	Kostenanteil Schleswig-Holsteins an der Umsetzung der Ergebnisse aus den EQUAL-Projekten "e-LiS" und "BABE" im RESO-Nordverbund	2,0	2,0
(MG 01)			0,0	

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 632 03.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die im Rahmen der Kooperationsvereinbarung "RESO-Nordverbund" zwischen den Landesjustizverwaltungen Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein durchgeführten Projekte.

681 05	056	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Gefangene	465,0	2.995,0
(MG 01)			410,5	

465,0 T€ übertragen von Tit. 681 03 (mit Vorjahreswerten).

2.530,0 T€ übertragen von Tit. 671 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Entgelt gemäß §§ 42,43,176,177 StVollzG, § 57 JStVollzG	1.500.000
2.	Berufsausbildungsbeihilfe gemäß §§ 44, 176 StVollzG; § 57 JStVollzG	800.000
3.	Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gemäß §§ 341 II, 345 Nr. 3 SGB III; § 18 SGB IV; GefangenenbeitragsVO	650.000
4.	Taschengeld für unverschuldet arbeitslose Gefangene gemäß § 46, 176 StVollzG; § 59 JStVollzG	45.000
Summe		2.995.000

465,0 T€ übertragen von Tit. 681 03 aus haushaltssystematischen Gründen (neue Struktur des Kapitels 0903), 2.530,0 T€ übertragen von Tit. 671 01 wegen Auflösung des internen Landesbetriebes (VAW).

684 04	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt	1.180,0	1.380,0
(MG 01)			1.169,7	

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 684 01.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 684 04

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuwendungen an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Gefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt sowie eines arbeitsmarktorientierten Übergangsmanagements. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zur Eingliederung von Gefangenen durch Arbeit und Qualifizierung (AQUA) vom 21. Dezember 2010 (Amtsblatt Schleswig-Holstein vom 10. Januar 2011, S. 16 ff.) in der zum 1. Januar 2014 geänderten Fassung.
Mehr insb. wegen Wegfall von XENOS-Fördermitteln für die arbeitsmarktorientierte Integrationsbegleitung im landesweiten Netzwerk.

684 05 (MG 01)	056	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von jugendlichen Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt	306,8	545,0
			306,8	

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 684 03.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuwendungen an einen Bildungsträger für Maßnahmen der schulischen, berufsvorbereitenden und beruflichen Qualifizierung von Gefangenen der Jugendanstalt Schleswig einschließlich eines arbeitsmarktorientierten Übergangsmanagements. Die Haushaltsmittel sind notwendige Kofinanzierungsmittel für die eingesetzten ESF-Mittel aus dem Zukunftsprogramm Arbeit bzw. eines entsprechenden Nachfolgeprogramms.

Mehr insbesondere wegen Wegfall von ESF-Fördermitteln.

			2014
			EUR
1.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2013 (Fälligkeitsbeiträge 2014)		300.000
Summe			300.000

811 02 (MG 01)	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	45,0
			0,0	

45,0 T€ übertragen von Tit. 682 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

			2014
			EUR
1.	Ersatzbeschaffungen		
1.1	Gefangenentransporter (JVA Kiel)		45.000
Summe			45.000

Bei der Ziffer 1.1 handelt es sich um einen Kleinbus.

812 01 (MG 01)	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Arbeitsbetriebe	0,0	150,0
			0,0	

150,0 T€ übertragen von Tit. 682 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014
			EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen		14.000
2.	Ersatzbeschaffungen		136.000
Summe			150.000

919 02 (MG 01)	056	Zuführung an die Rücklage Arbeit und Qualifizierung	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der MG 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Summe der Maßnahmegruppe 01

2.248,8 **7.042,0**
2.150,7

02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

Mehreinnahmen bei Tit. 111 02, 111 03, 125 01 und 359 03 dürfen für Mehrausgaben der MG 02 verwendet werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit der Maßnahmegruppe 01.

511 04 056 **Gefangenenbücherei** **10,0** **10,0**
(MG 02) 6,2

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 511 61 (TG 61).

514 04 056 **Verpflegung, Unterbringung, Bekleidung, Reinigungsbedarf** **2.370,0** **2.370,0**
(MG 02) 2.361,2

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 514 61 (TG 61).

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2014
		EUR
1.	Durchschnittlich 1.500 Gefangene mit einem tägl. Verpflegungssatz von 3,60 € (gerundet)	1.970.000
2.	Durchschnittlich 1.500 Gefangene mit einem jährlichen Richtsatz für Unterbringung und Reinigungsbedarf von 270,00 € (gerundet)	400.000
Summe		2.370.000

533 09 056 **Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte** **105,0** **105,0**
(MG 02) 105,0

105,0 T€ übertragen von Tit. 533 61 (TG 61).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Kosten für Supervisionen im Justizvollzug	20.000
2.	Ausgaben für einen Dolmetscherpool	45.000
3.	Ausgaben für die verstärkte Einbindung externer und ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	40.000
Summe		105.000

533 10 056 **Vergütungen für Pastorinnen und Pastoren, Organistinnen und Organisten und für Frisörinnen und Frisöre** **95,0** **95,0**
(MG 02) 91,0

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 534 61 (TG 61).

533 11 056 **Gesundheitsfürsorge für Gefangene** **2.000,0** **2.000,0**
(MG 02) 1.851,7

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 536 61 (TG 61).

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 533 11

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Vergütungen für Ärztinnen und Ärzte	100.000
2.	Zahnärztliche Leistungen einschl. Zahnersatz und Zahnkronen	250.000
3.	Fachärztliche, ambulante und stationäre Untersuchungen und Behandlungen sowie Röntgenaufnahmen	830.000
4.	Physikalisch-medizinische Leistungen (Massagen, Krankengymnastik, Wärmebehandlungen, Inhalationen pp.)	55.000
5.	Arzneimittel, Verbandsmittel, Krankenpflegeartikel, Heil- und Hilfsmittel	600.000
6.	Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel, Brillen	45.000
7.	Laboruntersuchungen	75.000
8.	Krankentransporte	45.000
Summe		2.000.000

533 12	056	Für Therapiemaßnahmen und für externe Fachkräfte im Bereich der Schuldnerberatung	1.210,0	1.300,0
(MG 02)			1.224,1	

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 537 61 (TG 61)

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährleistung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit durch Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewaltstraftäter sowie für Prävention bzgl. Eigentumsdelikten durch Schuldnerberatung und Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster, Lübeck und in der Jugendanstalt Schleswig.

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewaltstraftäter	570.000
2.	Gutachten	190.000
3.	Schuldnerberatungen	170.000
4.	Beratung drogenabhängiger Gefangener	370.000
Summe		1.300.000

90,0 T€ Mehrbedarf wegen vermehrtem Therapie- und Gutachtenaufwand bei den Gefangenen mit anschließender Sicherungsverwahrung.

535 02	056	Für Freizeitgestaltung	110,0	110,0
(MG 02)			92,5	

110,0 T€ übertragen von Tit. 535 61 (TG 61).

Erläuterungen:

Veranschlagt für Werkmittel der Freizeitgestaltung, Tages- und Anstaltszeitungen.

632 07	056	Zuweisungen an andere Länder für die stationäre Behandlung erkrankter Gefangener in Anstalten anderer Verwaltungen	960,0	960,0
(MG 02)			422,9	

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 632 61 (TG 61).

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Unterbringung von:

		2014
		EUR
1.	Gefangenen im Zentralkrankenhaus Hamburg	510.000
2.	Gefangenen in Pflegeeinrichtungen oder Vollzugskrankenhäuser anderer Länder	450.000
Summe		960.000

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
632 08 (MG 02)	056	Zuweisungen an andere Länder für den Vollzug von Freiheitsentziehung	126,0 36,1	126,0
Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 632 01.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt für die Unterbringung von:				
				2014
				EUR
1. Jungen weiblichen Gefangenen in Vechta (Niedersachsen)				42.000
2. Weiblichen Gefangenen in der sozialtherapeutischen Einrichtung Alfeld des Landes Niedersachsen				84.000
Summe				126.000
681 06 (MG 02)	056	Zuschüsse für Verpflegung, Bekleidung und Körperpflege an Gefangene im offenen Vollzug	15,0 11,0	15,0
Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 681 61 (TG 61).				
681 07 (MG 02)	056	Entlassungshilfen für Gefangene	20,0 12,4	20,0
Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 681 01.				
Erläuterungen:				
Nach § 75 StVollzG erhalten bedürftige entlassene Gefangene Reisebeihilfen, Überbrückungsbeihilfen und Entlassungsbekleidung.				
681 08 (MG 02)	056	Entschädigungen an Gefangene und an Hinterbliebene von Gefangenen wegen eines während der Haft erlittenen Unfalls	0,5 0,0	0,5
Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 681 02.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Ausgaben für Unfälle (keine Arbeitsunfälle).				
681 09 (MG 02)	056	Auslagenerstattungen für Ehrenamtliche im Straffälligenbereich	13,0 5,7	13,0
Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 681 04.				
Erläuterungen:				
Vorgesehen u.a. für Erstattungen von Fahrtkosten und sonstigen Auslagen der ehrenamtlich im Vollzug tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.				
811 03 (MG 02)	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0 0,0	928,0
171,8 T€ übertragen von Tit. 811 01.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt für:				
				2014
				EUR
1. Erstmalige Anschaffungen				
1.1 1 Gefangenentransporter (JAA Moltsfelde)				50.000
2. Ersatzbeschaffungen				
2.1 Umbau des Gefangenentransporters (JVA Lübeck) gemäß VE 2013				197.000
2.2 1 Gefangenentransporter (JA Schleswig)				61.000
2.3 1 Gefangenentransporter (JVA Neumünster)				620.000
Summe				928.000
Bei der Ziffer 2.3 handelt es sich um einen Gefangenenbus.				
812 02 (MG 02)	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	598,0 98,2	173,0
Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 812 03.				

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 812 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Erstmalige Anschaffungen	42.000
2.	Ersatzbeschaffungen	131.000
Summe		173.000

892 02	056	Investitionszuschuss für die Errichtung von zwei Krankenzimmern für Gefangene im Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster	0,0	0,0
(MG 02)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagung ist von der Fertigstellung des Bettenhauses im FEK abhängig; in 2014 ist mit der Fertigstellung nicht zu rechnen.

919 03	056	Zuführung an die Rücklage Versorgung und Behandlung	0,0	0,0
(MG 02)			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der MG 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Maßnahmegruppe 02			7.632,5	8.225,5
			6.318,0	

61 Gefangenenpflege

Künftig wegfallend.

Erläuterungen:

Im Zusammenhang mit der Auflösung des internen Landesbetriebes Vollzugliches Arbeitswesen (LVAW) wird das Kapitel insgesamt neu strukturiert. Die TG 61 wird in die MG 02 und anteilig in die MG 01 überführt.

511 61	056	Gefangenenbücherei	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 511 04 (MG 02).

514 61	056	Verpflegung, Unterbringung, Bekleidung, Reinigungsbedarf	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 514 04 (MG 02).

533 61	056	Sonstige Ausgaben für externe Fachkräfte	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

200,0 T€ übertragen nach Tit. 533 07 (MG 01).
105,0 T€ übertragen nach Tit. 533 09 (MG 02).

534 61	056	Vergütungen für Pastorinnen und Pastoren, Organistinnen und Organisten und für Frisörinnen und Frisöre	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 533 10 (MG 02).

535 61	056	Lehr- und Lernmittel, Freizeitgestaltung	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

15,0 T€ übertragen nach Tit. 535 01 (MG 01).
110,0 T€ übertragen nach Tit. 535 02 (MG 02).

536 61	056	Gesundheitsfürsorge für Gefangene	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 533 11 (MG 02).

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
537 61 (TG 61)	056	Ausgaben für Therapiemaßnahmen im Vollzug und für externe Fachkräfte im Bereich der Schuldnerberatung Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 533 12 (MG 02).	0,0 0,0	0,0
538 61 (TG 61)	056	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 533 08 (MG 01).	0,0 0,0	0,0
632 61 (TG 61)	056	Zuweisungen an andere Länder für die stationäre Behandlung erkrankter Gefangener Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 632 07 (MG 02).	0,0 0,0	0,0
681 61 (TG 61)	056	Zuschüsse für Verpflegung, Bekleidung und Körperpflege an Gefangene im offenen Vollzug Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 681 06 (MG 02).	0,0 0,0	0,0
919 61 (TG 61)	851	Zuführung an die Rücklage Gefangenenpflege	0,0 0,0	0,0
Summe der Titelgruppe 61			0,0 0,0	0,0
Summe der Ausgaben			52.856,6 51.265,7	54.372,4

09 03 Justizvollzugsanstalten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	315,0 397,5	2.035,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.992,0 2.159,2	2,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			2.307,0 2.556,7	2.037,0
41 - 49		Personalausgaben	35.136,0 35.671,9	35.590,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	8.485,0 8.118,7	10.231,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	8.375,8 7.112,2	7.114,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	859,8 336,3	1.436,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 26,6	0,0
Gesamtausgaben			52.856,6 51.265,7	54.372,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-50.549,6 -48.709,0	-52.335,4

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0904 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Titeln 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Titeln 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.

Die Ausgaben der Titel 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.200,0 937,7	1.200,0
		Erläuterungen: Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (- 150,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+150,0 T€).		
119 01	051	Einnahmen aus Veröffentlichungen	3,0 0,8	3,0
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 811 01.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			1.203,0 938,5	1.203,0

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	50,0	30,0
			44,3	

30,0 T€ übertragen nach Tit. 1501 - 412 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) und die Kosten für Mitgliederinnen und Mitglieder der Berufsgerichte gemäß § 59 des Gesetzes über die Kammern und die Berufsgerichtsbarkeit für die Heilberufe (HBKG) vom 29. Februar 1996 (GVOBl. Schl.-H., S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Juli 2011 (GVOBl. Schl.-H., S. 221).

Veranschlagt für:

		2014 EUR
1.	die Verwaltungsgerichtsbarkeit	20.000
2.	Berufsgerichte für die Heilberufe	10.000
Summe		30.000

Neben der Übertragung mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz.

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - Richterinnen und Richter -	3.830,0	3.830,3
			3.984,1	

0,3 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.

Erläuterungen:

Erhöhung der Stellenzulage gem. Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 bis 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 275).

422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	5,0	5,0
			0,0	

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.785,0	1.785,0
			1.558,4	

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	1,0	1,0
			0,0	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	220,0	215,0
			216,8	

2,0 T€ übertragen nach Tit. 1501 - 511 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Büromaterial	20.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	80.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	1.500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	100.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	5.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	3.500
7.	Unterhaltung von Geräten	1.000
8.	Sonstiges	4.000
Summe		215.000

Neben der Übertragung weniger zur Deckung der Bedarfe bei Tit. 527 01 und 546 99.

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	12,0	8,0
			7,9	
		Erläuterungen:		
		Bestand an Kraftfahrzeugen:		
			Soll 2013	Soll 2014
				Bestand am
				01.02.2013
		Kleintransporter	1	1
		Personenkraftwagen	2	2
		Zusammen	3	3
		Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf.		
518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	16,5	16,5
			16,1	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.		
518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	5,0	5,0
			5,0	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt für 2 (Vorjahr 2) geleaste Fahrzeuge.		
525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	13,5	13,5
			9,8	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind:		
				2014
				EUR
		1. Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie Trier/ Wustrau, Lüneburger Beitragstage, Schleswiger Forum. Verwaltungsfachhochschule Altenholz u.ä.)		9.000
		2. Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Service-Einheiten, Fortbildung für Verwaltungsrichterinnen und -richter zu aktuellen Themen u.ä.)		3.500
		3. Fortbildung zum Thema Gesundheitsprävention und Angebote der Gesundheitsförderung im Rahmen des Gesundheitsmanagements		1.000
		Summe		13.500
526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,0	0,0
			0,6	
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,0	1,0
			0,5	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.		
526 11	051	Auslagen in Rechtssachen	180,0	218,0
			186,8	
		2,0 T€ übertragen nach Tit. 1501 - 526 11.		

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 526 11

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2014 EUR
1.	Prozesskostenhilfe	100.000
2.	Zeugenentschädigungen	12.000
3.	Sachverständige und Dolmetscherkosten in Asylverfahren	94.500
4.	Sonstige Auslagen in Rechtsachen	11.500
Summe		218.000

Nebn der Übertragung mehr aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (+ 30,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 10,0 T€).

527 01	051	Dienstreisen	3,0	1,0
			2,4	

3,0 T€ übertragen nach Tit. 1501 - 527 01.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	0,0	4,0
			2,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet alle 2 Jahre statt.

534 01	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0	1,0
			3,2	

1,0 T€ übertragen nach Tit. 1501 - 546 99.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen	
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen	
4.	Sonstige vermischte Ausgaben	1.000
Summe		1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	12,0	12,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen	12.000
Summe		12.000

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			3,1	
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
Summe der Ausgaben			6.135,0	6.146,3
			6.041,8	

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.203,0 938,5	1.203,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.203,0 938,5	1.203,0
41 - 49		Personalausgaben	5.671,0 5.586,8	5.651,3
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	452,0 451,9	483,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	12,0 0,0	12,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 3,1	0,0
Gesamtausgaben			6.135,0 6.041,8	6.146,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-4.932,0 -5.103,3	-4.943,3

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0905 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 13 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Titeln 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Titeln 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.

Die Ausgaben der Titel 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	1.300,0	1.450,0
			1.249,3	
		Erläuterungen:		
		Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (- 100,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 250,0 T€).		
119 99	051	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0
			0,4	
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Tit. 811 01.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			1.302,0	1.452,0
			1.249,7	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	170,0	210,0
			158,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586).

Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (- 10,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 50,0 T€).

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - Richterinnen und Richter -	5.500,0	5.500,6
			5.129,8	

0,6 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.

Erläuterungen:

Erhöhung der Stellenzulage gem. Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 bis 2014 (GVObI. Schl.-H. S. 275).

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3.200,0	3.200,0
			3.199,0	

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,0	12,0
			8,0	

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	290,0	300,0
			297,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

	2014 EUR
1. Büromaterial	105.000
2. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	85.000
3. Druck- und Buchbinderarbeiten	2.500
4. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	80.000
5. Ersatzbeschaffung von Geräten	15.000
6. Ergänzungsbeschaffung von Geräten	10.000
7. Unterhaltung von Geräten	1.500
8. Sonstiges	1.000
Summe	300.000

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	6,5	6,5
			6,8	

Erläuterungen:

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2013	Soll 2014	Bestand am 01.02.2013
PKW mit Fahrer/ Fahrer	1	1	1
Zusammen	1	1	1

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	24,0	24,0
			18,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

518 99	051	Leasingraten für Dienstfahrzeuge	3,0	3,0
			2,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 1 (Vorjahr 1) geleastes Fahrzeug.

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	20,0	20,0
		Erläuterungen:	17,9	
		Veranschlagt sind:		
				2014
				EUR
		1. Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie in Trier/WuStrau, Proberichtertagungen, Rechtspflegertagungen, u.ä.)		10.500
		2. Inhouse-Schulungen (z.B. Qualifizierung der Service-Einheiten, Schulungen der Kostenbeamten, Fortbildung für Richter/-innen zu aktuellen Themen u.ä.)		9.500
		Summe		20.000
526 03	051	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	1,0	1,0
		Erläuterungen:	0,3	
		Veranschlagt sind Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder der bei dem Landessozial- sowie bei den Sozialgerichten eingerichteten Ausschüsse gem. §§ 31 und 35 Sozialgerichtsgesetz.		
526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,5	1,5
		Erläuterungen:	1,3	
		Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.		
526 11	051	Entschädigungen für Klägerinnen und Kläger und für Zeuginnen und Zeugen	150,0	180,0
		Erläuterungen:	134,6	
		Mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz.		
526 12	051	Entschädigungen für Sachverständige	2.500,0	2.720,0
		Erläuterungen:	2.397,2	
		Mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz.		
526 13	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	1.000,0	1.150,0
		Erläuterungen:	1.153,0	
		Mehr aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (+ 180,0 T€) sowie weniger wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (- 30,0 T€).		
527 01	051	Dienstreisen	5,0	5,0
		Erläuterungen:	2,7	
533 04	051	Aufwendungen für Dienstverträge	97,5	97,5
		Erläuterungen:	0,0	
		Veranschlagt für zusätzliche externe Kräfte zur Eingangssicherung der Sozialgerichte.		
533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	2,0	2,0
		Erläuterungen:	0,6	
		Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel.		
534 01	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	2,0	2,0
		Erläuterungen:	3,1	
536 01	051	Umzüge von Dienststellen	30,0	0,0
		Erläuterungen:	0,0	
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,5	1,5
		Erläuterungen:	1,6	
		Veranschlagt sind:		
				2014
				EUR
		1. Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
		2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		0
		3. Auslagen für Vorstellungsreisen		0
		4. Sonstige vermischte Ausgaben		1.500
		Summe		1.500
		Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.		
811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
		Erläuterungen:	0,0	
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	115,0	80,0
		Erläuterungen:	0,0	
		Veranschlagt sind:		
				2014
				EUR
		1. Ersatzbeschaffungen		70.000
		2. Ergänzungsbeschaffungen		10.000
		Summe		80.000
916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,1	
		Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11 bis 526 13 geleistet werden.		
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
Summe der Ausgaben			13.131,0	13.516,6
			12.533,8	

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.302,0 1.249,7	1.452,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			1.302,0 1.249,7	1.452,0
41 - 49		Personalausgaben	8.882,0 8.495,5	8.922,6
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.134,0 4.038,2	4.514,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	115,0 0,0	80,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,1	0,0
Gesamtausgaben			13.131,0 12.533,8	13.516,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-11.829,0 -11.284,1	-12.064,6

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0906 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Titeln 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Titeln 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.

Die Ausgaben der Titel 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	450,0 433,3	450,0
		Erläuterungen:		
		Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (- 50,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 50,0 T€).		
119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Tit. 916 05.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			450,0 433,3	450,0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	5,0	5,0
			4,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586).

422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten - Richterinnen und Richter -	1.420,0	1.420,0
			1.399,6	

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	300,0	300,0
			294,0	

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	45,0	45,0
			49,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Büromaterial	4.500
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	18.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	20.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	1.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	500
7.	Unterhaltung von Geräten	300
8.	Sonstiges	200
Summe		45.000

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	3,0	3,0
			2,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	6,0	4,0
			1,9	

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	0,5	0,5
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11	051	Auslagen in Rechtssachen	30,0	35,0
			29,7	

Erläuterungen:

Mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz.

527 01	051	Dienstreisen	2,0	2,0
			2,3	

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	0,0	2,0
			0,0	

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 533 99

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Prüfung findet alle 2 Jahre statt.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,0	1,0
			1,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014 EUR	
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen			0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen			0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen			0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben			1.000
Summe				1.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	051	Kostenanteil an dem Gemeinsamen Senat für Zoll -und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht in Hamburg	90,0	90,0
			59,7	

Erläuterungen:

Kostenanteil des Landes an dem Gemeinsamen Senat für Zoll- und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht Hamburg (Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) gemäß Staatsvertrag vom 14. Juli 1981 (GVOBl. Schl.-H. S. 140). Berechnungsgrundlage sind die für Schleswig-Holstein im Verhältnis zu den anderen beteiligten Ländern erledigten Fälle.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	15,0	15,0
			0,0	

Erläuterungen:

			2014 EUR	
1.	Ersatzbeschaffungen			10.000
2.	Ergänzungsbeschaffungen			5.000
Summe				15.000

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben			1.917,5	1.922,5
			1.845,1	

09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	450,0 433,3	450,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			450,0 433,3	450,0
41 - 49		Personalausgaben	1.725,0 1.698,4	1.725,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	87,5 87,0	92,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	90,0 59,7	90,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	15,0 0,0	15,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.917,5 1.845,1	1.922,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.467,5 -1.411,8	-1.472,5

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0908 mit Ausnahme der Tit. 526 13 bis 526 15 sowie 681 01 und 681 02 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Titeln 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen dieser Kapitel bei den Titeln 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.

Die Ausgaben der Titel 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben der Tit. 681 01 bis 681 03 in den Kapitel 0902 und 0908 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	15.100,0	15.375,0
			14.059,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Geldstrafen und Geldbußen	14.775.000
2.	Gerichtskosten	600.000
Summe		15.375.000

Aufgrund der derzeitigen Ist-Entwicklung wird in 2013 mit Einnahmen von rd. 14,9 Mio. € gerechnet. Für 2014 wird mit einem weiteren Anstieg von rd. 375,0 T€ gerechnet. Darüber hinaus wirkt sich das 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz mit + 100,0 T€ aus.

112 03	051	Einnahmen aus Vermögensabschöpfung, insbesondere bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität	500,0	500,0
			498,7	

Erläuterungen:

Der Ansatz ist geschätzt.

119 02	051	Sonstige Verwaltungseinnahmen	10,0	10,0
			12,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände.

119 99	051	Vermischte Einnahmen	50,0	50,0
			76,6	

132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	2,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 811 01.

231 01	051	Erstattung von Kosten in Staatsschutzsachen	100,0	100,0
			72,3	

Erläuterungen:

Nach einer Vereinbarung der Justizverwaltungen des Bundes und der Länder erstattet der Bund die dem Land in Staatsschutz-Strafsachen entstandenen Kosten, insbesondere in den Fällen, in denen ein Oberlandesgericht in Ausübung der Gerichtsbarkeit des Bundes zuständig war.

Der Ansatz ist geschätzt.

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 359 01

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

Summe der Einnahmen

15.760,0
14.719,0

16.037,0

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Ausgaben				
422 01	051	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	20.050,0 20.610,5	20.031,2
29,6 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01. 1,6 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.				
Erläuterungen:				
Umsetzung Beförderungspaket sowie Erhöhung der Stellenzulage gem. Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 bis 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 275).				
422 03	051	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungs- dienst	9,0 36,3	20,0
Erläuterungen:				
Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf, vgl. Tit. 427 01.				
427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	19,0 3,2	8,0
Erläuterungen:				
Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf, vgl. Tit. 422 03.				
427 04	051	Hausdienst- und sonstige Vergütungen	2,0 1,8	2,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind ausschließlich Hausdienstvergütungen. In den Fällen, in denen bisher schon Wachtmeisterinnen, Wachtmeister hausmeistergleiche Tätigkeiten (wie z.B. Gartenarbeiten, Schneeräumung, Bedienung der Heizung) gegen Hausdienstvergütungen ausgeübt haben, ist mit Ausnahmegenehmigung des Finanzministeriums gem. § 3 Abs. 2 GMSH-Gesetz diese Tätigkeit -auslaufend- weiterhin zulässig.				
427 05	051	Vergütung für Praktikantinnen und Praktikanten	0,0 17,9	0,0
428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9.340,0 9.253,5	9.170,0
Erläuterungen:				
Weniger aufgrund des Stellenabbaupfades.				
453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	23,0 22,4	23,5
0,5 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.				
Erläuterungen:				
Die Landesregierung hat am 14. Mai 2013 im Zusammenhang mit dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 bis 2014 beschlossen, dass mit Wirkung vom 1. Januar 2014 die reisekostenrechtlichen Erstattungen einschl. der Trennungsgelder für Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst in ihrer Höhe denen der übrigen Beamtinnen und Beamten gleichzustellen sind.				
459 03	051	Handgeld an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst	0,4 0,2	0,4
Deckungsfähig mit Tit. 0902-459 03.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist das Handgeld für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Sozialdienst.				
511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	850,0 913,1	850,0

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Büromaterial	290.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	110.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	10.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	380.000
5.	Ersatzbeschaffungen von Geräten	25.000
6.	Ergänzungsbeschaffungen	20.000
7.	Unterhaltung von Geräten	10.000
8.	Sonstiges	5.000
Summe		850.000

514 01	051	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	35,0	45,0
			43,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	35.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	10.000
3.	Verbrauchsmittel	0
4.	Sonstiges	0
Summe		45.000

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2013	Soll 2014	Bestand am 01.02.2013
Kleintransporter	2	2	2
PKW mit Fahrer/ in/ Fahrer	1	1	1
Selbstfahrer-PKW	9	9	9
Zusammen	12	12	12

Mehr aufgrund Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	70,0	60,0
			55,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

518 99	051	Leasingraten für Fahrzeuge	25,0	20,0
			18,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt für 6 (Vorjahr 7) geleaste Fahrzeuge.

525 01	051	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	15,0	10,0
			7,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Unterrichtsentschädigungen.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	50,0	53,0
			52,6	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 525 02

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2014
		EUR
1.	Teilnahmen an Lehrgängen und Tagungen	36.100
2.	Sicherheitsausbildung für Justizwachtmeister und andere Bedienstete bei den Staatsanwaltschaften	5.400
3.	Supervision für Staatsanwälte	7.000
4.	Supervision für Gerichtshilfe	1.500
5.	Gesundheitsmanagement	3.000
Summe		53.000

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	8,0	8,0
			5,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 13	051	Entschädigung für Zeuginnen und Zeugen	250,0	250,0
			189,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2418).

Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (- 50,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 50,0 T€).

526 14	051	Entschädigung für Sachverständige	3.200,0	4.030,0
			3.255,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2418).

Mehr aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (+ 250,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 580,0 T€).

526 15	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	1.200,0	1.200,0
			1.340,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben nach Teil 9 (Auslagen) des Kostenverzeichnisses zum Gerichtskostengesetz (GKG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718), zuletzt geändert durch Artikel 8 Nr. 1 des Gesetzes vom 25. April 2013 (BGBl. I S. 935) und §§ 136 ff. Kostenordnung (KostO) in der Fassung vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 960 - bereinigte Fassung unter Gliederungsnummer 361 - 1), zuletzt geändert durch Artikel 8 Nr. 2 des Gesetzes vom 25. April 2013 (BGBl. I S. 935).

Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (- 25,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 25,0 T€).

527 01	051	Dienstreisen	115,0	115,0
			113,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2014
		EUR
1.	Reisen in Verwaltungsangelegenheiten	17.000
2.	Reisen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte zu auswärtigen Sitzungen	70.000
3.	Reisen der Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer	28.000
Summe		115.000

533 01	051	Aufwendungen für Dienstverträge	70,0	77,0
			74,7	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 533 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen externen Pfortnerdienst.
Mehr aufgrund Anpassung an die Vertragslage.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	6,0	6,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel. Die Überprüfung findet - zu unterschiedlichen Terminen - alle zwei Jahre statt.

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	3,0	3,0
			0,4	

537 01	051	Beförderung und Vorführung von Gefangenen einschließlich Reisekosten des Begleitpersonals	10,0	10,0
			8,4	

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	8,0	8,0
			6,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Unfall- usw.-renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen			0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen			7.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen			0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben			1.000
Summe				8.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	051	Anteil Schleswig-Holstein an dem Gemeinsamen Prüfungsamt für die Amsanwaltsausbildung	18,0	27,0
			0,5	

Erläuterungen:

Gemäß Staatsvertrag über die Einrichtung eines gemeinsamen Studienganges für den Amsanwaltsdienst und die Errichtung eines gemeinsamen Prüfungsamtes für die Abnahme der Amsanwaltsprüfung (Gesetz vom 14. Dezember 2006; GVOBl. Schl. H. S. 305) werden die Kosten des Studienganges nach dem Verhältnis der aus den Vertragsländern abgeordneten Beamtinnen und Beamten umgelegt.
Anpassung an den erwarteten Bedarf.

632 02	051	Kostenanteil an der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung von NS-Gewalttaten in Ludwigsburg	28,0	28,0
			24,6	

Erläuterungen:

Gemäß Verwaltungsvereinbarung über die Errichtung einer Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen vom 6. November 1958 werden die Personal- und Sachausgaben der Zentralen Stelle nach dem Verhältnis der fortgeschriebenen Einwohnerzahl der Länder am 1. April des jeweiligen Haushaltsjahres auf die Landesjustizverwaltungen umgelegt.

681 01	051	Entschädigungen an Beschuldigte und Nebenbeteiligte in Strafsachen	100,0	100,0
			103,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entschädigungen aufgrund der §§ 467, 467 a, 468, 470, 472 b und 473 Strafprozessordnung (StPO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, ber. S. 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.04.2013 (BGBl. I S. 935) und des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864).

681 02	051	Geldbelohnungen für die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Aufklärung strafbarer Handlungen und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener	5,0	5,0
			0,0	

Belohnungen dürfen auch ohne Mittel ausgesetzt werden. Die Erläuterungen sind gem. § 17 LHO verbindlich.

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 681 02

Erläuterungen:

Zur Gewährung von Geldbelohnungen an Privatpersonen, durch deren Mitwirkung eine strafbare Handlung schneller aufgeklärt bzw. aufgedeckt wird, und bei der Wiedergreifung entwichener Gefangener. Es dürfen für das laufende und für das vorausgegangene Haushaltsjahr bis zu 61.355 € ausgelobt werden. Das Finanzministerium ist über die ausgelobten Beträge zu unterrichten. Der Bedarf ist geschätzt.

811 01	051	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	34,0
			60,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Ersatzbeschaffungen			
1.1	2 Selbstfahrer-PKW (StA Lübeck)			34.000
Summe				34.000

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	67,5	67,5
			46,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Ersatzbeschaffungen			67.500
Summe				67.500

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			15,7	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HG. 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 13 bis 526 15 sowie 681 01 und 681 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben			35.576,9	36.261,6
			36.280,6	

09 08 Staatsanwaltschaften

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	15.660,0 14.646,7	15.937,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	100,0 72,3	100,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			15.760,0 14.719,0	16.037,0
41 - 49		Personalausgaben	29.443,4 29.945,8	29.255,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.915,0 6.083,2	6.745,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	151,0 128,8	160,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	67,5 107,1	101,5
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 15,7	0,0
Gesamtausgaben			35.576,9 36.280,6	36.261,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-19.816,9 -21.561,6	-20.224,6

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 des Kapitels 0909 mit Ausnahme des Tit. 526 11 verwendet werden.

Für Mehrausgaben bei den Titeln 412 01 und 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 können Mehreinnahmen bei den Titeln 111 02 bzw. 112 01 verwendet werden.

Die Ausgaben der Titel 412 01 sowie 526 11 bis 526 17 in den Kapiteln 0902, 0904, 0905, 0906, 0908 und 0909 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

112 01	051	Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten	950,0	950,0
			904,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Gerichtskosten und die zu erstattenden Kosten der beigeordneten Rechtsanwälte/innen	949.500
2.	Geldstrafen	500
	Summe	950.000

Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (- 150,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 150,0 T€).

119 99	051	Vermischte Einnahmen	0,5	0,5
			0,3	

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 916 05.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

Summe der Einnahmen		950,5	950,5
		904,7	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

412 01	051	Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	140,0 130,8	165,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718, 776), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586).

Mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz.

422 01	051	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter	2.520,0 2.710,6	2.520,0
---------------	-----	---	---------------------------	----------------

427 01	051	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0	0,0
---------------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.800,0 1.729,0	1.800,0
---------------	-----	--	---------------------------	----------------

453 01	051	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	5,0 6,7	5,0
---------------	-----	--	-------------------	------------

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	320,0 291,2	310,0
---------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Büromaterial	50.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	60.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	1.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	160.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	15.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	12.000
7.	Unterhaltung von Geräten	10.000
8.	Sonstiges	2.000
	Summe	310.000

518 02	051	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	10,0 5,8	10,0
---------------	-----	---	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für Fotokopiergeräte.

525 02	051	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	21,0 24,7	25,0
---------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Externe Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Richterakademie Trier/ Wustrau, Akademie Sankelmark, Verwaltungsakademie Bordesholm, Verwaltungsfachhochschule Altenholz u.ä.)	15.000
2.	Inhouse-Schulungen	10.000
	Summe	25.000

526 05	051	Ärztliche Untersuchungen	1,0 0,4	1,0
---------------	-----	---------------------------------	-------------------	------------

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 526 05

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für amtsärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte, vgl. Tit. 0902 - 533 02.

526 11	051	Auslagen in Rechtssachen	2.100,0	2.150,0
			2.054,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechtsanwälte/innen	2.050.000
2.	Entschädigung der Zeugen/innen	55.000
3.	Entschädigungen der Sachverständigen vor Gericht	44.000
4.	Sonstige Auslagen	1.000
Summe		2.150.000

Weniger aufgrund Anpassung an die Ist-Entwicklung (- 15,0 T€) sowie mehr wegen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (+ 65,0 T€).

527 01	051	Dienstreisen	10,0	12,0
			9,1	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014
		EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	12.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	0
Summe		12.000

533 04	051	Aufwendungen für Dienstverträge	260,0	260,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt für externe Kräfte zur Eingangssicherung der Arbeitsgerichte.

533 99	051	Leistungsentgelte an die GMSH	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel (vorgesehen für die Überprüfung ortsveränderlicher elektrischer Betriebsmittel).

534 02	051	Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	4,0	4,0
			0,8	

536 01	051	Umzüge von Dienststellen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

541 01	051	Ausrichtung von Tagungen	0,0	5,0
			0,0	

Einseitig deckungsfähig zu Lasten des Tit. 511 01.

Erläuterungen:

Die Konferenz der Geschäftsleiterinnen und Geschäftsleiter der Norddeutschen Arbeitsgerichte findet im Jahr 2014 in Schleswig-Holstein statt.

546 99	051	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-träge	2,0	2,0
			1,9	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Unfall- usw.-renten und Entschädigungen an Dritte aufgrund rechtlicher Verpflichtungen und aus Billigkeitserwägungen	0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen (z.B. Stellenausschreibungen)	2.000
3.	Sonstiges	0
Summe		2.000

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

684 01	051	An Vereine und Verbände	0,2	0,2
			0,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Beiträge für den Arbeitsgerichtsverband.

812 02	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	15,0	15,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen	15.000
Summe		15.000

916 05	851	Zuführung an die Rücklage Sabbatjahr	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei Titeln der Obergruppe 42 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Ausgaben			7.208,2	7.284,2
			6.965,4	

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	950,5 904,7	950,5
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			950,5 904,7	950,5
41 - 49		Personalausgaben	4.465,0 4.577,1	4.490,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.728,0 2.388,1	2.779,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,2 0,2	0,2
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	15,0 0,0	15,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			7.208,2 6.965,4	7.284,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-6.257,7 -6.060,7	-6.333,7

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 09 11 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

61 Hanse-Office in Brüssel

Ausgaben

61 Hanse-Office in Brüssel

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 01 stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0911 mit Ausnahme der TG 61 zur Verfügung.

Die Ausgaben des Kapitels sind mit Ausnahme der Titelgruppe 61 gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

119 01	011	Einnahmen aus zurückzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
231 01	011	Kostenbeteiligung des Bundes an der Entwicklung und Durchführung von Projekten im Zusammenhang mit der Pflege und der Entwicklung der Ostsee- und Nordseezusammenarbeit	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei Tit. 541 02 zur Verfügung.		
232 01	011	Anteilige Erstattungen im Rahmen des Programms INTERREG IV B zur Finanzierung der Kosten für die Prüfbehörde sowie der nationalen Stichprobenkontrollen im Rahmen des Ostseeprogramms	119,0 0,0	119,0
		Erstattungen an das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie für Ausgaben zur Finanzierung der Prüfbehörde sind von den Einnahmen abzusetzen. Erläuterungen: Die Prüfbehörde für das INTERREG IV B Programm des Ostseeraums ist seit dem 1. Januar 2008 im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie angesiedelt. Die Übernahme der Kosten für die Prüfbehörde und für die nationalen Stichprobenkontrollen durch die am INTERREG IV B Ostseeprogramm beteiligten Bundesländer und Mittel aus der Technischen Hilfe des Ostseeprogramms wird durch eine Verwaltungsvereinbarung geregelt. Die Einnahmen stehen dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie zur Finanzierung der Prüfbehörde zur Verfügung.		
282 01	011	Kostenbeteiligung Dritter an Veranstaltungen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 541 02 zu verwenden.		
		61 Hanse-Office in Brüssel		
		Erläuterungen: Zweckgebundene Einnahmen und Mehreinnahmen können für Mehrausgaben in der Titelgruppe 61 mit Ausnahme des Tit. 529 61 TG 61 verwendet werden. Siehe Erläuterungen bei TG 61 Ausgaben.		
119 61 (TG 61)	011	Vermischte Einnahmen	0,0 0,3	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglicher Leertitel.		
124 61 (TG 61)	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	73,0 72,3	73,0

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 124 61

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Untervermietung (Kaltmiete plus Nebenkosten) von Diensträumen des Hanse-Office im Gebäude Avenue Palmerstone 24, 1000 Brüssel an Dritte (sh. auch Tit. 518 61 TG 61).

232 61	011	Erstattungsanteil der Freien und Hansestadt Hamburg	336,8	336,8
(TG 61)			308,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der von der Freien und Hansestadt Hamburg zu erstattende Anteil für die gemeinsame Dienststelle (50 % der Gesamtausgaben).

359 61	851	Entnahme aus der Rücklage Hanse-Office Brüssel	0,0	0,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Vermerk Titelgruppe 61 und Tit. 919 61 TG 61.

Summe der Titelgruppe 61			409,8	409,8
			380,6	
Summe der Einnahmen			528,8	528,8
			380,6	

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

526 09	011	Übersetzungsarbeiten und Dolmetschertätigkeiten	11,5 8,7	11,5
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben für Übersetzungsarbeiten und Dolmetschertätigkeiten insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung und Pflege der Partnerschaften des Landes Schleswig-Holstein im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit der französischen Partnerregion Pays de la Loire.		
529 10	011	Für Repräsentationsaufgaben in Europaangelegenheiten	12,2 8,3	12,2
		Erläuterungen: Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen. Bewirtungskosten und Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen. Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.		
541 01	011	Kosten für die Europäische Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes	15,4 6,8	15,4
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben für die fachliche Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der europapolitischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes und den strategischen Partnerschaften mit der Europäischen Kommission.		
541 02	011	Aufwendungen für die Pflege und die Entwicklung der Ostsee- und Nordseezusammenarbeit sowie mit Pays de la Loire	62,0 63,6	62,0
		Zusätzliche Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 231 01 und Tit. 282 01 geleistet werden.		
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Ausgaben für die fachliche Durchführung von Projekten und Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung der regionalen Partnerschaften und der freundschaftlichen Beziehungen im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit Pays de la Loire. Des Weiteren sind Ausgaben für die zielgruppenorientierte Kommunikation der Beteiligung des Landes an den INTERREG B Programmen Ostsee und Nordsee und an INTERREG C veranschlagt.		
632 03	011	Landesanteil an den Kosten für die Errichtung und Unterhaltung von ständigen Repräsentanzen im Ostseeraum	85,0 76,1	85,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Anteile des Landes an den Ausgaben für den Betrieb der Schleswig-Holstein-Büros in Tallinn, Riga und Vilnius sowie des Hansebüros Kaliningrad und des Hanse-Office Danzig (Personal- und Sachkosten sowie Mieten). Grundlage hierfür sind: - die Vereinbarung über ein "Hanse-Office" in Danzig/Polen zwischen der Handwerkskammer Pommern/Polen und dem Land Schleswig-Holstein sowie der IHK Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Projektmanagement Kiel mbH (Rechtsnachfolger: Gesellschaft zur Förderung von Industrie, Handel und Gewerbe in Schleswig-Holstein mbH) vom 25. November 2008/5. Dezember 2008. - die Vereinbarung über die Errichtung und Unterhaltung des Hansebüros Kaliningrad zwischen der autonomen nichtkommerziellen Organisation "Hansebüro Kaliningrad/Schleswig-Holstein Informationsbüro", dem Land Schleswig-Holstein und der IHK Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und Projektmanagement Kiel mbH (Rechtsnachfolger: Gesellschaft zur Förderung von Industrie, Handel und Gewerbe in Schleswig-Holstein mbH) vom Dezember 2011. - der Änderungsvertrag vom 30.12.2011 zum Untermietvertrag vom 27.09.2010 zwischen der Handelskammer Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Anmietung von Räumlichkeiten für das Hansebüro Kaliningrad. Das Hanse-Office in St. Petersburg wird vom Land Schleswig-Holstein ohne Kostenbeteiligung genutzt. Im Gegenzug darf die Hansestadt Hamburg das Hanse-Office in Danzig/Polen ohne Kostenbeteiligung nutzen.		
632 04	011	Kostenanteile für Prüfaufgaben im Rahmen der Programme INTER-REG B und INTERREG C	20,0 28,9	20,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die anteiligen Ausgaben des Landes an den Prüfaufgaben im Rahmen der INTERREG B Programme für den Ostseeraum und den Nordseeraum sowie des INTERREG C Programms. Grundlage für die Kostenbeteiligung bilden Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den an den jeweiligen Programmen beteiligten Bundesländern.		
632 09	011	Kostenanteil für den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union	18,0 14,4	18,0

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 632 09

Erläuterungen:

Die Ausgaben für den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union sind im Haushalt des Staatsministeriums Baden-Württemberg veranschlagt.

Nach dem Länderabkommen vom 27. Oktober 1988 in der Neufassung vom 24. Oktober 1996 erstatten die anderen Länder dem Land Baden-Württemberg unter Zugrundelegung des Königsteiner Schlüssels den auf sie entfallenden Anteil am tatsächlichen Aufwand für die Beobachtertätigkeit.

Veranschlagt sind die voraussichtlich zu leistenden Zahlungen.

671 01	011	Kostenanteile für die Gemeinsamen Technischen Sekretariate im Rahmen der Programme INTERREG B und INTERREG C	83,5 60,9	83,5
--------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteiligen Ausgaben des Landes an den Verwaltungskosten (Technische Sekretariate) der INTERREG B-Programme für den Ostseeraum und für den Nordseeraum sowie für das INTERREG C-Programm. Grundlage für die Kostenbeteiligung bilden Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den an den jeweiligen Programmen beteiligten Bundesländern.

671 02	011	Mittel zur Finanzierung von schleswig-holsteinischen Projekten im Rahmen der Programme INTERREG B und INTERREG C sowie der politischen Kooperation "STRING" und der regionalen Partnerschaften im Ostseeraum	56,5 152,1	56,5
--------	-----	---	----------------------	-------------

Das Finanzministerium setzt auf Antrag Haushaltsmittel für europarelevante INTERREG-Projekte auf andere Ressorts um.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der Beteiligung von schleswig-holsteinischen Partnern an mit EU-Mitteln finanzierten Projekten der INTERREG-Programme B (Ostsee- und Nordsee) und C (europaweit), zur Förderung von Projekten im Rahmen der STRING-Kooperation und der regionalen Partnerschaften des Landes im Ostseeraum.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der "Richtlinie zur Förderung von schleswig-holsteinischen Projekten im Nord- und Ostseeraum (INTERREG-, STRING- und Ostseekooperationsrichtlinie)".

Vgl. Tit. 676 01.

676 01	011	Kostenanteil für das Gemeinsame Sekretariat der "STRING"-Kooperation	74,0 0,0	74,0
--------	-----	---	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Unterhaltung des Sekretariats der STRING-Kooperation (Personal- und Sachkosten).

Vgl. Tit. 671 02.

684 05	011	Beiträge an die Nordseekommission und an die "Konferenz der Peripheren Küstenregionen" (KPKR)	37,5 36,3	37,5
--------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Beitrag für die Mitgliedschaft des Landes in der Nordsee-Kommission und in der "Konferenz der Peripheren Küstenregionen" zur Stärkung der Schleswig-Holsteinischen Position, insbesondere in Angelegenheiten der "Europäischen Meerespolitik".

684 06	011	Institutionelle Förderung für die Organisation europapolitischer Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes	63,8 54,2	63,8
--------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt zur institutionellen Förderung der gemeinsamen Geschäftsstelle von Europa-Union, Europäische Bewegung, Junge Europäische Föderalisten (Landesverbände Schleswig-Holstein).

684 08	011	Zuwendungen für Projektförderungen aufgrund der Partnerschaft mit der französischen Region Pays de la Loire	6,8 7,3	6,8
--------	-----	--	-------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Förderung von Partnerschaftsprojekten mit der französischen Region Pays de la Loire auf den vereinbarten Gebieten Austausch, wirtschaftliche Entwicklung, Bildung und Kultur, erneuerbare Energien und Umwelt, Meerespolitik.

684 09	011	Förderung der Academia Baltica	50,0 49,8	50,0
--------	-----	---------------------------------------	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt zur institutionellen Förderung der Academia Baltica (Personal- und Sachkosten).

685 01	011	Europäische Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes	10,0 8,8	10,0
--------	-----	---	--------------------	-------------

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 685 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuwendungen an Dritte zur Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Rahmen der europäischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes.

685 02	011	Maßnahmen zur Stärkung und Förderung der Europafähigkeit	4,3	4,3
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Kooperationsprojekte zur Förderung der Europafähigkeit der Landes- und Kommunalverwaltung.

61 Hanse-Office in Brüssel

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Zweckgebundene Einnahmen und Mehreinnahmen der TG 61 können für Mehrausgaben der TG 61 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Land Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg haben ihre Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten in einem Staatsvertrag geregelt und das bestehende Abkommen über das Hanse-Office (HO) in Brüssel neu gefasst. Das HO in Brüssel wird in der Rechtsform einer gemeinsamen Dienststelle geführt.

Für die haushaltsmäßige Abwicklung der Finanzen des Hanse-Office ist gem. Artikel 6 des Abkommens das Land Schleswig-Holstein federführend verantwortlich.

Der von der Freien und Hansestadt Hamburg zu erstattende Anteil von 50% der Gesamtausgaben ist als Einnahme bei Tit. 232 61 TG 61 veranschlagt.

427 61	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	1,0	1,0
(TG 61)			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Entgelte für vorübergehend zu beschäftigende Ortskräfte als Vertretungs- und Aushilfskräfte.

428 61	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	260,0	260,0
(TG 61)			257,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte für fünf Ortskräfte (4 Verwaltungskräfte, 1 Hausmeister) einschließlich aller nach belgischem Recht zu zahlenden Abgaben. Die Entgelte für das aus Schleswig-Holstein entsandte Personal sind im Kapitel 0901 veranschlagt.

443 61	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	2,9	2,9
(TG 61)			3,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für eine nach belgischem Recht vorzuhaltende Unfallversicherung für die Ortskräfte.

511 61	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	61,0	61,0
(TG 61)			74,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind der Geschäftsbedarf (Arbeitsmittel, Bücher, Zeitungen u.ä.) sowie die Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen einschl. Telekommunikation.

517 61	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (ohne GMSH)	70,0	70,0
(TG 61)			61,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Bewirtschaftung der für das HO in Brüssel angemieteten Diensträume in den Gebäuden Avenue Palmerstone 20 und 24, 1000 Brüssel (siehe auch Tit. 518 61 TG 61).

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 517 61

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Heizung	0
2.	Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf	14.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	48.000
4.	Alarmanlage	3.000
5.	Gebäudeversicherungen	4.300
6.	Sonstiges	700
Summe		70.000

518 61 (TG 61)	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume sowie für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	255,0	255,0
			254,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Miete für die Diensträume des HO in den Gebäuden Avenue Palmerstone 20 und 24, 1000 Brüssel (sh. hierzu auch Tit.124 61 TG 61) und die Miete für die zum Dienstbetrieb erforderlichen Geräte (u.a. Kopiergerät).

Veranschlagt für folgende Grundstücke, Gebäude und Räume:

	Nutzung	Dienststelle	Nutzfläche
1.	Büro- und Veranstaltungsräumlichkeiten	Hanse-Office, Avenue Palmerston 20	748 qm
2.	Büroräume	Hanse-Office, Avenue Palmerston 24 davon 260 qm untervermietet	340 qm
			1.088 qm

519 61 (TG 61)	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	7,0	7,0
			2,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die laufende Unterhaltung der für das HO angemieteten Gebäude Avenue Palmerstone 20 und 24, 1000 Brüssel.

525 61 (TG 61)	011	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	0,5	0,5
			0,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Fortbildungskosten für die Mitarbeiter/-Innen des HO einschl. Reisekosten, wenn diese im Zusammenhang mit einer Fortbildung stehen.

526 61 (TG 61)	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä., Gerichts- und ähnliche Kosten, ärztliche Untersuchungen, Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	0,6	0,6
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Rechts- und Beratungskosten sowie die Kosten für ärztliche Untersuchungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des HO.

527 61 (TG 61)	011	Dienstreisen	28,0	28,0
			14,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekosten für Dienstreisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des HO.

529 61 (TG 61)	011	Verfügungsmittel für Repräsentationszwecke	3,9	3,9
			2,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Verfügung für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen (Repräsentationskosten).

533 61 (TG 61)	011	Kosten für arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	0,6	0,6
			0,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die arbeitsmedizinische Betreuung und den sicherheitstechnischen Arbeitsschutz der Ortskräfte.

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
535 61 (TG 61)	011	Kosten für Veranstaltungen und Informationen	55,0 30,5	55,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für Veranstaltungen, Workshops, Ausstellungen u.ä. Veranstaltungen des HO.		
546 61 (TG 61)	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe- träge	1,0 3,4	1,0
812 61 (TG 61)	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für die Beschaffung von beweglichen Sachen mit einem Anschaffungswert im Einzelfall von über 5.000 €		
919 61 (TG 61)	851	Zuführung an die Rücklage Hanse-Office Brüssel	0,0 0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Minderausgaben bei den Titeln der Titelgruppe 61 mit Ausnahme des Tit. 529 61 TG 61 sowie bis zur Höhe der nicht für zusätzliche Ausgaben verwendeten Einnahmen geleistet werden.		
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
Summe der Titelgruppe 61			746,5 705,1	746,5
Summe der Ausgaben			1.357,0 1.281,3	1.357,0

09 11 Europaangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	73,0 72,6	73,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	455,8 308,0	455,8
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			528,8 380,6	528,8
41 - 49		Personalausgaben	263,9 260,3	263,9
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	583,7 532,2	583,7
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	509,4 488,8	509,4
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 0,0	0,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.357,0 1.281,3	1.357,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-828,2 -900,7	-828,2

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 09 40 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 02 Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf
- 03 Stiftung Schloss Eutin
- 06 Förderung des Büchereiwesens und der Literatur
- 08 Musikförderung
- 09 Förderung der bildenden Kunst
- 10 Förderung privater und freier Theater
- 11 Förderung der Heimatpflege und Gedenkstätten
- 12 Förderung von Film und Medien
- 13 Internationale Kulturmaßnahmen
- 14 Spartenübergreifende Förderungsmaßnahmen
- 15 Museen und kulturelles Erbe

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 und Tit. 132 01 stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0940 zur Verfügung. Die Ausgaben in den Maßnahmegruppen 06 bis 15 dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 282 01 überschritten werden.

Einnahmen

111 03	011	Friedhofsgebühren, Instandsetzungs- und Pflegepauschalen für den Kadettenfriedhof Plön	0,0 2,1	0,0
		Erläuterungen: Die tatsächlichen Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei Tit. 533 01 (MG 11) zur Verfügung.		
119 02	187	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die tatsächlichen Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0940 zur Verfügung; vgl. Kapitelvermerk.		
119 04	183	Entschädigungen von Privaten für Schäden an entliehenen Kunstgegenständen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 534 03 (MG 09) zu verwenden.		
119 99	187	Vermischte Einnahmen	6,0 7,1	6,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind insbesondere Gebühren für die Bescheinigungen nach Umsatzsteuergesetz.		
124 01	186	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	15,0 15,0	15,0
		Erläuterungen: Vorgesehen für Einnahmen aus der Vermietung des sogenannten "Schwarzwaldhauses" im Schwanenweg 13 an den Verein Literaturhaus Schleswig-Holstein e.V..		
132 01	187	Erlöse aus der Liquidation des Landeskulturzentrums Salzac	0,0 450,0	0,0
		Erläuterungen: Tatsächliche Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben im Kapitel 0940 zur Verfügung; vgl. Kapitelvermerk. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel zur Abwicklung des Liquiditätserlöses Salzac.		
271 01	183	Erstattung der EU im Rahmen des INTERREG-Projektes "Düppel 2014"	18,1 0,0	18,1

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 271 01

Erläuterungen:

Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 541 01 zu verwenden.
Veranschlagt sind die Einnahmen, die auf Grund der Beteiligung an der Durchführung des Projekts aus Fördermitteln der EU erstattet werden.

282 01	183	Beiträge Dritter für Förderungsmaßnahmen der Kunst- und Kulturpflege	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei den Maßnahmegruppen 06 bis 15 zu verwenden; vgl. Kapitelvermerk.

282 02	183	Zuschüsse Dritter für die Stiftung Schloss Gottorf	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Die tatsächlichen Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei den Titeln der Maßnahmengruppe 02 zur Verfügung.
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

282 03	185	Beiträge Dritter zur Förderung von Musikschulen in freier und kommunaler Trägerschaft	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 684 08 (MG 08) zu verwenden.

282 04	183	Zweckgebundene Beiträge Dritter für Museumsaufgaben	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 534 04 zu verwenden.

282 05	183	Zuschüsse Dritter für die Stiftung Schloss Eutin	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Die tatsächlichen Einnahmen stehen für Mehrausgaben bei den Titeln der Maßnahmengruppe 03 zur Verfügung.
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

282 06	182	Beiträge Dritter zu Projekten Ars Baltica	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 534 06 (MG 13) und bei Tit. 684 48 (MG 13) zu verwenden.

282 07	186	Beitrag des Büchereivereins Schleswig-Holstein e.V. für das Kompetenznetzwerk	0,0	0,0
			5,2	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 685 01 zu verwenden.

282 08	186	Erstattungen für die Beteiligung an urheberrechtlichen Verpflichtungen im Bibliotheksbereich	0,0	0,0
			105,9	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 685 01 und bei Tit. 684 34 (MG 06) zu verwenden.

359 15	851	Entnahme aus der Rücklage "Investitionsprogramm Kulturelles Erbe"	0,0	0,0
			530,0	

Erläuterungen:

Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei Tit. 893 07 (MG 15) zur Verfügung.

381 03	891	Einnahmen aus der Glücksspielabgabe zur Aufstockung des für eine Friesenstiftung durch die Kulturstiftung zu verwaltenden Kapitals	0,0	50,0
			0,0	

Erläuterungen:

Zweckgebundene Einnahmen zur Aufstockung des für eine Friesenstiftung durch die Kulturstiftung verwalteten Kapitals nach § 42 Abs. 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz) vom 20. Oktober 2011 (GVOBl. 2011, S. 280), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2013 (GVOBL. 2013, S. 570). Vgl. Tit. 1101 - 981 04 und Tit. 685 03.

Summe der Einnahmen			39,1	89,1
			1.115,3	

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Ausgaben				
526 01	187	Kosten für die Durchführung eines schiedsrichterlichen Verfahrens	0,0 0,0	200,0
200,0 T€ des Haushaltssolls 2014 dürfen nur mit Einwilligung des Finanzministeriums in Anspruch genommen werden.				
Erläuterungen:				
Zur Klärung der bestehenden Rechtslage; vgl. § 25 Abs. 10 HG 2014.				
526 03	187	Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse	2,5 0,0	2,5
534 01	187	Beiträge an Vereine und Gesellschaften	2,0 1,7	2,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind insbesondere Mitgliedsbeiträge an den Deutschen Bühnenverein e.V., den Verband der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., den Nordwestdeutschen Verband für Altertumsforschung e.V., und die Numismatische Kommission der Länder in der Bundesrepublik Deutschland e.V.				
534 04	187	Öffentlichkeitsarbeit in Kulturangelegenheiten einschließlich Durchführung kultureller und künstlerischer Veranstaltungen	15,0 3,2	59,6
Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 04 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Mehrbedarf für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen für das "Jahr der kulturellen Bildung" sowie für die ausgeweiteten Aktivitäten des Kulturdialogs (insb. für das Kulturplenum).				
541 01	183	Ausgaben im Zusammenhang mit dem INTERREG-Projekt "Düppel 2014"	18,1 0,0	18,1
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für das Haushaltsjahr rechtsverbindlich zugesagten Einnahmen bei Tit. 271 01 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Sachausgaben, die auf Grund der Beteiligung an der Durchführung des Projekts und der entsprechenden Fördervereinbarungen entstehen.				
541 02	187	Zur Durchführung von Veranstaltungen	0,0 0,0	6,8
Erläuterungen:				
Veranschlagt für Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Kulturdialog sowie für die in 2014 auszurichtende Sitzung des Kulturausschusses der KMK.				
632 02	195	Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste	9,5 8,9	9,5
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist der Kostenanteil des Landes Schleswig-Holstein an der Koordinierungsstelle Magdeburg aufgrund der Gemeinsamen Vereinbarung vom 18. Juni 2009.				
685 01	187	Urheberrechtliche Verpflichtungen im Bibliotheksbereich	520,0 599,3	520,0
Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 07 sowie bei Tit. 282 08 geleistet werden, soweit diese nicht bei Titel 684 34 (MG 06) verwendet wurden.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die auf Grundlage des Urheberrechtsgesetzes zu leistenden urheberrechtlichen Verpflichtungen im Bibliotheksbereich.				
Die Einzelheiten der Abgeltung regeln Verträge zwischen dem Bund und den Ländern mit den Verwertungsgesellschaften. Veranschlagt ist der auf das Land, die Gemeinden und freien Träger von Bibliotheken im Land Schleswig-Holstein entfallende Anteil an den Gesamtkosten (Königsteiner Schlüssel) sowie die Kosten für das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken (KNB).				
685 02	183	An die Stiftung Preußischer Kulturbesitz	878,1 871,8	878,1

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 685 02

Erläuterungen:

Die Stiftung ist durch Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" und zur Übertragung von Vermögenswerten des ehemaligen Landes Preußen auf die Stiftung vom 25. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 841) errichtet worden. Die Stiftung ist verpflichtet, einen eigenen Haushaltsplan aufzustellen, der vom Stiftungsrat festgestellt und vom Stiftungsratsvorsitzenden genehmigt wird. Der Finanzbedarf ist entsprechend dem satzungsmäßigen Stimmrecht von Bund und Ländern bereitzustellen.

Die Kosten für Neubauten und ihre Ersteinrichtung einschließlich Grunderwerb tragen je zur Hälfte der Bund und das Land Berlin.

Im Ansatz sind ebenfalls Mittel zur Finanzierung der Deutschen Digitalen Bibliothek enthalten. Das Verwaltungs- und Finanzabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern über die Errichtung und den Betrieb der Deutschen Digitalen Bibliothek ist mit Wirkung vom 1. Januar 2010 in Kraft getreten. Ab 2013 erfolgt über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz die Kostenbeteiligung nach Königsteinerschlüssel für den "Nationalen Spiegelausschuss Erhaltung des kulturellen Erbes".

685 03	187	Zur Aufstockung des für eine Friesenstiftung durch die Kulturstiftung zu verwaltenden Kapitals	0,0	50,0
			0,0	

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 381 03 überschritten werden.

Erläuterungen:

Nach § 42 Abs. 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz) vom 20. Oktober 2011 (GVObI. 2011, S. 280), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2013 (GVObL.2013, S. 570) ist sicherzustellen, dass jeweils 5 v.H. des Aufkommens aus der Abgabe auf Glücksspiele, die als Online-Glücksspiele angeboten werden, u.a. zur Aufstockung des für eine Friesenstiftung durch die Kulturstiftung zu verwaltenden Kapitals verwendet werden.

685 06	187	Kulturstiftung der Länder	338,5	338,5
			329,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Beitrag des Landes Schleswig-Holstein zu der durch Verwaltungsabkommen errichteten Kulturstiftung der Länder. Da die Finanzkraft der einzelnen Länder in vielen Fällen nicht ausreicht, um wertvolle kulturelle Güter zu erwerben, zu erhalten und vor der Abwanderung in das Ausland zu bewahren, stellen die Länder der Kulturstiftung hierfür jährlich Mittel von insgesamt 9,73 Mio € zur Verfügung. Die Festlegung der Länderbeiträge erfolgt nach dem Königsteiner Schlüssel.

Im Ansatz sind auch die anteiligen Kosten des Landes für die Provenienzforschung, den Kulturfinanzbericht und den Kulturwirtschaftsbericht enthalten.

687 01	024	Anteil des Landes am Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau	200,8	200,8
			200,7	

Erläuterungen:

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben sich am 19. November 2009 zur gemeinsamen Verantwortung bekannt, die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau als Ort des beispiellosen Völkermordes während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und Mahnmal der europäischen Geschichte zu erhalten. Sie unterstützen die Absicht, mit der Gründung der internationalen Auschwitz-Birkenau-Stiftung den baulichen Erhalt der Gedenkstätte auf eine dauerhafte finanzielle Grundlage zu stellen. Bund und Länder haben ihre Bereitschaft erklärt - vorbehaltlich der Zustimmung der jeweiligen Haushaltsgesetzgeber - für den Kapitalstock der internationalen Auschwitz-Birkenau-Stiftung im Rahmen des deutschen Beitrags von insgesamt 60 Mio. € einen Betrag von jeweils 30 Mio. € aufzubringen. Der Beitrag der Länder soll in fünf gleichen Jahresraten von 2011 bis 2015 aufgebracht werden, die sich nach dem Königsteiner Schlüssel des Jahres 2010 bemessen.

Auf Schleswig-Holstein entfällt ein Anteil von insgesamt 1.003.599 €, der zu entrichtende jährliche Beitrag beziffert sich auf 200.720 €

892 01	187	Zuschüsse für die Umrüstung auf digitale Kinoprojektionstechnik für Filmtheater in Schleswig-Holstein	200,0	0,0
			200,0	

Künftig wegfallend.

02 Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf

Mit Ausnahme von Tit. 893 33 deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 02 stehen für zusätzliche Ausgaben der Maßnahmengruppe 02 zur Verfügung.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Erläuterungen:				
Grundlage der Stiftung öffentlichen Rechts "Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf" ist das Errichtungsgesetz in der Fassung vom 24. Mai 2012 (GVObI. 1998, 372).				
Die wesentlichen strukturellen und organisatorischen Entscheidungen werden in der Stiftungssatzung geregelt. Die Stiftung umfasst folgende Einrichtungen:				
1. Archäologisches Landesmuseum				
2. Museum für Kunst und Kulturgeschichte				
3. Wikinger Museum Haithabu				
4. Volkskunde Museum Schleswig				
5. Jüdisches Museum Rendsburg				
6. Eisen Kunst Guss Museum Büdelsdorf				
7. Kloster Cismar				
8. Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie				
9. Freilichtmuseum Molfsee				
Die Landesregierung, die Landeshauptstadt Kiel, der Trägerverein Freilichtmuseum Molfsee (FLM) und die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf haben im April 2012 die Übernahme der Trägerschaft für das Freilichtmuseum Molfsee in die Schleswig-Holsteinische Landesmuseen zum 01.01.2013 vertraglich vereinbart.				
685 21	183	Zuschuss für den laufenden Betrieb der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf	6.565,0	6.930,0
(MG 02)			5.710,0	
650,0 T€ mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 685 22 (MG 02).				
Erläuterungen:				
Zuwendung.				
365,0 T€ Mehrbedarf aufgrund Tarifierhöhungen.				
685 22	183	Zuschuss für den laufenden Betrieb des Freilichtmuseums Molfsee	0,0	0,0
(MG 02)			0,0	
Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 685 21 (MG 02).				
893 21	183	Zuschuss für Investitionen der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf	785,0	1.500,0
(MG 02)			585,0	
Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 893 07 (MG 15).				
Die Zuweisung an die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben nach Maßgabe des § 4 Errichtungsgesetz ist getrennt von der Zuweisung an die Stiftung zur Erfüllung vertraglichen Verpflichtungen aus dem Vertrag zur Übernahme der Trägerschaft für das Freilichtmuseum Molfsee vorzunehmen und nachzuweisen.				
Erläuterungen:				
Zuwendung.				
Der Haushaltsvermerk dient der Klarstellung.				
Investitionszuschuss für laufende Bau- und Substanzerhaltung in allen Liegenschaften der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen.				
893 22	183	Zuschuss für Investitionen des Freilichtmuseums Molfsee	0,0	0,0
(MG 02)			0,0	
Künftig wegfallend.				
893 23	183	Für Schadstoffsanierung Hesterberg	0,0	400,0
(MG 02)			0,0	
400,0 T€ übertragen von Tit. 893 07 (MG 15).				
Erläuterungen:				
Das Land beteiligt sich an der Schadstoffsanierung der Liegenschaft Hesterberg, vgl. Tit. 893 33 (MG 02).				
893 24	183	Für Magazin der volkskundlichen Sammlungen	0,0	2.900,0
(MG 02)			0,0	
2.900,0 T€ übertragen von Tit. 893 07 (MG 15).				
Erläuterungen:				
Veranschlagt ist der Landesanteil für Ankauf einer Liegenschaft und für die Ersteinrichtung im Zusammenhang mit der Verlagerung der volkskundlichen Sammlungen.				
893 33	183	Für Schadstoffsanierung Hesterberg - Zensusmittel -	0,0	400,0
(MG 02)			0,0	

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 893 33

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz findet keine Anwendung.

Erläuterungen:

Das Land beteiligt sich an der Schadstoffsanierung der Liegenschaft Hesterberg, vgl. Tit. 893 23 (MG 02), zweckgebunden, Konkretisierung Zensusmittel, vgl. Tit. 1111-971 01.

Summe der Maßnahmegruppe 02	7.350,0	12.130,0
	6.295,0	

03 Stiftung Schloss Eutin

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 05 stehen für zusätzliche Ausgaben der Maßnahmengruppe 03 zur Verfügung.

Erläuterungen:

Grundlage der rechtsfähigen Stiftung öffentlichen Rechts "Stiftung Schloss Eutin" ist das Errichtungsgesetz vom 24. April 1992 (GVOBl.1992, S. 228), zuletzt geändert durch LVO vom 4.4.2013 (GVOBl. 2013, S. 143). Die wesentlichen strukturellen und organisatorischen Entscheidungen werden in der Stiftungssatzung geregelt. Die Stiftung hat den Zweck, das kulturhistorisch sehr bedeutende Schloss Eutin mit Museumsinventar, Orangerie, Schlossgarten und Schlossgärtnerei zu erhalten und zu nutzen sowie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Gemäß § 4 Nr.3 des Gesetzes über die Errichtung der "Stiftung Schloss Eutin" vom 24. April 1992 (GVOBl.1992, S. 228), zuletzt geändert durch LVO vom 4.4.2013 (GVOBl. 2013, S. 143) erfüllt die Stiftung ihre Ausgaben aus jährlichen Zuwendungen des Landes in Höhe des Fehlbedarfs nach Maßgabe des Landeshaushalts.

684 03 (MG 03)	183	Zuschuss für den laufenden Betrieb der Stiftung Schloss Eutin	200,0	190,0
			185,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

893 03 (MG 03)	183	Zuschuss für Investitionen der Stiftung Schloss Eutin	140,0	500,0
			0,0	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 893 07 (MG 15).

Erläuterungen:

Zuwendung.

Investitionszuschuss für laufende Bau- und Substanzerhaltung der Liegenschaften der Stiftung Schloss Eutin sowie für den Schlossgarten.

Summe der Maßnahmegruppe 03	340,0	690,0
	185,0	

06 Förderung des Büchereiwesens und der Literatur

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 08 bis 15.

684 23 (MG 06)	187	Zuschuss an die dänische Zentralbibliothek	92,0	92,0
			78,2	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung.

Veranschlagt ist der Landeszuschuss für das dänische Büchereiwesen im Landesteil Schleswig.

684 26 (MG 06)	187	Leseförderung	40,0	50,0
			54,2	

10,0 T€ übertragen von Tit. 684 60 (MG 14).

Erläuterungen:

Zuwendung.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 684 26

Projektförderung an den Friedrich-Bödecker-Kreis in Schleswig-Holstein e.V. für landesweite Autorenbegegnungen mit Kinder- und Jugendbuchautoren und -autorinnen in Kindergärten, Schulen und Freizeiteinrichtungen sowie an den Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. für die landesweiten Kinder- und Jugendbuchwochen.
Mehrbedarf zur Stärkung der Leseförderung.

684 34	187	Literaturförderung	288,0	288,0
(MG 06)			246,6	

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 08 überschritten werden, soweit sie nicht bei Tit.685 01 verwendet wurden.

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung für das Literaturhaus Schleswig-Holstein, die Eutiner Landesbibliothek und die Theodor-Storm-Gesellschaft sowie Projektförderung für das Literaturhaus und weitere Literaturinstitutionen.

Summe der Maßnahmegruppe 06			420,0	430,0
			379,0	

08 Musikförderung

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06 und 09 bis 15.

684 06	182	Zuwendungen an den Landesmusikrat Schleswig-Holstein	222,5	227,5
(MG 08)			222,5	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung für den Landesmusikrat Schleswig-Holstein e.V. als Dachorganisation aller musikpädagogischen, musikpflegerischen und berufständischen Verbände, der musikalischen Ausbildungsstätten sowie der öffentlichen und privaten Einrichtungen, Vereinigungen und Zusammenschlüsse des Musiklebens auf Landesebene. Aufgaben sind Information und Beratung, Vernetzung der schleswig-holsteinischen Musikszene und Förderung des musikalischen Spitzen- und Breitenwachstums sowie die Betreuung und Verwaltung des Instrumentenfondus des Landes.
Mehrbedarf für Tarifierhöhungen.

684 08	185	Zuwendungen an den Landesverband der Musikschulen in Schleswig-Holstein e.V.	143,0	143,0
(MG 08)			150,5	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 282 03 geleistet werden.

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung für den Landesverband der Musikschulen in Schleswig-Holstein e.V.. Der Landesverband unterstützt die Mitgliedsschulen in ihrer Absicht, ihr Angebot den gesellschaftlichen und demographischen Bedingungen anzupassen; er ermittelt Synergieeffekte in der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Einrichtungen und fördert den musikalischen Spitzennachwuchs bis zur Hochschulzulassung.

684 09	185	Zuwendungen an Musikschulen	657,5	737,5
(MG 08)			650,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt als Projektförderung. Die Förderung richtet sich nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Musikschulen in Schleswig-Holstein (FördMS SH).

Mehrbedarf um den Wegfall des Musikschultalers in 2014 auszugleichen. Für die folgenden Jahre ist eine Neuausrichtung der Abgabe zwischen dem SHMF und dem Landesverband der Musikschulen zu verhandeln.

684 10	182	Zuwendungen für das Schleswig-Holstein Musikfestival (SHMF)	1.228,3	1.228,3
(MG 08)			1.228,3	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung für die Stiftung Schleswig-Holstein Musik Festival.
Siehe auch § 25 Abs. 5 Haushaltsgesetz 2014.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

684 15 182 **Zuwendungen im Bereich der Musik** **105,0** **100,0**
 (MG 08) 105,2

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für:

			2014
			EUR
1.		Institutionelle Förderung für den Musikerverband Schleswig-Holstein	28.000
2.		Institutionelle Förderung für den Sängerbund	15.500
3.		Projektförderung "chiffren"	40.000
4.		allgemeine Projektförderung Musik	16.500
Summe			100.000

Summe der Maßnahmegruppe 08	2.356,3	2.436,3
	2.356,5	

09 Förderung der bildenden Kunst

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06, 08 und 10 bis 15.

534 03 187 **Bestandssicherung und -ergänzung von im Landeseigentum** **2,0** **2,0**
 (MG 09) **befindlichen Kunstwerken** 28,5

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 04 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Kosten zur Restaurierung, Rahmung, Sockelanfertigung sowie anderer Ergänzungen, die der Substanzerhaltung von Kunstwerken dienen, die sich im Eigentum des Landes befinden.

684 21 187 **Zuwendungen an den Landesverband des Bundesverbandes** **55,9** **55,9**
 (MG 09) **bildender Künstler** 55,0

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung des Landesverbandes BBK.

684 33 187 **Förderung von Projekten im Bereich der Bildenden Kunst und der** **101,0** **101,0**
 (MG 09) **Kunst im öffentlichem Raum** 90,4

Erläuterungen:

Zuwendung.

Die Projektmittel werden für Ausstellungsvorhaben im Bereich der Bildenden Kunst und zur künstlerischen Ausgestaltung von öffentlichen Gebäuden und Plätzen verwandt. Sie werden auf Antrag von der Kunstkommission des Landes bewertet und von der Ministerin vergeben.

Summe der Maßnahmegruppe 09	158,9	158,9
	173,9	

10 Förderung privater und freier Theater

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06 bis 09 und 11 bis 15.

684 37 181 **Förderung der privaten und freien Theater** **239,8** **239,8**
 (MG 10) 237,3

Erläuterungen:

Zuwendung.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 684 37

Veranschlagt für:

		2014 EUR
1.	Institutionelle Förderung der privaten und freien Theater	210.000
2.	Projektförderung	24.800
3.	Projektförderung für Gastspiele des National Performance Netz (NPN) für freie Theater	5.000
Summe		239.800

Die Förderung erfolgt nach der Richtlinie für die institutionelle Landesförderung der privaten und freien Theater in Schleswig-Holstein vom 15. April 2011 (Amtsbl. S-H S. 298), in der Fassung vom 21. Dezember 2012 (Amtsbl. S-H. S. 72). Institutionell gefördert werden professionelle Theater mit eigenem Ensemble, die mit fester Spielstätte oder als Tourneetheater arbeiten und aufgrund der Empfehlung einer Jury für eine Förderung in einem 4-jährigen Förderzeitraum ausgewählt worden sind. Für den Förderzeitraum 2011-2014 wurden ausgewählt: Die Komödianten (Kiel), das Polnische Theater (Kiel), die Theaterwerkstatt Piikentafel (Flensburg), das Combinale (Lübeck), das Kobald Figurentheater (Lübeck), die Taschenoper (Lübeck), das Figurentheater Wolkenschieber (Griebel-Holzkatzen) und das Figurentheater Marc Schnittger (Kiel).

Im Rahmen der Projektförderung werden neue Produktionen der nicht institutionell geförderten privaten und freien Theater/Theatergruppen bezuschusst und Zuwendungen für Theaterfestivals gewährt.

684 38 (MG 10)	181	Zuwendungen für die Eutiner Festspiele	80,0 80,0	80,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung der neuen Eutiner Festspiele.

684 39 (MG 10)	181	Zuwendungen an den Amateurtheaterverband und den Niederdeutschen Bühnenbund	46,5 46,5	46,5
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für:

		2014 EUR
1.	Institutionelle Förderung für den Amateurtheaterverband	22.345
2.	Institutionelle Förderung für den Niederdeutschen Bühnenbund	24.155
Summe		46.500

Summe der Maßnahmegruppe 10

366,3

366,3

363,8

11 Förderung der Heimatpflege und Gedenkstätten

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06 bis 10 und 12 bis 15.

533 01 (MG 11)	011	Verwaltung und Bewirtschaftung des Kadettenfriedhofes Plön	10,0 0,8	10,0
--------------------------	-----	---	--------------------	-------------

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 111 03 geleistet werden.

684 41 (MG 11)	187	Zuwendungen für die Förderung der Gedenkstättenarbeit	120,0 88,0	230,0
--------------------------	-----	--	----------------------	--------------

Erläuterungen:

Zuwendung.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 684 41

Veranschlagt für Projektförderungen für Maßnahmen der Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit der Gedenkstätten und historischen Lernorte, der Bürgerstiftung Gedenkstätten Schleswig-Holstein sowie Kofinanzierungen von Bundesförderungen für Gedenkstätten und historische Lernorte. Zu diesen gehören z.B. die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, die KZ-Gedenkstätten Kaltenkirchen, Ahrensböök und Husum-Schwesing, Cap Arkona Neustadt und Neulandhalle. Mehrbedarf zur Stärkung der Gedenkstättenarbeit durch Verbesserung der personellen Ausstattung bei der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) und den einzelnen Gedenkstätten sowie für Einzel-Projekte der Gedenkstätten.

684 42	187	Förderung und Pflege der niederdeutschen Sprache	70,0	70,0
(MG 11)			65,3	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für:

		2014
		EUR
1.	Institutionelle Förderung der Niederdeutschen Zentren in Leck und Ratzeburg	20.000
2.	Institutionelle Förderung für das Institut für Niederdeutsche Sprache (INS)	45.000
3.	Institutionelle Förderung für den Plattdeutschen Rat	5.000
Summe		70.000

Der Landesanteil am INS wird berechnet nach dem Königsteiner Schlüssel auf der Grundlage des Abkommens über die Gemeinsame Finanzierung, in Kraft getreten am 1. Januar 1979.

684 43	187	Zuwendung an den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund	216,0	166,0
(MG 11)			216,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung für den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund (SHHB). Der SHHB ist ein Zusammenschluss von in nunmehr 220 Vereinigungen, die etwa 54.000 Mitglieder umfassen. Weitere 119 Verbände und Einrichtungen sind dem SHHB kooperativ angeschlossen. Der SHHB nimmt neben der Kulturarbeit - hierunter fallen u.a. Bereiche wie Pflege des Volkstums, der Kultur und des Geisteslebens, Erhaltung der plattdeutschen und friesischen Sprache, Pflege des Heimat- und Geschichtsbewusstseins - auch Aufgaben aus den Bereichen Landeskunde und Ökologie auf landeskundlicher und wissenschaftlicher Basis wahr. Der SHHB nimmt darüber hinaus die Geschäftsführung für den Plattdeutschen Rat wahr. Die im Jahr 2013 auf Beschluss des Vorstandes eingesparte Geschäftsführerstelle des SHHB führt zu einer Reduzierung der institutionellen Förderung um 50,0 T€

Summe der Maßnahmegruppe 11		416,0	476,0
		370,1	

12 Förderung von Film und Medien

Mit Ausnahme von Tit. 893 12 deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06 bis 11 sowie 13 bis 15.

684 45	187	Nordische Filmtage Lübeck	55,0	70,0
(MG 12)			70,0	

15,0 T€ übertragen von Tit. 684 47 (MG 12).

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt ist die Projektförderung für die Nordischen Filmtage Lübeck incl. des Fimpreises (ab 2014).

684 46	187	Zuwendung an die Filmförderung Hamburg/Schleswig-Holstein	145,0	155,0
(MG 12)			145,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 684 46

Das Land fördert die Filmwerkstatt in Kiel als institutionellen Bestandteil der Filmförderung Hamburg/Schleswig-Holstein gemäß Medienstaatsvertrag in der Fassung vom 1. April 2011 (GVOBl. 2011 S. 116). Mehrbedarf wegen Tariferhöhungen.

684 47	187	Film- und Medienprojekte	50,0	35,0
(MG 12)			34,9	

15,0 T€ übertragen nach Tit. 684 45 (MG 15)

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für Projektförderung für Kinoprogrammpreise Schleswig-Holstein.

893 12	187	Projektförderung von nicht kommerziellen / oder nicht professionell betriebenen Einrichtungen in Schleswig-Holstein für die Modernisierung von Film- und Medientechnik	0,0	100,0
(MG 12)			0,0	

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz findet keine Anwendung.

Erläuterungen:

Nicht kommerziell / oder nicht professionell betriebene Einrichtungen in Schleswig-Holstein (z.B. mobile Kinobetriebe, Filmclubs und -festivals) können bei der Modernisierung der Medientechnik einmalig in 2014 unterstützt werden; zweckgebunden; Konkretisierung Zensusmittel, vgl. Tit. 1111-971 01.

Summe der Maßnahmegruppe 12			250,0	360,0
			249,9	

13 Internationale Kulturmaßnahmen

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06 bis 12 und 14 bis 15.

534 06	187	Regiekosten für internationale Kulturmaßnahmen	51,7	41,7
(MG 13)			21,4	

Mehrausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 06 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 684 48 (MG13) verwendet wurden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ars Baltica und für regionale kulturelle Kooperationen, insbesondere für Honorare, Reise- und Veranstaltungskosten der verschiedenen Projekte.

Weniger aufgrund Anpassung an den erwarteten Bedarf.

671 01	187	Erstattung an das Nordkolleg Rendsburg	30,0	30,0
(MG 13)			30,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt als Projektförderung für den Betrieb des Ars Baltic Sekretariats im Nordkolleg Rendsburg.

684 48	187	Zuwendungen zur Förderung von ostseebezogenen Projekten	120,0	200,0
(MG 13)			91,8	

Mehrausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 06 geleistet werden, sofern sie nicht bei Tit. 534 06 (MG13) verwendet wurden.

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für Projektförderungen für die ostseeweite kulturelle Zusammenarbeit, insbesondere für folk Baltica, Blues Baltica, Jazz Baltica und die grenzüberschreitende Kulturkooperation mit der Region Süddänemark.

Um die wegen der strukturellen Probleme erforderliche Neuausrichtung des Festivals JazzBaltica zu unterstützen, soll diese Projektförderung in 2014 um 75,0 T€ erhöht werden. Darüber hinaus 5,0 T€ für das Nordisk Informationskontor in Flensburg für das Literaturfestival litteraturfest.nu.

684 52	187	Zuwendungen an deutsch-ausländische Kultureinrichtungen	39,3	39,3
(MG 13)			46,2	

Erläuterungen:

Zuwendung.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 684 52

Veranschlagt für institutionelle Förderungen sowie Projektförderungen der Auslandsgesellschaften einschl. das Centre Culturel Francais.

Summe der Maßnahmegruppe 13	241,0	311,0
	189,4	

14 Spartenübergreifende Förderungsmaßnahmen

Mit Ausnahme von Tit. 893 05 deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie mit den Maßnahmegruppen 06 bis 13 und 15.

633 01 (MG 14)	187	An Schulträger für das Projekt "Kulturschule"	0,0	25,0
			0,0	

25,0 T€ übertragen von Tit. 686 10 (MG 14).

Erläuterungen:

Übertragung aus haushaltstechnischen Gründen. Die bislang für das Projekt Kulturschule im Tit. 686 10 (MG 14) veranschlagten Mittel sollen nach dem Konzept über die Schulträger an die teilnehmenden Schulen zur Verfügung gestellt werden, hierzu bedarf es eines Zuweisungstitels.

Mit dem Projekt "Kulturschule" werden Schulen ausgezeichnet, die die kulturelle Bildung im besonderen Maße in ihr Schulleben einbeziehen. An dem Projekt können sich alle Schulen des Landes beteiligen. Fünf der besten eingereichten Konzepte werden ausgezeichnet und erhalten über die Schulträger eine Unterstützung für ihre kulturellen schulischen Aktivitäten.

681 02 (MG 14)	187	Kunstpreis des Landes Schleswig-Holstein	0,0	31,0
			30,5	

Erläuterungen:

Der Kunstpreis wird alle zwei Jahre verliehen.

684 53 (MG 14)	187	Spartenübergreifende Kulturprojekte	147,3	147,3
			49,7	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt sind Projektförderungen insbesondere für innovative Kulturprojekte mit Impuls- und Vorbildfunktion.

684 54 (MG 14)	187	Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Schleswig-Holstein	38,0	38,0
			38,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für die institutionelle Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Schleswig-Holstein.

684 60 (MG 14)	187	Übergreifende Kulturprojekte des Landeskulturverbandes	35,0	25,0
			20,4	

10,0 T€ übertragen nach Tit. 684 26 (MG 06).

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für Projektförderungen des Landeskulturverbandes.

Der Landeskulturverband Schleswig-Holstein e.V. ist ein landesweiter, kulturgattungs- und spartenübergreifender sowie überparteilicher, freiwilliger Zusammenschluss. Ihm gehören Kulturinstitutionen,-organisationen und -initiativen sowie kulturell und kulturpolitisch tätige oder interessierte Persönlichkeiten aus Schleswig-Holstein an. Das Land Schleswig-Holstein fördert Projekte, die z.B. der besseren Vernetzung in der Kulturszene dienen.

686 09 (MG 14)	187	Kulturtouristische Initiativen	79,5	79,5
			79,5	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt ist die Projektförderung für die Marketing-Initiative zur Deckung von Personalmehrkosten der Tourismus Agentur Schleswig-Holstein (TASH) sowie für kulturtouristische Projekte.

Die TASH wird vom MWAVT grundfinanziert; die kulturtouristischen Mittel sind eine sachbezogene Ergänzung.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
686 10 (MG 14)	187	Kulturelle Kinder- und Jugendbildung	150,0 120,1	150,0
25,0 T€ übertragen nach Tit. 633 01 (MG 14).				
Erläuterungen:				
Zuwendung.				
Veranschlagt für Projektförderungen, die Kinder und Jugendliche in ihrer künstlerischen und kulturellen Kompetenz stärken. Insbesondere werden Projekte und Initiativen unterstützt, die die Zusammenarbeit von schulischen und außerschulischen Kultur- und Bildungspartnern fördern.				
25,0 T€ übertragen aus haushaltstechnischen Gründen für das Projekt "Kulturschule", vgl. Tit. 633 01 (MG 14). Darüber hinaus 25,0 T€ für einen Akzent auf Jugendkultur im Rahmen des Kulturdialogs.				
686 11 (MG 14)	187	Förderung von Künstlerinnen und Künstlern	80,0 118,7	120,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind Projektförderungen für die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern aus Schleswig-Holstein. Darüber hinaus erhalten die Künstlerhäuser in Lübeck (GEDOK), Eckernförde und Lauenburg eine Unterstützung für ihre Stipendienprogramme.				
Mehrbedarf für die Durchführung der Landesausstellung der Landesstipendiaten; sie findet alle zwei Jahre statt.				
893 05 (MG 14)	187	Investitionsförderung soziokultureller Zentren	0,0 0,0	800,0
§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz findet keine Anwendung.				
Erläuterungen:				
Zweckgebunden, Beitrag des Landes zur Sanierung der soziokulturellen Zentren, Konkretisierung Zensusmittel, vgl. 1111 - 971 01.				
Summe der Maßnahmegruppe 14			529,8 456,9	1.415,8
15 Museen und kulturelles Erbe				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit den Maßnahmegruppen 06 bis 14.				
533 02 (MG 15)	187	Für Landesausstellung "Zeitgeschichte Schleswig-Holstein"	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen:				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
Es wird erwogen, eine Landesausstellung zur "Zeitgeschichte Schleswig-Holstein" zu initiieren. Hierzu bedarf es einer Erstellung eines Konzeptes. Die Höhe der hierfür aufzuwendenden Kosten steht noch nicht fest.				
534 02 (MG 15)	195	Unesco-Bewerbung	0,0 0,0	0,0
Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 0944 - 547 64 (TG 64).				
684 01 (MG 15)	162	Maßnahmen für die Erhaltung schriftlichen Kulturgutes	291,7 40,9	300,0
Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Tit. 0942 - 533 63 (TG 63) und Tit. 0943 - 533 02.				
50,0 T€ übertragen nach Tit. 0942 - 533 63 (TG 63).				
50,0 T€ übertragen nach Tit. 0943 - 533 02.				
Erläuterungen:				
Zuwendung.				

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 684 01

Veranschlagt für Projektförderungen. In den schleswig-holsteinischen Archiven und Bibliotheken sind ca. 10 % des Gesamtbestandes und damit wertvolles Kulturgut von akutem Papierzerfall (vor allem Säurefraß) bedroht. Die Rettung herausragender Werke kann nur durch zusätzliche Mittel für ihre Bestandserhaltung erreicht werden (z.B. Konservierung, Restaurierung, Verfilmung, Digitalisierung).

Die Landesmittel sollen auch zur Komplementärförderung des Bundes-Sonderprogramms dienen.

684 29 (MG 15)	183	Zuwendung für das Museum Schloss Glücksburg	80,0 80,0	120,0
--------------------------	-----	--	---------------------	--------------

Erläuterungen:

Zuwendung.

Institutionelle Förderung der gemeinnützigen Stiftung Schloss Glücksburg zum Erhalt des Schlossmuseums sowie der historischen Bausubstanz aufgrund der kulturhistorischen Bedeutung des Schlosses.

Mehrbedarf für die Sicherstellung des Museumsbetriebes.

684 30 (MG 15)	187	Zuwendungen im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft ZPW - Netzwerke zwischen Kultur und Wirtschaft	0,0 25,1	0,0
--------------------------	-----	--	--------------------	------------

Übertragbar.

Erläuterungen:

Zuwendung.

Leertitel zur Abwicklung von Projekten nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Zukunftsprogramms Schleswig-Holstein 2007-2013 zur kulturwirtschaftlichen Erschließung kultureller Ressourcen und Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft: "Netzwerke zwischen Kultur und Wirtschaft" in der Fassung vom 10. Oktober 2012 (Amtsbl. Schl.-H. 2012 S. 1169). Bei Bedarf können EU- Mittel aus dem Epl. 06 umgesetzt werden.

684 56 (MG 15)	183	Zuwendungen zur Förderung von Museumsvorhaben	174,4 176,1	228,7
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für Projektförderungen insbesondere für Museumsprojekte im Bereich Museumspädagogik und Kulturtourismus, für Projekte mit grenzüberschreitendem Bezug und für Anschubfinanzierung von wissenschaftlichen Volontariaten. Mehrbedarf, um künftig auch grenzüberschreitende Projekte fördern zu können und 40,0 T€ für das vom Museum für Natur und Umwelt der Hansestadt Lübeck betreute Projekt "Wissenschaftliche Grabungen Groß Pampau".

Verpflichtungsermächtigung 2013 zur Kofinanzierung des aus EFRE-Mitteln aus dem ZPW-Korridor "Netzwerke Kultur und Wirtschaft/ Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft" in den Jahren 2013 - 2015 zu fördernden Projektes "Museumszertifizierung".

			2014	
			EUR	
1.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2013 (Fälligkeitsbeiträge 2014)			44.000
Summe				44.000

684 57 (MG 15)	183	Zuwendungen zur Sicherung der Museumsstruktur - Digitalisierung und Marketingmaßnahmen -	75,0 75,0	75,0
--------------------------	-----	---	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für Projektförderungen.

893 07 (MG 15)	183	Investitionsprogramm Kulturelles Erbe	3.471,0 5.704,6	2.295,0
--------------------------	-----	--	---------------------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2014

Neuverpflichtung insgesamt 500

Davon fällig Haushaltsjahr 2015 500

Davon fällig Haushaltsjahr 2016

Davon fällig Haushaltsjahr 2017

Davon fällig Haushaltsjahr 2018 ff

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 359 15 geleistet werden.

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 893 07

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Tit. 893 21 (MG 02), 893 03 (MG 03) sowie zu Gunsten der Tit. 0945-893 01 und 1209-712 02.

400,0 T€ übertragen nach Tit. 893 23 (MG 02).

2.900,0 T€ übertragen nach Tit. 893 24 (MG 02).

Erläuterungen:

Zuwendung.

Das Land Schleswig-Holstein gewährt nach Maßgabe der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Investitionsprogramm Kulturelles Erbe 2013 (IKE) von 2013 (Amtsblatt für Schleswig-Holstein, Ausgabe 2. September 2013 Nr. 36 Seite 755, Gl. Nr. 6646.3) Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der kulturgeschichtlich bedeutenden Bauwerke im Land.

		2014 EUR
1.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2013 (Fälligkeitsbeiträge 2014)	1.000.000
Summe		1.000.000

Das Investitionsprogramm Kulturelles Erbe wird in 2014 mit 2.295,0 T€ fortgeführt, darüber hinaus vgl. Tit. 893 23 (MG 02) und Tit. 893 24 (MG 02).

916 01	851	Zuführung an die Rücklage "Investitionsprogramm Kulturelles Erbe"	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen in Höhe der Minderausgaben bei Tit. 893 07 (MG 15) geleistet werden, sofern sie nicht für andere Zwecke verwendet worden sind.

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 359 15 und Tit. 893 07 (MG 15).

Summe der Maßnahmegruppe 15	4.092,1	3.018,7
	6.101,7	

Summe der Ausgaben	18.704,9	24.078,9
	19.336,5	

09 40 Kulturförderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	21,0 474,2	21,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	18,1 111,1	18,1
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 530,0	50,0
Gesamteinnahmen			39,1 1.115,3	89,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	101,3 55,6	342,7
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	14.007,6 12.791,3	14.841,2
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.596,0 6.489,6	8.895,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			18.704,9 19.336,5	24.078,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-18.665,8 -18.221,2	-23.989,8

09 41 Kirchenangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

684 01	199	Zuschüsse an Kirchen und kirchliche Organisationen	12.692,8	12.822,0
			12.374,0	

Erläuterungen:

			2014
			EUR
1.	Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche) aufgrund des Staatskirchenvertrages vom 23. April 1957 einschließlich Angleichung an die jetzige Beamtenbesoldung		12.603.000
2.	Römisch-katholische Kirche aufgrund des geschlossenen Staatskirchenvertrages vom 12. Januar 2009 einschließlich Angleichung an die jetzige Beamtenbesoldung		219.000
Summe			12.822.000

684 02	199	Zuschüsse für die religiösen und kulturellen Angelegenheiten der jüdischen Landesverbände	420,0	500,0
			420,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Leistungen an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein und der Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein auf der Grundlage des Vertrages zwischen den jüdischen Verbänden in Schleswig-Holstein und dem Land Schleswig-Holstein über die Förderung jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein vom 25. Januar 2005 (Amtsbl. Schl.-H. 2005 S. 162). Die Mittel sind insbesondere vorgesehen für die soziale Aufgaben der jüdischen Verbände und der Integration ihrer Mitglieder.
Mehrbedarf zur Stärkung der Seelsorgearbeit sowie für die Angleichung an die Förderung jüdischer Gemeinden in anderen Bundesländern.

684 04	199	Zuschuss an die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein	1,9	1,9
			1,9	

Erläuterungen:

Zuwendung.

687 01	199	Landeszuschüsse an kleine Kirchen und kirchliche Organisationen	31,6	31,6
			27,3	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für Landeszuschüsse an:

			2014
			EUR
1.	Domkirchengemeinde Ratzeburg		7.800
2.	Evangelisch-Reformierte Gemeinde Lübeck		3.300
3.	Alt-Katholische Gemeinde Nordstrand		11.600
4.	Sonstige		8.900
Summe			31.600

893 01	199	Zuschüsse für Bau- und Sanierungsmaßnahmen der jüdischen Gemeinden	90,0	90,0
			90,0	

Erläuterungen:

Zuwendung

893 02	199	Zuschuss für die Sanierung der Lübecker Synagoge	0,0	1.000,0
			0,0	

§ 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz findet keine Anwendung.

Erläuterungen:

Zweckgebunden, Beitrag des Landes zur Sanierung der Lübecker Synagoge, Konkretisierung Zensusmittel, vgl. Tit. 1111-971 01.

09 41 Kirchenangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Summe der Ausgaben			13.236,3 12.913,2	14.445,5

09 41 Kirchenangelegenheiten

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Abschluss

61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	13.146,3	13.355,5
			12.823,2	
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	90,0	1.090,0
			90,0	
Gesamtausgaben			13.236,3	14.445,5
			12.913,2	
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-13.236,3	-14.445,5
			-12.913,2	

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 09 42 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 61 Sicherungsverfilmung von Kulturgut
- 62 Archivfachliche Beratung kommunaler und anderer Archive
- 63 Erhaltung von Papiererfall gefährdeter Archivbestände

Mehreinnahmen bei Tit. 119 05 und 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5 bis 8 mit Ausnahme der TG 61, TG 62 und TG 63 verwendet werden.

Erläuterungen:

Das Landesarchiv hat seinen Sitz in Schleswig, Prinzenpalais.

Einnahmen

119 05	162	Erlöse und sonstige Einnahmen	0,0	0,0
			45,5	

Erläuterungen:

Die Einnahmen aus Entgelten für die Bereitstellung von Kopien aus den Archiven stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0942 zur Verfügung.

124 01	162	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	7,6	7,6
			7,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Vermietung zweier Landesmietwohnungen.

132 01	162	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 811 01.

231 01	162	Erstattung der Kosten für die Sicherungsverfilmung von Kulturgut durch den Bund	0,0	135,0
			133,4	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titelgruppe 61 zu verwenden.

Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu der Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 10. August 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 1025) wurde bestimmt, dass die Länder die Sicherungsverfilmung im Auftrage des Bundes durchführen.

282 01	162	Beiträge Dritter	0,0	0,0
			0,0	

Künftig wegfallend.

282 02	162	Beiträge Dritter für Ausstellungs- und Öffentlichkeitsarbeit	0,0	0,0
			2,3	

Erläuterungen:

Einnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 534 01 zur Verfügung.

282 03	162	Beiträge für die Betreuung und Übernahme von Archiven von Gebietskörperschaften und Dritter	0,0	0,0
			127,6	

Erläuterungen:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titelgruppe 62 zu verwenden.

Das Landesarchivgesetz sieht vor, dass das Landesarchiv außer von Dienststellen der Landesverwaltung auch von Kommunen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und anderen Dritten gegen Kostenerstattung die Archivalien übertragen erhalten kann.

Ferner berät das Landesarchiv Kommunalarchive gegen Kostenerstattung, um die im Landesarchivgesetz vorgeschriebene archivfachliche Betreuung sicherzustellen.

359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 359 01

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.

Summe der Einnahmen

7,6
316,4

142,6

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

422 01	162	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	643,5	647,0
		3,5 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.	697,5	
		Erläuterungen:		
		Umsetzung Beförderungspaket.		
422 03	162	Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst	32,0	32,0
			24,9	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt für die Ausbildung von Diplom-Archivarinnen und -Archivaren.		
427 01	162	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	183,1	103,1
			99,2	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt insbesondere für Aushilfskräfte für das Magazinieren von Archivalien und Nachbereitung von Archivbeständen sowie von Neuzugängen.		
		Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf (vgl. Tit. 428 01).		
428 01	162	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	720,5	805,0
			704,0	
		4,5 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.		
		Erläuterungen:		
		Umsetzung Beförderungspaket und mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf (vgl. Tit. 427 01).		
511 01	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	74,7	59,0
			39,8	
		Erläuterungen:		
		Anpassung an den erwarteten Bedarf.		
514 01	162	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und dgl.	7,0	2,5
			1,8	
		Erläuterungen:		
		Bestand an Kraftfahrzeugen:		
			Soll 2013	Soll 2014
				Bestand am
				1.2.2013
		Selbstfahrer-PKW	1	1
		Zusammen	1	1
		Weniger aufgrund Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.		
517 01	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	5,0	15,0
			14,4	
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind Kosten, die von der GMSH nicht übernommen werden:		
				2014
				EUR
		1. Wasser, Abwasser, Grundsteuer		9.200
		2. Sonstiges		5.800
		Summe		15.000
		Mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf.		
523 01	162	Verwendung der Beiträge Dritter	0,0	0,0
			0,0	
		Künftig wegfallend.		

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
525 02	162	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	3,0 0,0	3,0
525 04	162	Ausbildung und Umschulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	30,0 12,4	10,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für die Ausbildung von Diplom-Archivaren an der Archivschule Marburg und dem Studieninstitut des Landes Niedersachsens in Bad Münder. Weniger aufgrund Anpassung an den tatsächlichen Bedarf in 2014.		
527 01	162	Dienstreisen	3,0 10,8	12,0
533 01	162	Werkverträge	0,0 19,5	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
533 02	162	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	2,0 1,7	2,0
		Erläuterungen: Gemäß dem Arbeitsschutzgesetz, den entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften und dem Gesetz für Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit besteht für Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2001 die Verpflichtung, den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz sicher zu stellen.		
534 01	162	Öffentlichkeitsarbeit sowie für Ausstellungen und Vortragsveranstaltungen	9,0 15,6	16,2
		Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 282 02 geleistet werden.		
		Erläuterungen: Veranschlagt zur Vorbereitung und Durchführung wissenschaftlicher Archivausstellungen zur Landesgeschichte und Landeskunde auf 120 qm Ausstellungsfläche im Prinzenpalais sowie für Vortrags- und Seminarveranstaltungen in den Tagungsräumen.		
534 02	162	Wissenschaftliche Inventarisierung einschließlich Erwerb von Film- und Bildmaterial und Veröffentlichungskosten	77,8 44,0	91,8
		25,2 T€ übertragen von Tit. 812 02 (mit den Vorjahreswerten).		
		Erläuterungen: Veranschlagt für:		2014 EUR
		1. Wissenschaftliche Inventarisierung		50.000
		2. Erwerb von Film- und Bildmaterial einschl. Veröffentlichungskosten		16.600
		3. Aufbau, Betrieb und Ausbau des Landesfilmarchivs		25.200
		Summe		91.800
546 99	162	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	3,0 0,9	3,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		2014 EUR
		1. Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
		2. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		0
		3. Auslagen für Vorstellungsreisen		0
		4. Sonstige vermischte Ausgaben		3.000
		Summe		3.000

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
811 01	162	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.	0,0	
812 01	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	40,5	70,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:	41,8	
				2014
				EUR
		1. Ersatzbeschaffungen von Büromöbeln		10.000
		2. Ersatzbeschaffung Scanner		60.000
		Summe		70.000
812 02	162	Kopiermaßnahmen für das Filmarchiv	0,0	0,0
		Mit Vorjahreswerten übertragen nach Tit. 534 02 (aus haushaltssystematischen Gründen).	0,0	
919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
		Ausgaben dürfen in Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5 bis 8 geleistet werden.	0,0	
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 359 01.		
61		Sicherungsverfilmung von Kulturgut		
		Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 231 01 geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.		
428 61	162	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	116,0
(TG 61)			114,6	
514 61	162	Verbrauchsmittel	0,0	10,0
(TG 61)			10,9	
547 61	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0,0	9,0
(TG 61)			7,9	
Summe der Titelgruppe 61			0,0	135,0
			133,4	
62		Archivfachliche Beratung kommunaler und anderer Archive		
		Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 03 geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel sind Abweichungen von den Stellenübersichten hinsichtlich der Anzahl der Stellen und ihrer Eingruppierung möglich.		
		Erläuterungen: Das Landesarchiv unterstützt die Umsetzung des Landesarchivgesetzes auf kommunaler Ebene durch den Abschluss kostenpflichtiger archivfachlicher Beratungsverträge. Für die Professionalisierung des Archivwesens ist der flexible Einsatz von Personal- und Sachmitteln erforderlich.		
422 62	162	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	0,0	0,0
(TG 62)			59,2	

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
428 62 (TG 62)	162	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 57,8	0,0
547 62 (TG 62)	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.	0,0 0,0	0,0
684 62 (TG 62)	162	Projekte des Verbandes der Kommunalarchivare	10,0 10,0	10,0
Erläuterungen:				
Der Verband der Kommunalarchivare (VKA) organisiert die Fortbildung, die Vernetzung und die Öffentlichkeitsarbeit der kommunalen Archive in enger Abstimmung mit dem Landesarchiv Schleswig-Holstein. Der Titel dient der Förderung der Arbeit des VKA.				
Summe der Titelgruppe 62			10,0 127,0	10,0
63		Erhaltung von Papierzerfall gefährdeter Archivbestände		
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe. Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0940 - 684 01 (MG 15). Übertragbar.				
Erläuterungen:				
Akuter Papierzerfall bedroht 60 - 70 % der Aktenbestände des Landesarchivs. Die Rettung dieser Archivalien kann nur durch zusätzliche Mittel für eine differenzierte Bestandserhaltung durch Konservierung, Mikroverfilmung, Digitalisierung und Restaurierung erreicht werden; siehe auch Tit. 0940-684 01 (MG 15).				
427 63 (TG 63)	162	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	32,0 25,3	30,0
Mit Vorjahreswerten anteilig übertragen von Tit. 429 63 (TG 63).				
428 63 (TG 63)	162	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	78,0 78,0	80,0
Mit Vorjahreswerten anteilig übertragen von Tit. 429 63 (TG 63).				
429 63 (TG 63)	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0,0 0,0	0,0
Anteilig übertragen nach Tit. 427 63 (TG 63) und 428 63 (TG 63).				
533 63 (TG 63)	162	Zur Erhaltung schriftlichen Kulturgutes	0,0 0,0	50,0
Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0940-684 01 (MG 15). 50,0 T€ übertragen von Tit. 0940 - 684 01 (MG 15).				
Erläuterungen:				
Für Auftragsvergabe zur Papierkonservierung und -restaurierung.				
547 63 (TG 63)	162	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
Summe der Titelgruppe 63			110,0 103,3	160,0

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Summe der Ausgaben			1.954,1 2.092,0	2.176,6

09 42 Landesarchiv

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	7,6 53,1	7,6
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 263,3	135,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			7,6 316,4	142,6
41 - 49		Personalausgaben	1.689,1 1.860,5	1.813,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	214,5 179,7	283,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	10,0 10,0	10,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	40,5 41,8	70,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.954,1 2.092,0	2.176,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.946,5 -1.775,6	-2.034,0

09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5 bis 8 verwendet werden.

Erläuterungen:

Die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek hat ihren Sitz im Sartori-Speicher in Kiel.

Einnahmen

111 01	162	Gebühren und tarifliche Entgelte	0,0 0,0	0,0
119 01	162	Einnahmen aus dem Verkauf von Fotokopien	0,0 9,7	10,0
		Erläuterungen: Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. 511 01 verwendet werden.		
119 02	162	Einnahmen aus Katalogverkäufen und Veranstaltungen	0,0 74,2	30,0
		Erläuterungen: Mehreinnahmen können für Mehrausgaben bei Tit. 534 01 verwendet werden.		
231 01	162	Zuweisung für die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes	24,0 0,0	0,0
282 01	162	Zuweisung der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Erschließung eines Nachlasses	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
282 02	162	Zuweisung der Deutschen Forschungsgemeinschaft für das Projekt "Kooperative Erschließung und Nutzung der Objektdaten von Museen (KENOM)"	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 427 02 und 546 02 zu verwenden.		
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.		
Summe der Einnahmen			24,0 83,9	40,0

09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Ausgaben				
422 01	162	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	243,4 31,1	45,0
		Erläuterungen: Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf (vgl. Tit. 428 01).		
427 01	162	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	112,0 20,8	20,6
		Erläuterungen: Weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf (vgl. Tit. 428 01).		
427 02	162	Beschäftigungsentgelt für eine wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter im Rahmen des Projekts "KENOM"	0,0 0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 02 geleistet werden, soweit sie nicht bei Tit. 546 02 verwendet werden.		
428 01	162	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	518,2 805,5	810,5
		2,5 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.		
		Erläuterungen: Umsetzung Beförderungspaket und mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf (vgl. Tit. 422 01 und Tit. 427 01).		
511 01	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	18,0 34,2	28,0
		Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 01 geleistet werden.		
518 02	162	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	7,0 2,6	7,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für die Anmietung von Geräten (z.B. Buchkopiergerät, das für den speziellen Bibliotheksbedarf geeignet ist).		
523 01	162	Erwerb von Druckwerken, Autographen und Musikalien sowie Bindekosten	83,0 119,6	83,0
		Erläuterungen: Die Landesbibliothek sammelt, erschließt und pflegt das Schrifttum über Schleswig-Holstein.		
523 02	162	Landesgeschichtliche Sammlung	13,0 23,4	13,0
		Erläuterungen: Veranschlagt für Erwerb, Restaurierungen und laufende Ausgaben.		
525 02	162	Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	3,0 0,0	3,0
526 99	162	Sachverständige	1,0 3,2	1,0
527 01	162	Dienstreisen	4,0 2,4	4,0
531 01	162	Schleswig-Holsteinische Bibliografie / Nordelbien	2,5 1,5	2,5
		Erläuterungen: Veranschlagt für die Migration der Bibliografie in den gemeinsamen Bibliotheksverbund (GBV) sowie für einen Druckkostenzuschuss für die Zeitschrift "Nordelbien".		
533 01	162	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	1,0 1,0	1,0

09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 533 01

Erläuterungen:

Gemäß Arbeitsschutzgesetz, den entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften und dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit besteht für Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2001 die Verpflichtung, den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller Beschäftigten sicherzustellen.

533 02	162	Zur Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes	82,3	50,0
			0,0	

50,0 T€ übertragen von Tit. 0940 - 684 01 (MG 15).
Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0940 - 684 01 (MG 15).

534 01	162	Veranstaltungen und Veröffentlichungen	16,0	46,0
			102,1	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Transporte, den Druck von Ausstellungskatalogen und die Herausgabe einer Schriftenreihe.

534 03	162	Mikroverfilmung von Schleswig-Holsteinischen Zeitungen	21,0	21,0
			0,7	

Erläuterungen:

Die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek ist die einzige Institution, die schleswig-holsteinische Zeitungen vollständig sammelt. Um die Benutzung zu ermöglichen, müssen Mikrofilme angefertigt werden.

546 02	162	Sächliche Verwaltungsausgaben des Projekts "KENOM"	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 02 geleistet werden, soweit sie nicht bei Tit. 427 02 verwendet werden.

546 99	162	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlträge	1,0	1,0
			0,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014
			EUR
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen		0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		0
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen		0
4.	Sonstige vermischte Ausgaben		1.000
Summe			1.000

812 01	162	Beschaffung von Geräten	13,5	13,5
			33,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014
			EUR
1.	Ergänzungsbeschaffungen		6.000
2.	Ersatzbeschaffungen		7.500
Summe			13.500

812 03	162	Retrokonversion der alten Kataloge	31,5	31,5
			11,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Umwandlung des Druck- und Zettelkataloges in EDV-Kataloge, Digitalisierung der Bilddokumente.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen in Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5 bis 8 geleistet werden.

09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 919 01

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 359 01.

Summe der Ausgaben

1.171,4
1.193,8

1.181,6

09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,0 83,9	40,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	24,0 0,0	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			24,0 83,9	40,0
41 - 49		Personalausgaben	873,6 857,4	876,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	252,8 291,5	260,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	45,0 44,9	45,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.171,4 1.193,8	1.181,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.147,4 -1.109,9	-1.141,6

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 09 44 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 61 Archäologische Denkmalpflege
- 64 UNESCO-Welterbe-Büro

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5 bis 8 mit Ausnahme der TG 61 und TG 64 verwendet werden.

Die Ausgaben der HG 5 des Grundhaushalts sind zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Ausgaben der HG 8.

Erläuterungen:

Das Archäologische Landesamt ist für seinen Bereich obere Denkmalschutzbehörde. Es hat seinen Sitz in Schleswig, Annetenhöh.

Einnahmen

119 99	195	Vermischte Einnahmen	15,0 7,2	15,0
132 01	195	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	2,0 0,0	2,0
Erläuterungen: Vgl. Tit. 811 01 und Tit. 811 61.				
231 01	195	Zuweisung des Bundes für archäologische Denkmalpflege	0,0 16,7	0,0
Erläuterungen: Die Einnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben der Titelgruppe 61 zur Verfügung.				
233 01	195	Erstattungen von Ausgaben für Zwecke der archäologischen Denkmalpflege	0,0 1.448,6	500,0
Erläuterungen: Mehreinnahmen können für Mehrausgaben der Titelgruppe 61 verwendet werden.				
272 01	195	Zuschüsse der Europäischen Union für Projekte der Archäologischen Denkmalpflege	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Die Einnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben der Titelgruppe 61 zur Verfügung.				
282 02	195	Beiträge Dritter für Maßnahmen der Archäologischen Denkmalpflege	0,0 538,2	290,0
Erläuterungen: Mehreinnahmen können für Mehrausgaben der Titelgruppe 61 verwendet werden.				
286 01	195	Kostenbeteiligung der Partnerländer Dänemark, Island, Norwegen und Lettland für das Unesco-Welterbebüro	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.				
Summe der Einnahmen			17,0 2.010,7	807,0

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

422 01	195	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	220,6 181,8	220,6
427 01	195	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	50,0 226,6	0,0
Erläuterungen: Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
428 01	195	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	887,9 728,1	940,4
2,5 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.				
Erläuterungen: Umsetzung Beförderungspaket.				
511 01	195	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	26,7 24,2	26,7
514 01	195	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	24,0 4,2	24,0
Erläuterungen: Bestand an Kraftfahrzeugen:				
		Soll 2013	Soll 2014	Bestand am
		1.2.2013		
		4	4	4
		Zusammen	4	4
517 01	195	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	12,0 8,6	10,0
518 02	195	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	1,5 2,7	3,5
Erläuterungen: Veranschlagt sind Mieten für Kopiergeräte.				
525 02	195	Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	11,0 7,2	9,0
Erläuterungen: Veranschlagt für die Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Vertrauensleute sowie der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.				
526 02	195	Vertrauensleute für den Denkmalschutz	17,0 13,9	15,0
Erläuterungen: Veranschlagt für den Ersatz der notwendigen Auslagen (§ 97 LVwG) der Vertrauensleute für den Denkmalschutz (§ 3 DSchG).				
527 01	195	Dienstreisen	6,0 10,0	10,0
531 01	195	Veröffentlichungen	4,0 4,7	4,0
Erläuterungen: Veranschlagt für die archäologische Landesaufnahme und für Berichte des Archäologischen Landesamtes.				
533 01	195	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	5,0 1,7	5,0

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 533 01

Erläuterungen:

Gemäß Arbeitsschutzgesetz, den entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften und dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit besteht für Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2001 die Verpflichtung, den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller Beschäftigten sicherzustellen.

535 01	195	Gebühren für Kataster- und Vermessungsunterlagen	3,0	3,0
			1,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für Kosten für Vermessungen im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz und mit Ausgrabungen sowie für Kopien von Flurkarten und Auszügen aus Liegenschaftsbüchern.

546 99	195	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	0,1	0,1
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014
			EUR
1.		Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen	0
2.		Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen	0
3.		Auslagen für Vorstellungsreisen	0
4.		Sonstige vermischte Ausgaben	100
		Summe	100

811 01	195	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	26,1
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt ist:

			2014
			EUR
1.		Ersatzbeschaffung	
1.1		Selbstfahrer-PKW	26.100
		Summe	26.100

812 01	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

883 02	195	Restaurierung Danewerk	9,2	9,2
			9,2	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Für die Restaurierung des größten archäologischen Denkmals in Nordeuropa liegt ein Managementplan "Haithabu Danewerk" einschließlich Pflegeplan vor.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen in Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5 bis 8 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 359 01.

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

61 Archäologische Denkmalpflege

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 231 01 und 272 01 sowie zusätzlich in Höhe der Mehreinnahmen bei den Tit. 233 01 und 282 02 geleistet werden.

Übertragbar.

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Erläuterungen:

Teil der archäologischen Denkmalpflege sind archäologische Grabungen, d.h. wissenschaftliche Erschließung und Dokumentation archäologischer Denkmäler und Befunde. Sie werden nötig, weil archäologische Denkmäler durch Hoch- und Tiefbau, Kiesabbau usw. akut, die Denkmäler in agrarisch intensiv genutzten Böden auch chronisch gefährdet sind. Sowohl die akut als auch die chronisch gefährdeten Denkmäler (Siedlungen, Urnenfriedhöfe, geschlossene Hügel, Nekropolen im Ackerland, Grabanlagen) werden durch systematische Ausgrabungen gesichert und vor der absehbaren Zerstörung als wissenschaftliche Quellen erschlossen. Voraussetzung wirkungsvoller archäologischer Denkmalpflege ist die archäologische Landesaufnahme, d.h. die systematische Erfassung und Inventarisierung der archäologischen Denkmäler des Landes.

427 61 (TG 61)	195	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	107,4 1.648,6	107,4
--------------------------	-----	--	-------------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Bezahlung von Arbeitskräften, die bei den von Wissenschaftlern und Grabungstechnikern geleiteten Grabungen eingesetzt werden sowie von Freiwilligen im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres in der Denkmalpflege (FdJ).

428 61 (TG 61)	195	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 0,0	780,0
--------------------------	-----	--	-------------------	--------------

Erläuterungen:

Erstmalige Veranschlagung der durch Einnahmen finanzierten Stellen.

511 61 (TG 61)	195	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8,0 14,7	18,0
--------------------------	-----	--	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt u.a. für Vermessungs- und Zeichengerät, diverse Ausstattungsgegenstände und Software-Programme.

514 61 (TG 61)	195	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	47,0 65,6	47,0
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2013	Soll 2014	Bestand am 1.2.2013
Anhängern	5	5	5
Selbstfahrer PKW	11	11	11
Kleintraktoren	1	1	1
Zusammen	17	17	17

Auch veranschlagt für Verbrauchsmaterial und -gerät für denkmalpflegerische Maßnahmen speziell für Ausgrabungen (Abdeckplanen, Vermessungspflöcke, Schaufeln, Fundzettel, Verpackungsmaterial).

518 61 (TG 61)	195	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	3,0 12,2	3,0
--------------------------	-----	--	--------------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Anmietung einer Unterstellhalle für Grabungsfahrzeuge (Bauwagen, Schlauchboote, Bootstrailer) und Grabungsgroßgerät. Die Halle hat eine Stellfläche von 248 qm.

527 61 (TG 61)	195	Dienstreisen	16,0 42,2	16,0
--------------------------	-----	---------------------	---------------------	-------------

531 61 (TG 61)	195	Kosten für die Publikation von Grabungsbefunden	14,6 9,8	14,6
--------------------------	-----	--	--------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für die fachgerechte Veröffentlichung von archäologischen Ausgrabungen und Fundmeldungen.

533 61 (TG 61)	195	Ausgaben für Aufträge an Unternehmen	43,0 343,9	43,0
--------------------------	-----	---	----------------------	-------------

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 533 61

Erläuterungen:

Veranschlagt für Maschinenleistungen (Bagger, Planiertrauben), um Grabungsstellen rationell freilegen und später planieren zu können.

681 61	195	Entschädigungsleistungen	1,5	1,5
(TG 61)			19,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Zahlung von Pacht und Nutzungsentschädigungen für die Grabungsflächen.

811 61	195	Erwerb von Dienstfahrzeugen	26,1	0,0
(TG 61)			35,2	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

812 61	195	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	9,2	9,2
(TG 61)			4,4	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2014	
			EUR	
1.	Ersatzbeschaffungen			9.200
Summe				9.200

Veranschlagt für die Beschaffung von elektronischem Vermessungsgerät incl. Software, Zubehör und Kameras.

Summe der Titelgruppe 61		275,8	1.039,7
		2.195,8	

64 UNESCO-Welterbe-Büro

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0940-893 07 (MG 15).

Erläuterungen:

Das Archäologische Landesamt als Träger des Welterbeprojektes Danewerk und Haithabu ist für die Antragstellung, die Erarbeitung der erforderlichen Unterlagen, die Umsetzung des Managementplanes und die - nach einem erfolgreichen Antragsverfahren erforderlichen - Berichtspflichten zuständig.

427 64	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	80,0	78,0
(TG 64)			0,0	

428 64	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0	0,0
(TG 64)			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

547 64	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	12,0	14,0
(TG 64)			11,9	

Mit Vorjahreswerten übertragen von Tit. 0940 - 534 02 (MG 15).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Sachmittel im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Bewerbung.

Summe der Titelgruppe 64		92,0	92,0
		11,9	

Summe der Ausgaben		1.645,8	2.438,3
		3.432,3	

09 44 Archäologisches Landesamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	17,0 7,2	17,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 2.003,5	790,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			17,0 2.010,7	807,0
41 - 49		Personalausgaben	1.345,9 2.785,1	2.126,4
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	253,9 579,2	265,9
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1,5 19,2	1,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	44,5 48,8	44,5
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.645,8 3.432,3	2.438,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.628,8 -1.421,6	-1.631,3

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 09 45 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

61 Ausgaben aus Finanzierungen Dritter

Mehreinnahmen bei Tit. 359 01 können für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5 bis 8 mit Ausnahme der TG 61 verwendet werden.

Die Ausgaben des Kapitels sind mit Ausnahme der Tit. der OGr. 42 und der Titelgruppe 61 gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Das Landesamt für Denkmalpflege ist für seinen Bereich obere Denkmalschutzbehörde. Es hat seinen Sitz im Sartori-Speicher in Kiel.

Einnahmen

111 01	195	Gebühren und tarifliche Entgelte	32,0 44,9	32,0
119 04	195	Verkauf von Fotos, Bildhonorare, Gutachten	0,0 6,2	0,0
Erläuterungen: Einnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben bei den Tit. 526 99 und 534 01 zur Verfügung.				
119 99	195	Vermischte Einnahmen	1,0 9,4	1,0
132 01	195	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0,0 0,0	2,0
Erläuterungen: Vgl. Tit. 811 01.				
272 01	195	Zuschüsse der Europäischen Union für Projekte	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titelgruppe 61 zu verwenden.				
282 01	195	Beiträge Dritter für Veröffentlichungen des Landesamts für Denkmalpflege	0,0 0,2	0,0
Erläuterungen: Einnahmen stehen zweckgebunden für Mehrausgaben bei Tit. 531 03 zur Verfügung.				
282 02	195	Einnahmen aus Aufträgen und Beiträgen Dritter	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Titelgruppe 61 zu verwenden.				
282 04	195	Zweckgebundene Beiträge Dritter für die Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 03 zu verwenden.				
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 919 01.				
Summe der Einnahmen			33,0 60,7	35,0

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

422 01	195	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	348,1	260,0
			128,0	

Erläuterungen:

Mehrbedarf für die Besetzung der freien Stelle einer Inventarisatorin/ eines Inventarisators sowie weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf (vgl. Tit. 428 01).

427 01	195	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	51,0	290,1
			0,0	

Erläuterungen:

250,0 T€ mehr für die Einstellung von zusätzlichen befristeten Kräften im Zusammenhang mit dem zweijährigen Projekt "Schnellerfassung von Denkmälern in Schleswig-Holstein" sowie weniger aufgrund Anpassung an den Bedarf (vgl. Tit. 428 01).

428 01	195	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	595,0	759,0
			889,7	

5,0 T€ übertragen von Tit. 1111-461 01.

Erläuterungen:

Umsetzung Beförderungspaket und mehr aufgrund Anpassung an den Bedarf (vgl. Tit. 422 01 und Tit. 427 01).

511 01	195	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	15,0	35,0
			13,0	

Erläuterungen:

Mehrbedarf an Sachausgaben im Zusammenhang mit dem zweijährigen Projekt "Schnellerfassung von Denkmälern in Schleswig-Holstein".

514 01	195	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	14,0	14,0
			12,2	

Erläuterungen:

Bestand an Kraftfahrzeugen:

	Soll 2013	Soll 2014	Bestand am
			1.2.2013
Selbstfahrer-PKW	4	4	4
Zusammen	4	4	4

518 99	195	Leasingraten für Fahrzeuge	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

525 02	195	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	7,0	7,0
			2,1	

526 99	195	Sachverständige, Gutachten u.a.	31,0	31,0
			70,5	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit.119 04 geleistet werden, soweit diese nicht bei Tit. 534 01 verwendet wurden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für die Erstattung von Gutachten im Rahmen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege; hier insbesondere für Sachverständige auf dem Bausektor (Baustoffkunde, Baustatik) und im Restaurierungswesen.

527 01	195	Dienstreisen	15,0	11,4
			9,7	

531 03	195	Öffentlichkeitsarbeit inkl. Veröffentlichungen	20,0	20,0
			61,4	

Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Aus dem starken öffentlichen Interesse an Denkmalschutz und Denkmalpflege ergibt sich eine verstärkte Verpflichtung zur Information und Öffentlichkeitsarbeit (DSchG-DV zu § 2 Abs. 3).

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
533 01	195	Werkverträge	29,5 90,2	29,5
		Erläuterungen: Im Rahmen von Werkverträgen werden wissenschaftliche Fachkräfte beschäftigt, welche bei der Inventarisierung anfallende Arbeiten durchführen, u.a. zur Fortführung der Denkmaltopographie.		
533 03	195	Kosten für die arbeitsmedizinische Betreuung für Beschäftigte	1,0 0,6	1,0
		Erläuterungen: Gemäß Arbeitsschutzgesetz, den entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften und dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit besteht für Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2001 die Verpflichtung, den arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz aller Beschäftigten sicher zu stellen.		
534 01	195	Wissenschaftliche Inventarisierung der Bau- und Kunstdenkmäler, Fachliteratur, Material für die Foto- und Restaurierungswerkstatt	15,0 14,3	15,0
		Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 04 geleistet werden, soweit diese nicht bei Tit. 526 99 verwendet wurden.		
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		2014 EUR
		1. Wissenschaftliche Inventarisierung der Kunstdenkmäler		2.700
		2. Fachliteratur		4.300
		3. Fotowerkstatt		4.000
		4. Restaurierungswerkstatt		4.000
		Summe		15.000
546 99	195	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	4,0 6,3	4,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		2014 EUR
		1. Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen		2.000
		2. Auslagen für Vorstellungsreisen		1.000
		3. Sonstige vermischte Ausgaben		1.000
		Summe		4.000
681 03	195	Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler aus Beiträgen Dritter	0,0 0,0	0,0
		Ausgaben dürfen zuzätzlich bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 04 geleistet werden.		
		Erläuterungen: Zuwendung. Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
685 01	195	Beteiligung des Landes am Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger und am Dendrochronologischen Labor	42,9 40,2	42,9

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 685 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Beteiligungen des Landes Schleswig-Holstein an:

		2014 EUR
1.	dem Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz	3.300
2.	der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger	1.800
3.	dem Dendrochronologischen Labor	37.800
Summe		42.900

Die auf die Länder entfallenden Anteile am Zuschussbedarf zu 1. und 2. richten sich nach dem Königsteiner Schlüssel, zu 3. nach dem Vertrag vom 17. Januar 1990 mit der Freien und Hansestadt Hamburg.

686 01	195	Organisationen der Denkmalpflege	0,0	0,0
			0,0	

Künftig wegfallend.

811 01	195	Erwerb von Dienstfahrzeugen	0,0	20,0
			0,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen	
1.1	Selbstfahrer-PKW	20.000
Summe		20.000

812 01	195	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	7,2	7,2
			6,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen (Kompaktanlage)	7.200
Summe		7.200

893 01	195	Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler	690,3	650,0
			544,3	

Zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 0940-893 07 (MG 15).

Erläuterungen:

Zuwendung.

Im Vollzug des Denkmalschutzgesetzes werden weitere Kulturdenkmäler von besonderer Bedeutung in das Denkmalbuch eingetragen.

Hinweis auf § 11 Abs. 1 DSchG in Verbindung mit § 6 DSchG.

919 01	851	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
			0,0	

Ausgaben dürfen in Höhe der Minderausgaben bei den Tit. der HGr. 5 bis 8 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vgl. Kapitelvermerk und Tit. 359 01.

61 Ausgaben aus Finanzierungen Dritter

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 272 01 und 282 02 geleistet werden.

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel sind Abweichungen von den Stellenübersichten hinsichtlich der Anzahl der Stellen und ihrer Eingruppierung möglich.

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
428 61 (TG 61)	195	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 0,0	0,0
429 61 (TG 61)	195	Nicht aufteilbare Personalausgaben	0,0 0,0	0,0
547 61 (TG 61)	195	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0,0 0,0	0,0
812 61 (TG 61)	195	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0,0 0,0	0,0
Summe der Titelgruppe 61			0,0 0,0	0,0
Summe der Ausgaben			1.886,0 1.889,3	2.197,1

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	33,0 60,5	35,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 0,2	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			33,0 60,7	35,0
41 - 49		Personalausgaben	994,1 1.017,7	1.309,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	151,5 280,3	167,9
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	42,9 40,2	42,9
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	697,5 551,1	677,2
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			1.886,0 1.889,3	2.197,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.853,0 -1.828,6	-2.162,1

09 46 Erwachsenenbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Das Kapitel 09 46 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Förderung von Volkshochschulen und Maßnahmen der Weiterbildung
- 02 Zuwendungen an parteinahe Bildungseinrichtungen für Erwachsene und politische Jugendverbände

Die tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 02 stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels zur Verfügung.

Einnahmen

119 02	152	Einnahmen aus zurückzuzahlenden Zuwendungen einschließlich Zinsen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Die tatsächlichen Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben des Kapitels 0946 zur Verfügung; vgl. Kapitelvermerk.

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

119 99	152	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
			0,0	

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

Summe der Einnahmen		0,0	0,0
		0,0	

09 46 Erwachsenenbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Ausgaben

684 01	152	Förderung von Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten	1.234,2	1.234,2
			1.234,2	

Übertragbar.

Erläuterungen:

Zuwendung.

Die Förderung erfolgt nach der Richtlinie für die Förderung von Bildungsstätten der allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung vom 05. Februar 2013 (Amtsbl. Schl.-H. 2013, S. 121). Auf dieser Grundlage werden folgende Bildungsstätten gefördert:

- Akademie Sankelmark / Europäische Akademie Schleswig-Holstein,
- Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg,
- Nordsee Akademie Leck,
- Nordkolleg Rendsburg,
- Akademie am see. Koppelsberg.

684 02	152	Förderung der Heimvolkshochschule Jarplund	72,3	72,3
			72,3	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt ist die institutionelle Förderung für die Heimvolkshochschule Jarplund.

893 01	152	Investitionszuschuss an das Nordkolleg Rendsburg für die Errichtung eines Musiksaals	0,0	400,0
			0,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€) 2014

- Neuverpflichtung insgesamt 350
- Davon fällig Haushaltsjahr 2015 350
- Davon fällig Haushaltsjahr 2016
- Davon fällig Haushaltsjahr 2017
- Davon fällig Haushaltsjahr 2018 ff

Erläuterungen:

Das Land beteiligt sich an den geplanten Baukosten (1,5 Mio €) mit insgesamt 750,0 T€

01 Förderung von Volkshochschulen und Maßnahmen der Weiterbildung

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Übertragbar.

686 11	152	Förderung der Volkshochschulen	1.855,5	1.855,5
(MG 01)			1.845,0	

Erläuterungen:

Zuwendung.

09 46 Erwachsenenbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 686 11

Veranschlagt sind:

		2014 EUR
1.	Institutionelle Förderung für den Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V.	583.000
2.	Projektförderungen der Volkshochschulen	609.500
3.	Projektförderungen für Struktur- und Entwicklungsförderung im Volkshochschulbereich	504.000
4.	Projektförderungen für Kurse zur Erlangung des Hauptschulabschlusses in den Volkshochschulen	46.000
5.	Projektförderungen für Kurse zur Erlangung des Realschulabschlusses in den Volkshochschulen	50.000
6.	Institutionelle Förderung für die Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Schleswig-Holstein e.V.	63.000
Summe		1.855.500

Die Förderung erfolgt nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Volkshochschulen in Schleswig-Holstein zur Leistung von Unterrichtsstunden und zur Struktur- und Entwicklungsförderung durch Personalkostenzuschüsse vom 18. Januar 2012 (Amtsblatt Schl.-H. 2012 S. 110) über den Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V..

686 13 (MG 01)	152	Alphabetisierung	102,3	170,0
			102,3	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Projektförderung.

Veranschlagt sind die Komplementärmittel des Landes für die Alphabetisierung deutschsprachiger Erwachsener nach dem Zukunftsprogramm Arbeit - C 3. Die EU-Mittel (ESF Ziel 3) werden direkt aus dem Epl. 06 bewirtschaftet.

Für die nächste ESF-Förderperiode wird mit einer Erhöhung der ESF-Mittel gerechnet, so dass die Erhöhung der Komplementärmittel erforderlich ist.

Summe der Maßnahmegruppe 01	1.957,8	2.025,5
	1.947,3	

02 Zuwendungen an parteinahe Bildungseinrichtungen für Erwachsene und politische Jugendverbände

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

684 12 (MG 02)	153	Zuschüsse an Stiftungen, Gesellschaften und Vereine	211,7	211,7
			211,7	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt für institutionelle Förderungen für:

		2014 EUR
1.	Hermann-Ehlers-Akademie gGmbH	79.300
2.	Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V. - Gustav-Heinemann-Bildungsstätte	79.300
3.	Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V.	20.700
4.	Friedrich-Naumann-Stiftung, Regionalbüro Lübeck	20.700
5.	Sydslesvig Oplysningsforbund e.V.	11.700
Summe		211.700

Eine Förderrichtlinie ist in Vorbereitung.

684 13 (MG 02)	153	Verband politischer Jugend	47,0	47,0
			47,0	

09 46 Erwachsenenbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

noch zu 684 13

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt ist die institutionelle Förderung für den Verband politische Jugend.

684 16	153	Förderung der Jugendpresse	7,2	7,2
(MG 02)			7,2	

Erläuterungen:

Zuwendung.

Veranschlagt ist die institutionelle Förderung der Jugendpresse.

		Summe der Maßnahmegruppe 02	265,9	265,9
			265,9	

		Summe der Ausgaben	3.530,2	3.997,9
			3.519,7	

09 46 Erwachsenenbildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2013	Soll 2014
			Ist 2012	
			T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			0,0 0,0	0,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.530,2 3.519,7	3.597,9
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 0,0	400,0
Gesamtausgaben			3.530,2 3.519,7	3.997,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-3.530,2 -3.519,7	-3.997,9

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa
Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2014

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
09 01	Ministerium	2014		9,0				9,0
		2013		13,0				13,0
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2014		140.075,0				140.075,0
		2013		124.075,0				124.075,0
09 03	Justizvollzugsanstalten	2014		2.035,0	2,0			2.037,0
		2013		315,0	1.992,0			2.307,0
09 04	Gerichte der Verwaltungs- gerichtsbarkeit	2014		1.203,0				1.203,0
		2013		1.203,0				1.203,0
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbar- keit	2014		1.452,0				1.452,0
		2013		1.302,0				1.302,0
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2014		450,0				450,0
		2013		450,0				450,0
09 08	Staatsanwaltschaften	2014		15.937,0	100,0			16.037,0
		2013		15.660,0	100,0			15.760,0
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichts- barkeit	2014		950,5				950,5
		2013		950,5				950,5
09 11	Europaangelegenheiten	2014		73,0	455,8			528,8
		2013		73,0	455,8			528,8
09 40	Kulturförderung	2014		21,0	18,1		50,0	89,1
		2013		21,0	18,1			39,1
09 41	Kirchenangelegenheiten	2014						0,0
		2013						0,0
09 42	Landesarchiv	2014		7,6	135,0			142,6
		2013		7,6				7,6
09 43	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek	2014		40,0				40,0
		2013			24,0			24,0
09 44	Archäologisches Landesamt	2014		17,0	790,0			807,0
		2013		17,0				17,0
09 45	Landesamt für Denkmalpflege	2014		35,0				35,0
		2013		33,0				33,0
09 46	Erwachsenenbildung	2014						0,0
		2013						0,0
	Summe Haushalt	2014		162.305,1	1.500,9		50,0	163.856,0
	Summe Haushalt	2013		144.120,1	2.589,9			146.710,0
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	+18.185,0	-1.089,0	0,0	+50,0	+17.146,0

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
17.271,8	420,2		370,6		28,0		18.090,6	2014	09 01
17.454,2	420,2		374,7		20,0		18.269,1	2013	
132.265,9	110.794,9		4.706,8		602,5		248.370,1	2014	09 02
133.147,1	103.025,0		4.862,3		331,9		241.366,3	2013	
35.590,9	10.231,0		7.114,5		1.436,0		54.372,4	2014	09 03
35.136,0	8.485,0		8.375,8		859,8		52.856,6	2013	
5.651,3	483,0				12,0		6.146,3	2014	09 04
5.671,0	452,0				12,0		6.135,0	2013	
8.922,6	4.514,0				80,0		13.516,6	2014	09 05
8.882,0	4.134,0				115,0		13.131,0	2013	
1.725,0	92,5		90,0		15,0		1.922,5	2014	09 06
1.725,0	87,5		90,0		15,0		1.917,5	2013	
29.255,1	6.745,0		160,0		101,5		36.261,6	2014	09 08
29.443,4	5.915,0		151,0		67,5		35.576,9	2013	
4.490,0	2.779,0		0,2		15,0		7.284,2	2014	09 09
4.465,0	2.728,0		0,2		15,0		7.208,2	2013	
263,9	583,7		509,4				1.357,0	2014	09 11
263,9	583,7		509,4				1.357,0	2013	
	342,7		14.841,2		8.895,0		24.078,9	2014	09 40
	101,3		14.007,6		4.596,0		18.704,9	2013	
			13.355,5		1.090,0		14.445,5	2014	09 41
			13.146,3		90,0		13.236,3	2013	
1.813,1	283,5		10,0		70,0		2.176,6	2014	09 42
1.689,1	214,5		10,0		40,5		1.954,1	2013	
876,1	260,5				45,0		1.181,6	2014	09 43
873,6	252,8				45,0		1.171,4	2013	
2.126,4	265,9		1,5		44,5		2.438,3	2014	09 44
1.345,9	253,9		1,5		44,5		1.645,8	2013	
1.309,1	167,9		42,9		677,2		2.197,1	2014	09 45
994,1	151,5		42,9		697,5		1.886,0	2013	
			3.597,9		400,0		3.997,9	2014	09 46
			3.530,2				3.530,2	2013	
241.561,2	137.963,8		44.800,5		13.511,7		437.837,2	2014	
241.090,3	126.804,4		45.101,9		6.949,7		419.946,3	2013	
+470,9	+11.159,4	0,0	-301,4	0,0	+6.562,0	0,0	+17.890,9		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2014

-273.981,2

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2013

-273.236,3

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2014

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf				
			2014	2015	2016	2017	2018 ff.
		T€					
09 40	Kulturförderung	500,0	500,0				
09 46	Erwachsenenbildung	350,0	350,0				
	Summe des Einzelplans	850,0	850,0				

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2014

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
09 11	Europaangelegenheiten							
61	Hanse-Office in Brüssel	2014		73,0	336,8		0,0	409,8
		2013		73,0	336,8		0,0	409,8
	Summe Haushalt	2014		73,0	336,8		0,0	409,8
	Summe Haushalt	2013		73,0	336,8		0,0	409,8

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2014

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

01 Straffälligenhilfe und Opferschutz

2014	80,0	1.535,0	1.615,0
2013	60,0	1.455,0	1.515,0

06 Einführung eines Qualitätsmanagements mit einem kennzahlengestützten Steuerungssystem

2014	22,8	22,8
2013	22,8	22,8

09 03 Justizvollzugsanstalten

01 Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen

2014	1.925,0	4.922,0	195,0	7.042,0
2013	295,0	1.953,8		2.248,8

02 Versorgung und Behandlung von Gefangenen

2014	5.990,0	1.134,5	1.101,0	0,0	8.225,5
2013	5.900,0	1.134,5	598,0	0,0	7.632,5

61 Gefangenenpflege

2014	0,0	0,0
2013	0,0	0,0

09 11 Europaangelegenheiten

61 Hanse-Office in Brüssel

2014	263,9	482,6	0,0	0,0	746,5
2013	263,9	482,6	0,0	0,0	746,5

09 40 Kulturförderung

02 Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf

2014	6.930,0	5.200,0	12.130,0
2013	6.565,0	785,0	7.350,0

03 Stiftung Schloss Eutin

2014	190,0	500,0	690,0
2013	200,0	140,0	340,0

06 Förderung des Büchereiwesens und der Literatur

2014	430,0	430,0
2013	420,0	420,0

08 Musikförderung

2014	2.436,3	2.436,3
2013	2.356,3	2.356,3

09 Förderung der bildenden Kunst

2014	2,0	156,9	158,9
2013	2,0	156,9	158,9

10 Förderung privater und freier Theater

2014	366,3	366,3
2013	366,3	366,3

11 Förderung der Heimatpflege und Gedenkstätten

2014	10,0	466,0	476,0
2013	10,0	406,0	416,0

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2014

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									
12	Förderung von Film und Medien								
	2014				260,0		100,0		360,0
	2013				250,0				250,0
13	Internationale Kulturmaßnahmen								
	2014		41,7		269,3				311,0
	2013		51,7		189,3				241,0
14	Spartenübergreifende Förderungsmaßnahmen								
	2014				615,8		800,0		1.415,8
	2013				529,8		0,0		529,8
15	Museen und kulturelles Erbe								
	2014				723,7		2.295,0	0,0	3.018,7
	2013				621,1		3.471,0	0,0	4.092,1
09 42	Landesarchiv								
61	Sicherungsverfilmung von Kulturgut								
	2014	116,0	19,0						135,0
	2013	0,0	0,0						0,0
62	Archivfachliche Beratung kommunaler und anderer Archive								
	2014	0,0	0,0		10,0				10,0
	2013	0,0	0,0		10,0				10,0
63	Erhaltung von Papierzerfall gefährdeter Archivbestände								
	2014	110,0	50,0						160,0
	2013	110,0	0,0						110,0
09 44	Archäologisches Landesamt								
61	Archäologische Denkmalpflege								
	2014	887,4	141,6		1,5		9,2		1.039,7
	2013	107,4	131,6		1,5		35,3		275,8
64	UNESCO-Welterbe-Büro								
	2014	78,0	14,0						92,0
	2013	80,0	12,0						92,0
09 45	Landesamt für Denkmalpflege								
61	Ausgaben aus Finanzierungen Dritter								
	2014	0,0	0,0				0,0		0,0
	2013	0,0	0,0				0,0		0,0
09 46	Erwachsenenbildung								
01	Förderung von Volkshochschulen und Maßnahmen der Weiterbildung								
	2014				2.025,5				2.025,5
	2013				1.957,8				1.957,8
02	Zuwendungen an parteinahe Bildungseinrichtungen für Erwachsene und politische Jugendverbände								
	2014				265,9				265,9
	2013				265,9				265,9
Summe	2014	1.455,3	8.778,7		22.738,7		10.200,2	0,0	43.172,9
Summe	2013	561,3	6.967,7		18.839,2		5.029,3	0,0	31.397,5

Zusätzliche Erläuterungen für den Aufgabenbereich Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Kapitel 0902)				
Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung			
Fallzahlen	Eingangszahlen			
Zivilverfahren	Ist 2009:	53.102		
	Ist 2010:	53.181		
	Ist 2011:	53.170		
	Ist 2012:	52.215		
Familienverfahren	Ist 2009:	22.533 *		
	Ist 2010:	26.462		
	Ist 2011:	25.943		
	Ist 2012:	24.983		
Strafverfahren	Ist 2009:	24.678		
	Ist 2010:	23.185		
	Ist 2011:	22.322		
	Ist 2012:	20.835		
Freiwillige	Ist 2009:	475.864		
	Ist 2010:	455.953		
	Ist 2011:	447.273 **		
	Ist 2012:	446.502		
	* Seit dem 01.09.2009 ist das neue FamFG in Kraft getreten. Aufgrund dessen erfolgt eine andere Statistikerfassung, die anders gegliedert und zum Teil neu gefasst ist, wodurch sich ein Anstieg der Verfahrenszahlen begründet.			
	** Zahlenkorrektur			
Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Zivil- und Familienstreitigkeiten, Strafverfahren und Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit - Durchsetzung des festgestellten Rechtsanspruchs, Teilaspekte d. Strafvollstreckung - Zur Verfügungstellung von Ressourcen für die Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0902			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen	122.862,9	124.075,0	140.075,0
	Gesamtausgaben	236.595,4	241.366,3	248.370,1
	davon			
	- Personalausgaben	135.325,3	133.147,1	132.265,9
	- Sachausgaben	8.081,2	9.885,0	9.679,9
	- Auslagen in Rechtssachen	89.227,5	93.140,0	101.115,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.775,9	4.862,3	4.706,8
	- Investitionen	134,1	331,9	602,5
	- Besondere Finanzierungsausgaben	51,4	0,0	0,0
	Saldo	-113.732,5	-117.291,3	-108.295,1
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11, 526 12, 526 13, 526 14, 526 15, 526 16 und 526 17 und 681 01 bis 681 03 dürfen einer Rücklage zugeführt werden.</p> <p>Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11, 526 12, 526 13, 526 14, 526 15, 526 16 und 526 17 und 681 01 bis 681 03 eingesetzt werden.</p>			

Zusätzliche Erläuterungen

für den Aufgabenbereich

Justizvollzugsanstalten (Kapitel 0903)

Globale Zielbeschreibung	Der Vollzug der Freiheitsstrafe soll den Gefangenen zur künftigen Lebensführung in sozialer Verantwortung ohne Straftaten befähigen. Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten. Das Leben im Vollzug soll hierbei den allgemeinen Lebensbedingungen soweit als möglich angeglichen werden. Schädlichen Folgen des Freiheitsentzugs ist entgegenzuwirken. Der Vollzug ist darauf auszurichten, dass er dem Gefangenen hilft, sich in das Leben in Freiheit einzugliedern.			
	Mengen		Wirtschaftlichkeit und Kosten	
	Vorgehaltene Haftplatztage¹	Hafttage²	Kosten je belegungsfähigem Haftplatztag	Kosten je Hafttag
Erwachsenenvollzug				
Ist 2011	486.597 ³	420.255	97,77 €	113,20 €
Ist 2012 ⁵	457.565 ³	423.937		
Soll 2013	455.155 ³			
Soll 2014	455.155 ³			
Jugendvollzug				
Ist 2011	68.461 ³	60.427	158,30 €	179,35 €
Ist 2012 ⁵	70.272	64.871		
Soll 2013	70.080			
Soll 2014	70.080			
Jugendarrest⁴				
Ist 2011	20.805	6.982	59,24 €	176,53 €
Ist 2012 ⁵	20.862	6.031		
Soll 2013	20.805			
Soll 2014	20.805			
Abschiebungshaft				
Ist 2011	20.440	8.207	74,06 €	184,45 €
Ist 2012 ⁵	20.496	8.335		
Soll 2013	20.440			
Soll 2014	20.440			
Anmerkungen	<p>¹ Aufgrund anstaltsinterner Renovierungsarbeiten stehen durchschnittlich ca. 2% aller Haftplätze nicht für Belegung zur Verfügung. Darüber hinaus sind die Justizvollzugsanstalten bereits bei einer Belegungsquote von 90% ausgelastet. Ein höherer Auslastungsgrad steht einer sinnvollen Binnendifferenzierung entgegen.</p> <p>² Die Anzahl der Hafttage sind fremdbestimmt und somit nicht steuerbar.</p> <p>³ 2011: Im März 2011 ist das Gebäude der Sozialtherapie in der Jugendanstalt Schleswig fertig gestellt und in Betrieb genommen worden (+ 30 Haftplätze). Im Juni 2011 hat die Sanierung des C-Hauses der JVA Neumünster (Nordflügel) begonnen. Die betroffenen Haftplätze können nicht belegt werden (- 120 Haftplätze Erwachsene). 2012: Die vorgenannte Baumaßnahme in der JVA Neumünster wird sich über das ganze Jahr erstrecken (- 120 Haftplätze Erwachsene). 2013: Die vorgenannte Baumaßnahme in der JVA Neumünster wird sich über das ganze Jahr erstrecken (- 120 Haftplätze Erwachsene). 2014: Anfang 2014 wird der Nordflügel des C-Hauses der JVA Neumünster voraussichtlich fertig gestellt (+ 120 Haftplätze Erwachsene). Im Anschluss erfolgt die Sanierung des Südflügels des C-Hauses der JVA Neumünster. Die betroffenen Haftplätze können nicht belegt werden (- 120 Haftplätze Erwachsene). Die Verlegung der Gefangenen erfolgt anstaltsintern (vom Süd- in den Nordflügel).</p> <p>⁴ Der Vollzug des Jugendarrestes findet überwiegend in der Form des Wochenendarrestes statt.</p> <p>⁵ Das Jahr 2012 ist ein Schaltjahr.</p>			

Gründe der Zielumsetzung	Innere Sicherheit			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0903			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Strafvollzugsgesetz, Jugendstrafvollzugsgesetz, Untersuchungshaftvollzugsgesetz, Jugendgerichtsgesetz, Aufenthaltsgesetz, Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen	2.556,7	2.307,0	2.037,0
	Gesamtausgaben	51.265,7	52.856,6	54.372,4
	davon			
	- Personalausgaben	35.671,9	35.136,0	35.590,9
	- Sachausgaben	2.123,3	2.290,0	2.316,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	4.737,1	5.287,5	1.058,0
	- Investitionen	238,1	261,8	140,0
	- Besondere Finanzierungs-Ausgaben	26,6	0,0	0,0
	- Arbeit und Qualifizierung von Gefangenen (MG 01)	2.150,7	2.248,8	7.042,0
- Versorgung und Behandlung von Gefangenen (MG 02)	6.318,0	7.632,5	8.225,5	
Saldo	-48.709,0	-50.549,6	-52.335,4	
KLR-Budget	2011			
+ neutrale Einnahmen	0,0			
+ Erlöse	2.281,0			
- Personalkosten	41.136,9			
- Sachkosten	10.868,8			
<i>davon Fremdleistungen und Zuschüsse</i>	<i>3.931,9</i>			
- Kalkulatorische Kosten*	468,8			
- Interne Verrechnungen/ Umlagen **	10.965,0			
= Deckungsbeitrag	-61.158,5			
	* Nur kalkulatorische Sachkosten ** Anteilige Kosten der Oberbehörden sowie Bewirtschaftungskosten FM			
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Titel der MG 01 und MG 02 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Titel der MG 01 und MG 02 eingesetzt werden.</p> <p>Minderausgaben bei den Titeln der Maßnahmegruppen MG 01 bzw. MG 02 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der Maßnahmegruppen MG 01 bzw. MG 02 eingesetzt werden.</p>			

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit (Kapitel 0904)

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung			
Fallzahlen	Eingangszahlen			
	Ist 2009:	6.430		
	Ist 2010:	5.312		
	Ist 2011:	5.382		
	Ist 2012:	4.890		
Gründe der Zielumsetzung	- Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in verwaltungsgerichtlichen Verfahren			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0904			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen	938,5	1.203,0	1.203,0
	Gesamtausgaben	6.041,8	6.135,0	6.146,3
	davon			
	- Personalausgaben	5.586,8	5.671,0	5.651,3
	- Sachausgaben	265,1	272,0	265,0
	- Auslagen in Rechtssachen	186,8	180,0	218,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0	0,0	0,0
	- Investitionen	0,0	12,0	12,0
	- Besondere Finanzierungsausgaben	3,1	0,0	0,0
	Saldo	-5.103,3	-4.932,0	-4.943,3
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 eingesetzt werden.			

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit (Kapitel 0905)

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung			
Fallzahlen	Eingangszahlen			
Gesamt	Ist 2009:	14.966		
	Ist 2010:	16.410		
	Ist 2011:	17.774 *		
	Ist 2012:	16.235		
davon SGB II	Ist 2009:	6.206		
	Ist 2010:	7.144		
	Ist 2011:	7.752		
	Ist 2012:	6.671		
davon SGB XII und AsvlbLG	Ist 2009:	897		
	Ist 2010:	1.029		
	Ist 2011:	1.109		
	Ist 2012:	1.191		
	*Zahlenkorrektur			
Gründe der Zielumsetzung	- Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in sozialgerichtlichen Verfahren			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0905			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen	1.249,7	1.302,0	1.452,0
	Gesamtausgaben	12.533,8	13.131,0	13.516,6
	davon			
	- Personalausgaben	8.495,5	8.882,0	8.922,6
	- Sachausgaben	353,4	484,0	464,0
	- Auslagen in Rechtssachen	3.684,8	3.650,0	4.050,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0	0,0	0,0
	- Investitionen	0,0	115,0	80,0
	- Besondere Finanzierungsausgaben	0,1	0,0	0,0
	Saldo	-11.284,1	-11.829,0	-12.064,6
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11, 526 12 und 526 13 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 11, 526 12 und 526 13 eingesetzt werden.			

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Finanzgericht des Landes Schleswig-Holstein (Kapitel 0906)

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung			
Fallzahlen	Eingangszahlen			
Klagen und Anträge zur Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes	Ist 2009:	1.214		
	Ist 2010:	1.245		
	Ist 2011:	1.118		
	Ist 2012:	995		
Gründe der Zielumsetzung	- Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in finanzgerichtlichen Verfahren			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0906			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen	433,3	450,0	450,0
	Gesamtausgaben	1.845,1	1.917,5	1.922,5
	davon			
	- Personalausgaben	1.698,4	1.725,0	1.725,0
	- Sachausgaben	57,3	57,5	57,5
	- Auslagen in Rechtssachen	29,7	30,0	35,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	59,7	90,0	90,0
	- Investitionen	0,0	15,0	15,0
	- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0
	Saldo	-1.411,8	-1.467,5	-1.472,5
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 eingesetzt werden.			

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Staatsanwaltschaften (Kapitel 0908)

Globale Zielbeschreibung	Durchsetzung des staatlichen Strafverfolgungsanspruchs			
Fallzahlen	Eingangszahlen			
Ermittlungsverfahren	Ist 2009: 303.493 Ist 2010: 284.481 Ist 2011: 285.632 * Ist 2012: 287.547 *Zahlenkorrektur			
Gründe der Zielumsetzung	- Durchsetzung des staatlichen Strafverfolgungsanspruchs und Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0908			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen	14.719,0	15.760,0	16.037,0
	Gesamtausgaben	36.280,6	35.576,9	36.261,6
	davon			
	- Personalausgaben	29.945,8	29.443,4	29.255,1
	- Sachausgaben	1.298,3	1.265,0	1.265,0
	- Auslagen in Rechtssachen	4.784,9	4.650,0	5.480,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	128,8	151,0	160,0
	- Investitionen	107,1	67,5	101,5
	- Besondere Finanzierungsausgaben	15,7	0,0	0,0
	Saldo	-21.561,6	-19.816,9	-20.224,6
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 13, 526 14 und 526 15 sowie 681 01 und 681 02 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme der Tit. 526 13, 526 14 und 526 15 sowie 681 01 und 681 02 eingesetzt werden.			

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit (Kapitel 0909)

Globale Zielbeschreibung	Erfüllung des Justizgewährungsanspruchs und Schaffung von Rechtssicherheit im Rahmen der Gewaltenteilung			
Fallzahlen	Eingangszahlen			
zur Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes	Ist 2009:	13.215		
	Ist 2010:	12.006		
	Ist 2011:	12.022		
	Ist 2012:	12.018		
Gründe der Zielumsetzung	- Gewährung von individuellem Rechtsschutz - Herstellung von Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung in arbeitsgerichtlichen Verfahren			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0909			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen	904,7	950,5	950,5
	Gesamtausgaben	6.965,4	7.208,2	7.284,2
	davon			
	- Personalausgaben	4.577,1	4.465,0	4.490,0
	- Sachausgaben	333,9	628,0	629,0
	- Auslagen in Rechtssachen	2.054,2	2.100,0	2.150,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,2	0,2	0,2
	- Investitionen	0,0	15,0	15,0
	- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0
	Saldo	-6.060,7	-6.257,7	-6.333,7
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Minderausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der HG 5, 6 und 8 mit Ausnahme des Tit. 526 11 eingesetzt werden.			

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Europaangelegenheiten (Kapitel 0911)

Globale Zielbeschreibung	1. Stärkung des Standortes Schleswig-Holstein durch transnationale, interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen des EU-INTERREG-Programms. Stärkung der regionalen Zusammenarbeit im Ostsee- und Nordseeraum sowie mit der Region Pays de la Loire durch projektorientierte Kooperationen und partnerschaftliche Zusammenarbeit.			
	2. Stärkung des Europabewusstseins und der Europafähigkeit des Landes durch Förderung der europäischen Kommunikations- und Zielgruppenarbeit			
Maßnahmen zur Zielerreichung	Mengen	Qualitäten/Bürgerorientierung	Wirtschaftlichkeit/Kosten	Fachliche Zielerreichung
Zu 1.) Institutionelle Förderung der Academia Baltica	<u>Anzahl der Förderbescheide:</u> Ist 2012: 1 (50,0 T€) Soll 2013: 1 (50,0 T€) Soll 2014: 1 (50,0 T€)	Förderung von Angeboten zur politischen Bildung und dem Kennenlernen fremder Kulturen	<u>Durchschnittliche Förderquote:</u> Ist 2012: 11,8% Soll 2013: 11,8% Soll 2014: 11,8%	Stärkung von Wissen über Ostseeanrainerstaaten sowie Stärkung interkultureller Kompetenz im Ostseeraum
Unterhaltung von ständigen Repräsentanzen im Ostseeraum (SH-Büros, Hansebüro, Hanse-Offices)	<u>Anzahl der Förderbescheide:</u> Ist 2012: 2 (79,0 T€) Soll 2013: 1 (85,0 T€) Soll 2014: 1 (85,0 T€)	Anlaufstelle für Verwaltung, Wirtschaft, Organisationen und Initiativen im Rahmen der Ostseekooperation	<u>Durchschnittliche Förderquote:</u> Ist 2012: 95,5% Soll 2013: 95,5% Soll 2014: 95,5%	Weiterentwicklung der partnerschaftlichen und regionalen Zusammenarbeit in der Ostseeregion
Austausch zwischen der Partnerregion Pays de la Loire und SH	<u>Anzahl der Förderbescheide:</u> Ist 2012: 5 (6,8 T€) Soll 2013: 5 (6,8 T€) Soll 2014: 5 (6,8 T€)	Förderung von bürgernahen Kooperationsprojekten insbesondere auch der beruflichen Qualifikation	<u>Durchschnittliche Förderquote:</u> Ist 2012: 25% Soll 2013: 25% Soll 2014: 25%	Förderung der Dt.-Frz. Freundschaft und des Europäischen Gedankens
Projektförderungen im Rahmen der Partnerschaften	<u>Anzahl der Förderbescheide:</u> Ist 2012: 4 (12,7 T€) Soll 2013: 4 (10,0 T€) Soll 2014: 4 (10,0 T€)	Engagement schl.-holst. Einrichtungen /Organisationen für die Ostseekooperation stärken	<u>Durchschnittliche Förderquote:</u> Ist 2012: 45% Soll 2013: 40% Soll 2014: 40%	Stärkung der Ostseeschwerpunkte des Landes in den Bereichen Wirtschaft, Ökologie, Wissenschaft, Kultur, Bildung, Gesundheit, Politik und Forschung
Anschub- und Kofinanzierung von SH-Projekten im Rahmen der INTERREG Programme und STRING	<u>Anzahl der Förderbescheide:</u> Ist 2012: 5 (146,1 T€) Soll 2013: 5 (56,5 T€) Soll 2014: 5 (56,5 T€)	Unterstützung von schl.-holst. Trägern von INTERREG IV B Nord- und Ostseeprojekten, INTERREG IV C Projekten u. STRING-Projekten	<u>Durchschnittliche Förderquote:</u> Ist 2012: 25,0% Soll 2013: 30,0% Soll 2014: 30,0%	Möglichst hohe Anzahl von Projekten mit SH- Beteiligung und damit hohe EU-Mittelbindung

Zu 2.) Institutionelle Förderung der Europa Union, der Europäischen Bewegung und der Jungen Europäischen	<u>Anzahl der Förderbescheide:</u> Ist 2012: 1 (54,2 T€) Soll 2013: 1 (63,8 T€) Soll 2014: 1 (63,8 T€)	EU- Fähigkeit und EU-Wissen aller Bürgerinnen und Bürger stärken (ca. 30 Veranstaltungen im Jahr)	<u>Durchschnittliche Förderquote:</u> Ist 2012: 50,0% Soll 2013: 59,0% Soll 2014: 59,0%	Steigerung der Europafähigkeit der Bürgerinnen und Bürger
Gründe der Zielumsetzung	zu 1) Stärkung des Standortes Schleswig-Holstein zu 2) Förderung der Europaakzeptanz und Europafähigkeit in Schleswig-Holstein			
Externe Zielgruppen	zu 1.) Vereine, Verbände, Institutionen, Wirtschaft, Kommunen zu 2.) Bürgerinnen und Bürger, Interessenvertretungen, Verbände, Organisationen, Vereine			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0911			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	- Landeshaushaltsordnung Schleswig-Holstein (LHO) - Förderrichtlinie			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen Gesamtausgaben davon	380,6 1.281,3	528,8 1.357,0	528,8 1.357,0
	Personalausgaben	0,0	0,0	0,0
	Sachausgaben inkl. Investitionen	87,4	101,1	101,1
	Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	488,8	509,4	509,4
	Hanse-Office in Brüssel (HG 4 bis 8 der TG 61)	705,1	746,5	746,5
	Saldo	-900,7	-828,2	-828,2
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Minderausgaben bei den Titeln der Titelgruppe 61 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei den Titeln der Titelgruppe 61 eingesetzt werden.			

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Kulturförderung (Kapitel 0940)

<p>Globale Zielbeschreibung</p>	<p>Die Förderung von Kunst und Kultur steht unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die allgemeine Kulturpflege spiegelt diese Aufträge aus der Landesverfassung wider. Damit sollen das kulturelle Leben und das künstlerische Schaffen in den Städten und den ländlichen Räumen ermöglicht und befördert werden. Der Kulturhaushalt setzt klare Schwerpunkte beim Erhalt der landesweit bedeutenden kulturellen Infrastruktur und des kulturellen Erbes sowie bei der Förderung von Initiativen und Aktivitäten an der Schnittstelle von Kultur und Bildung. Weitere Ziele sind die Sicherung historischer Erinnerungs- und Lernorte, die Förderung des Kulturtourismus und der Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit im Ostseeraum.</p>			
<p>Maßnahmen zur Zielerreichung</p>	<p>Mengenergebnisse</p>	<p>Qualitätskennzahl/ - Indikator bzw. Bürgerorientierung</p>	<p>Kosten/ Effizienz</p>	<p>Fachliche Zielerreichung</p>
<p>Institutionelle und Projektförderung auf der Grundlage von Richtlinien und Zielvereinbarungen sowie eine adäquate Unterstützung von Kulturinstitutionen, für die das Land gesetzliche oder andere vertragliche Verpflichtungen eingegangen ist</p>	<p>Differieren nach in Richtlinien bzw. in Ziel- und Leistungsvereinbarungen festgelegten Zielgrößen</p>	<p>Hohe Beteiligung und Nachfrage aller Bürgerinnen und Bürger an den Angeboten innerhalb der kulturellen Infrastruktur (jeweils nach Sparte und/oder Institution zu unterscheidende Kennziffern)</p> <p>Sozial ausgewogene und möglichst umfassende Möglichkeit der Teilhabe an den kulturellen Angeboten insbesondere auch für Kinder und Jugendliche</p> <p>Attraktivitätssteigerung des Tourismus durch spezifische kulturelle Angebote</p> <p>Sicherung der kulturellen Vielfalt für alle Altersgruppen und mit Blick auf die Bedeutung der Minderheiten in Schleswig-Holstein</p> <p>Materielle Sicherung bei baulich und kulturhistorisch hochwertiger Substanz</p>	<p>Ganz überwiegend Herstellung meritorischer Güter, d.h. finanzielle Interventionen des Landes nach kulturpolitischer Zielstellung zur Erreichung der Oberziele</p>	<p>Herstellung betrieblich orientierter Institutionalität mit -je nach Sparte/Branche- möglichst hoher Eigenwirtschaftlichkeit</p> <p>Nachhaltige Planungssicherheit für die Bestandteile der kulturellen Infrastruktur</p> <p>Schaffung von Rahmenbedingungen für eine hohe bürgerschaftliche Beteiligung und damit Stärkung des Ehrenamtes</p>

Maßnahmen zur Zielerreichung	<p>Grundhaushalt: Zuwendungen, zu denen das Land Schleswig-Holstein gesetzlich oder vertraglich verpflichtet ist, wie z.B. Kulturstiftung der Länder, Anteil am Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie die urheberrechtlichen Verpflichtungen im Bibliotheksbereich.</p> <p>MG 02 „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“ Die Zuwendungen an die SHLM Schloss Gottorf werden aufgrund des Stiftungsgesetzes zur Deckung des laufenden Betriebs und für Investitionen aller Liegenschaften gewährt. Schloss Gottorf ist als Baudenkmal und als Museum das bedeutendste kulturelle Ensemble in Schleswig-Holstein. Die kulturtouristische Inwertsetzung des gesamten Ensembles hat höchste infrastrukturelle Priorität.</p> <p>MG 03 „Stiftung Schloss Eutin“ Die Zuwendungen an die rechtsfähige öffentlich-rechtliche Stiftung Schloss Eutin werden aufgrund des Stiftungsgesetzes zur Deckung des laufenden Betriebs und für laufende, jährlich wiederkehrende Investitionen zur Erhaltung der Bausubstanz gewährt. Die Schlossanlage Eutin mit Schloss, Schlossgarten und Orangerie hat eine hohe kulturpolitische Bedeutung für die Landesgeschichte. Das Land steht deshalb in besonderer kulturpolitischer Verpflichtung.</p> <p>MG 06 „Förderung des Büchereiwesens und der Literatur“ Bereitstellung finanzieller Mittel für die außerschulische Leseförderung und die Literaturförderung. Gefördert werden die Leseförderprojekte des Friedrich-Bödecker-Kreises Schleswig-Holstein e.V. und die vom Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V. organisierten Kinder- und Jugendbuchwochen. Im Bereich der Literatur erhalten literarische Institutionen im Rahmen der institutionellen Förderung aufgrund von Ziel- und Leistungsvereinbarungen oder auf Antrag im Rahmen der Projektförderung Zuwendungen.</p> <p>MG 08 „Musikförderung“ Förderung des Laien- und professionellen Musizierens im Land. Gefördert werden Dachorganisationen mit landesweiter Ausrichtung sowie öffentliche und private Einrichtungen, Vereinigungen, Stiftungen und Zusammenschlüsse des Musiklebens auf Landesebene. Ziele sind Austausch und Beratung, Vernetzung, Qualifizierung der schleswig-holsteinischen Musikszene und Unterstützung des musikalischen Spitzen- und Breitennachwuchses sowie die Betreuung und Verwaltung von Infrastrukturausstattungen. Ein besonderer Stellenwert kommt dem Schleswig-Holstein Musik Festival mit seinen international besetzten Nachwuchsakademien zu.</p> <p>MG 09 „Förderung der bildenden Kunst“ Förderung der zeitgenössischen Kunst durch institutionelle Zuwendung an den Landesverband des Bundesverbandes bildender Kunst (BBK) und Projektförderungen an Künstlerinnen und Künstler sowie der Kunst im öffentlichen Raum.</p> <p>MG 10 „Förderung privater und freier Theater“ Die Zuwendungen erfolgen nach der Richtlinie für die Landesförderung der privaten und freien Theater in Schleswig-Holstein vom 15.04.2011 in der Fassung vom 21. Dezember 2012 (Amtsbl. Schl.-H. S. 72). Insgesamt werden derzeit acht Theater gefördert. Im Rahmen der Projektförderung werden neue Produktionen weiterer privater und freier Theater/Theatergruppen bezuschusst und Zuwendungen für Theaterfestivals gewährt. Darüber hinaus erhalten der Amateurtheaterverband und der Niederdeutsche Bühnenbund eine jährliche Zuwendung für die Verbandsarbeit.</p> <p>MG 11 „Förderung der Heimatpflege und Gedenkstätten“ Gefördert werden Institutionen und Projekte der Heimatpflege und Landesgeschichte sowie der Gedenkstättenarbeit. Dabei nimmt die Pflege der niederdeutschen Sprache eine besondere Rolle ein. Tragende Institutionen der Heimatpflege insbesondere im ländlichen Raum sind die rund 220 Mitgliedsorganisationen des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes mit zusammen rund 54.000 Mitgliedern. Der SHHB als Dachverband stützt das ehrenamtliche Engagement in den Bereichen Kultur und Geistesleben, Erhaltung der plattdeutschen und friesischen Sprache, Pflege des Heimat- und Geschichtsbewusstseins.</p>
-------------------------------------	--

<p>Maßnahmen zur Zielerreichung</p>	<p>MG 12 „Förderung von Film und Medien“ Die filmkulturelle und filmwirtschaftliche Infrastruktur wird durch institutionelle Zuschüsse für die Filmwerkstatt in Kiel als Teil der gemeinsamen Filmförderung Hamburg/ Schleswig-Holstein und die Nordischen Filmtage Lübeck gefördert. Darüber hinaus erfolgt die Vergabe des Kinopreises Schleswig-Holstein auf dem Wege der Projektförderung. Die Nachwuchsförderung der Filmwerkstatt leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erschließung des filmisch-künstlerischen Potenzials im Lande. Die Nordischen Filmtage Lübeck sind einerseits Spielfläche des norddeutschen Filmnachwuchses, andererseits Begegnungsstätte mit dem skandinavischen und baltischen Film. Mit dem Kinopreis werden hochwertige Jahresprogramme von Kinos ausgezeichnet.</p> <p>MG 13 „Internationale Kulturmaßnahmen“ Im Rahmen der internationalen Kulturmaßnahmen werden bilaterale und multilaterale Projekte gefördert. Dazu zählen der Austausch von Künstlerinnen und Künstlern, gemeinsame Projekte ausländischer und schleswig-holsteinischer Kunstschafer, Kooperationsprojekte schleswig-holsteinischer Künstlerinnen und Künstler bzw. Kulturinstitutionen im Ausland und ausländischer Kulturschafer in Schleswig-Holstein.</p> <p>MG 14 „Spartenübergreifende Förderungsmaßnahmen“ Die Förderung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung führt die Aktivitäten von Trägern der schulischen Bildungs- und außerschulischen Kulturarbeit in der Projektarbeit zusammen. Für Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Lebenszusammenhängen werden Kunst und Kultur frühzeitig erlebbar gemacht und eigene Ausdrucksformen dafür entwickelt. Den soziokulturellen Zentren mit ihrem niedrigschwelligem Zugang kommt dabei eine große Bedeutung zu. Auch Künstlerhäuser werden vom Land spartenübergreifend unterstützt. Zudem verleiht das Land alle zwei Jahre den Kunstpreis.</p> <p>MG 15 „Museen und kulturelles Erbe“ Die rund 250 Museen zählen mit rund drei Millionen Besucherinnen und Besuchern pro Jahr zu den meistfrequentierten Kultureinrichtungen im Land. Sie sind in ihrer Gesamtheit Schaufenster für Geschichte, Kultur und Natur unseres Landes. Die Qualifizierung der Museen ist daher eine kontinuierliche Aufgabe und eine Investition in Kenntnis und Image des Landes. Die Zuwendungen konzentrieren sich auf landesweit bedeutende Einrichtungen (z.B. die Projekte der Museen der Hansestadt Lübeck), die Sicherung der landesweiten Museumsstruktur, insbesondere zur systematischen digitalen Erschließung der Museumsbestände und zur Stärkung des Museumsmarketings in Schleswig-Holstein.</p>
<p>Gründe der Zielumsetzung</p>	<p>Verfassungsauftrag und politische Beschlusslage</p>
<p>Externe Zielgruppen</p>	<p>Bürgerinnen und Bürger des Landes Kulturelle Verbände und Organisationen Kulturelle Institutionen Touristen</p>
<p>Position im Landeshaushalt</p>	<p>Einzelplan 09 Kapitel 0940</p>
<p>Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln</p>	<p>Landesverfassung, Stiftungsgesetze, Verträge, Richtlinien, Zielvereinbarungen, Beschlusslage Parlament</p>

Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen	1.115,3	39,1	89,1
	Gesamtausgaben	19.336,5	18.704,9	24.078,9
	davon			
	- Personalausgaben	0,0	0,0	0,0
	- Sachausgaben	55,6	101,3	342,7
- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	12.791,3	14.007,6	14.841,2	
- Investitionen	6.489,6	4.596,0	8.895,0	
- Besondere Finanzierungs-Ausgaben	0,0	0,0	0,0	
Saldo	-19.336,5	-18.704,1	-24.078,9	
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Minderausgaben bei Tit. 893 07 (MG 15) dürfen einer Rücklage zugeführt werden.</p> <p>Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben bei Tit. 893 07 (MG 15) eingesetzt werden.</p>			

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Kirchenangelegenheiten (Kapitel 0941)

Globale Zielbeschreibung	<p>Mit der Trennung von Staat und Kirche verloren die Kirchen den größten Teil ihres Vermögens, insbesondere ihres Grundvermögens. Zum Ausgleich dieser Vermögensverluste sah die Weimarer Reichsverfassung eine Ablösung und - wo diese nicht vorgenommen wurde/werden konnte - die Staatsleistung vor. Diese Regelung ist in das Grundgesetz übernommen worden.</p> <p>Das Land unterstützt auch kleine Kirchen und kirchliche Organisationen.</p> <p>Das Land beteiligt sich an den Ausgaben der Jüdischen Landesverbände, die ihnen für in Schleswig-Holstein lebende Juden entstehen und beteiligt sich an den Kosten der Jüdischen Gemeinden, die durch Neubau und Sanierung ihrer Gottes- und Gemeindehäuser und deren Sicherung entstehen. Wegen ihrer erfolgreichen Aktivitäten beim Zusammenführen von Christen und Juden unterstützt das Land zudem die Arbeit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit.</p>			
Maßnahmen zur Zielerreichung	Mengen	Qualitäten/ Bürgerorientierung	Wirtschaftlichkeit/ Kosten	fachliche Zielerreichung
<p>Von den beiden großen christlichen Kirchen wird lt. Kirchenvertrag kein Verwendungsnachweis gefordert.</p> <p>Die kleinen Kirchen, die jüdischen Landesverbände und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit legen Geschäftsberichte bzw. Verwendungsnachweise vor.</p>				
Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Ausgleich von Vermögensverlusten, die die beiden großen christlichen Kirchen im Zuge der Säkularisation erlitten haben - Förderung des jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein - Förderung der Zusammenarbeit von Christen und Juden in Schleswig-Holstein - Förderung religiösen Lebens in Schleswig-Holstein 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0941			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ol style="list-style-type: none"> 1. Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den damaligen evangelischen Landeskirchen, der heutigen Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland, vom 23. April 1957. 2. Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Römisch-Katholischen Kirche vom 9. Januar 2009 3. Vertrag zwischen dem Landesverband der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holstein, der jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein und dem Land Schleswig-Holstein vom 25. Januar 2005 			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen	0,0	0,0	0,0
	Gesamtausgaben	12.913,2	13.236,3	13.445,5
	davon			
	- Personalausgaben	0,0	0,0	0,0
	- Sachausgaben	0,0	0,0	0,0
- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	12.823,2	13.146,3	13.355,5	
- Investitionen	90,0	90,0	90,0	
- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0	
Saldo	-12.913,2	-13.236,3	-13.445,5	

Zusätzliche Erläuterungen

für den Aufgabenbereich

Landesarchiv (Kapitel 0942)

Aufgaben- beschreibung	<p>Das Landesarchiv hat die gesetzliche Aufgabe, die archivwürdigen Unterlagen der Verwaltungen, Behörden und Gerichte im Lande Schleswig-Holstein sowie ihrer Funktions- und Rechtsvorgänger zu übernehmen, zu sichern, zu verwahren und für Zwecke der Forschung und Bildung, der Verwaltung und Rechtssicherung benutzbar zu halten.</p> <p>Es berät die Landesbehörden bei der Schriftgutverwaltung, erteilt Auskünfte, erbringt aus seinen Quellenbeständen Dienstleistungen für die wissenschaftliche wie die heimatkundliche Forschung und berät und unterstützt Verwaltungs- und Bildungsinstitutionen.</p> <p>Durch Publikationen und die Präsentation historischer Quellen fördert es die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein und seiner Einrichtungen.</p> <p>Das Landesarchiv nimmt zentrale Aufgaben im schleswig-holsteinischen Archivwesen wahr und trägt zur Qualifizierung ehren-, neben- und hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Archiven des Landes bei.</p>			
Maßnahmen zur Zielerreichung	Mengen	Qualitäten/ Bürgerorientie- rung	Wirtschaft- lichkeit/ Kosten	fachliche Zielerreichung
Übernahme und Erschließung	Übernahme und Erschließung von 500 m lfd. Akten; 40 Behördenbesuche	Relation von Übernahme und Erschließung = 1:1	Gesamtkosten	Vollständige Magazinierung und Erschließung des übernommenen Schriftgutes. Beratung der Behörden bei der Schriftgutverwaltung
Bestandserhal- tende Maßnahmen	Konservatorische Maßnahmen an 37 km Archivgut; 700.000 Aufnahmen Sicherungsverfilmung		Gesamtkosten	Vollständige Konservierung des übernommenen Schriftgutes
Archivbenutzung	2.800 Benutzertage; 1.500 Recherchen; 100.000 Kopien/ Reproduktionen 15.500 Aktenaushebungen	Zufriedenheits- grad der Besucher: gut/sehr gut 80 v. H.; Anteil: 75% historisch/ wissenschaftlich 25% praktisch/ rechtlich bedingte Nutzungen	Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Erlöse aus der Archivbenutzung	Deckung des Benutzungsbedarfs
Beratungen für Dritte	15 Beratungen für kommunale Archive; 150 Beratungen in kommunaler Heraldik; 10 Wappen- und 20 Flaggen-genehmigungen	Zufriedenheits- grad der Beraternen	Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Erlöse	Deckung des Beratungsbedarfs
Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherung von Verwaltungs- und Rechtskontinuität im Lande Schleswig-Holstein - Bereitstellen von historischen Quellen für die wissenschaftliche Forschung - Unterstützung geschichtsbezogener Bildungs- und Erziehungsarbeit - Sekundäre Nutzung vorhandener Informationsquellen als Rationalisierungsfaktor 			

Externe Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none"> - Bürgerinnen und Bürger - Historische, ortsgeschichtliche und heimatkundliche Vereinigungen - Forschungseinrichtungen - Aus- und Fortbildungseinrichtungen - Öffentliche Verwaltung 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0942			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> - Landesarchivgesetz (LArchG) vom 11. August 1992 (GVOBl. Schl.-H.S.444) - Aktenordnung für die schleswig-holsteinische Landesverwaltung (Amtsblatt Schl.-H. 1999, S. 260) 			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen Gesamtausgaben	316,4 2.092,0	7,6 1.954,1	142,6 2.176,6
	davon			
	- Personalausgaben	1.860,5	1.689,1	1.813,1
	- Sachausgaben	179,7	214,5	283,5
	- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	10,0	10,0	10,0
- Investitionen	41,8	40,5	70,0	
- Besondere Finanzierungs-Ausgaben	0,0	0,0	0,0	
Saldo	-1.775,6	-1.946,5	-2.034,0	
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgaben des Kapitels eingesetzt werden.</p>			

Zusätzliche Erläuterungen

für den Aufgabenbereich

Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek (Kapitel 0943)

Aufgaben-Beschreibung	Die Landesbibliothek führt seit über 100 Jahren das zentrale Literaturarchiv Schleswig-Holstein, vornehmlich für Druckwerke und handschriftliche Nachlässe. Für Schleswig-Holstein erstellt die Landesbibliothek die Landesbibliographie, die neben Büchern auch Aufsätze und Kleinschrifttum erfasst. Außerdem sammelt die Landesbibliothek musikhistorische Quellen. Zur landeskundlichen Sammlung gehören eine umfassende Porträtsammlung, Ortsansichten und Ereignisbilder, dazu die wichtigste Münz- und Medalliensammlung zu Schleswig-Holstein, Notgeldstücke, Militaria aus der Erhebungszeit; zusammen sind dies über 50.000 Objekte zur Landesgeschichte.			
Maßnahmen zur Zielerreichung	Mengen	Qualitäten/ Bürgerorientierung	Wirtschaftlichkeit/ Kosten	Fachliche Zielerreichung
Inventarisierung und Erschließung	Inventarisierung und Erschließung von jährlich rd. 6.000 Druckschriften, Autographen, Notendrucken und Bilddokumenten	Erwerb, Inventarisierung, Erschließung und Bereitstellung der Medien in Verbunddatenbanken (GBV, Kalliope und digiCULT); Ausleihe, Fernleihe und Copyservice	Gesamtkosten	Magazinierung, Katalogisierung und Erschließung (Druckmedien auch in der Landes-Bibliographie)
Bestandserhaltende Maßnahmen	Sachgerechte Lagerung der Bestände; Sicherheitsverfilmung von Zeitungsbeständen; Digitalisierung von jährlich 3.000 Bilddokumenten und Restaurierung einzelner Bilddokumente		Gesamtkosten	Laufende Digitalisierung der Bilddokumente im eigenen Repro-Center und in Zusammenarbeit mit digiCULT
Bibliotheksbenutzung	Im Jahr: 250 Öffnungstage 800 aktive Benutzer Ausleihen Fernleihen 30.000 Kopien und Repro-Aufträge	Zufriedenstellung der Kunden: gut/sehr gut Benutzerkreis: Wissenschaftler und Studenten (30%) Laienforscher (50%) Landeskundlich Interessierte (20%)	Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Erlöse aus dem Repro-Service	Deckung der Benutzernachfrage und Anforderungen
Öffentlichkeitsarbeit	Jährlich 80 Veranstaltungen in den Räumen der LB: Ausstellungen, Führungen, Vorträge, Lesungen, Buchvorstellungen, Konzerte 12.000 Besucher	Besucherzahlen für Vorträge (40-160), Konzerte (40-180), Lesungen (40-100) Ausstellungen (500-12.000)	Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Erlöse aus der Öffentlichkeitsarbeit	
Beratungen für Dritte	Beratung - im Informationsdienst - bei Publikationen	Zufriedenheit der Kunden		Deckung der Nachfragen

Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitstellung der historischen und landeskundlichen Quellen für die Forschung - Nachweis der Bestände in Verbunddatenbanken (GBV, Kalliope, digiCULT) - Erschließung 			
Externe Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none"> - Bürger und Bürgerinnen - Historische und kulturelle Vereinigungen - Bildungseinrichtungen - Forschungseinrichtungen 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0943			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	Landespressegesetz vom 31. Jan. 2005 (GVOBl. Schl.-H. 2005, S 105) Benutzungsordnung der Landesbibliothek (Nachrichtenblatt 1967, Nr. 5)			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen	83,9	24,0	40,0
	Gesamtausgaben	1.193,8	1.171,4	1.181,6
	davon			
	- Personalausgaben	857,4	873,6	876,1
	- Sachausgaben	291,5	252,8	260,5
- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	0,0	0,0	0,0	
- Investitionen	44,9	45,0	45,0	
- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0	
Saldo	-1.109,9	-1.147,4	-1.141,6	
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgabendes Kapitels eingesetzt werden.</p>			

Zusätzliche Erläuterungen

für den Aufgabenbereich

Archäologisches Landesamt (Kapitel 0944)

<p>Aufgaben- beschreibung</p>	<p>Das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein (ALSH) hat als Obere Denkmalschutzbehörde die gesetzliche Aufgabe, das archäologische Erbe des Landes im Rahmen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zu erhalten und zu erforschen. Es ist hoheitlich tätig. Grundlage ist das Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmale (DSchG) und das 2003 ratifizierte „Europäische Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes“ (Konvention von Malta 1992, beinhaltet u. a. die Beteiligung des Verursachers an den Kosten).</p> <p>Der Aufgabenerfüllung dienen die zentrale Erfassung des Denkmälerbestandes (Archäologische Inventarisierung), die wissenschaftliche Erforschung (Ausgrabung), die Erhaltung (Denkmalschutz und Denkmalpflege) und die Information der Öffentlichkeit (Öffentlichkeitsarbeit).</p> <p>Das Archäologische Landesamt erteilt Auskünfte, stellt Informationen aus seinen Quellenbeständen für wissenschaftliche und heimatkundliche Forschung bereit, erstellt Zielplanungen, berät und unterstützt auch als Träger öffentlicher Belange in allen Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege die Gemeinden, Kreise und andere Behörden sowie Bürgerinnen und Bürger. Es fördert nach Maßgabe des Landeshaushaltes die Erhaltung der Kulturdenkmale.</p> <p>Zu seiner Unterstützung bildet es ehrenamtliche Helfer und Vertrauensleute für den Denkmalschutz fort und qualifiziert diese durch Schulung und Fortbildungsveranstaltungen.</p> <p>Das Archäologische Landesamt ist zuständig für die Durchführung länderübergreifender und europäischer Projekte soweit sie der Erhaltung und Inwertsetzung des archäologischen Erbes dienen wie z. B. die Anmeldung des Danewerkes und Haithabu zum Weltkulturerbe.</p>			
<p>Maßnahmen zur Zielerreichung</p>	<p>Mengen</p>	<p>Qualitäten/ Bürger- orientierung</p>	<p>Wirtschaft- lichkeit/ Kosten</p>	<p>Fachliche Zielerreichung</p>
<p>Erfassung und Erschließung</p>	<p>EDV gerechte Erschließung des Istbestandes (Denkmälerkartei mit 250.000 Blättern). Ca. 1.000 Fundneuzugänge Erschließung der Altbestände</p>	<p>Verfügbarmachung von archäologischen Daten zur Nutzung im Informationssystem des Landes Verwaltungsvereinfachung</p>	<p>Gesamtkosten</p>	<p>Vollständige Erschließung und Umsetzung des Istbestandes u. der Neuzugänge</p>
<p>Forschungsgrabungen Grabungen nach Verursacherprinzip</p>	<p>Durchführung archäologischer Ausgrabungen und Baustellenbeobachtungen (ca. 150)</p>	<p>Gewinnung neuer Forschungsergebnisse unter gleichzeitiger Sicherung des kulturellen Erbes durch wissenschaftliche Ausgrabung</p>	<p>Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Einnahmen aus den einzelnen Grabungsprojekten</p>	<p>Verfügbarmachung aktueller Forschungsergebnisse</p>
<p>Erhaltung</p>	<p>Der Erhaltung bzw. Berücksichtigung des kulturellen Erbes dienen die Beteiligung an allen Planungen (ca. 2.500) und Unterschutzstellungen (ca. 20)</p>	<p>Beratung Koordinierung Behördenabstimmung Bauleitplanung</p>	<p>Gesamtkosten</p>	<p>Wahrnehmung TöB</p>

Öffentlichkeitsarbeit	100 Vorträge u. Führungen, ca. 80 Fortbildungsveranstaltungen, ca. 200 Beratungen	Zufriedenheitsgrad der Teilnehmer bzw. der Beratenen Rechenschaft über die eigene Arbeit Qualifizierung von UDS	Gesamtkosten unter Berücksichtigung der Einnahmen aus den Einzelprojekten	Deckung des Beratungsbedarfes
Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Denkmalschutz und Denkmalpflege als europäische gesetzliche Aufgabe - Aufbereitung und Bereitstellung archäologischer Quellen für wissenschaftliche Forschung und Lehre - Förderung des Geschichtsbewusstseins durch Bildungs- und Erziehungsarbeit 			
Externe Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none"> - alle Bürgerinnen und Bürger des Landes - archäologisch, historisch und ortsgeschichtlich interessierte Vereinigungen - regionale und überregionale Forschungseinrichtungen - nationale und internationale Forschungsinstitutionen/Universitäten - öffentliche Verwaltung - Fort- und Ausbildungseinrichtungen 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0944			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmale (Denkmalschutzgesetz - DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.01.2012 (GVOBl Schl.-H. S.83) - Verfassung d. Landes Schleswig-Holstein Art. 9 Abs. 1 i. d. F. v. 27. September 1998 (GVOBl. Schl.-H. S.280) Europäisches Übereinkommen zum Schutz des arch. Erbes (Konvention von Malta von 1992) 			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen	2.010,7	17,0	807,0
	Gesamtausgaben	3.432,2	1.645,8	2.435,8
	davon			
	- Personalausgaben	2.785,1	1.345,9	2.126,4
	- Sachausgaben	579,2	253,9	265,9
- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	19,2	1,5	1,5	
- Investitionen	48,8	44,5	44,5	
- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0	
	Saldo	-1.421,6	-1.628,8	-1.631,3
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgabendes Kapitels eingesetzt werden. Die Ausgaben der HGr. 5 des Grundhaushalts sind zusätzlich einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Ausgaben der HGr. 8.</p>			

Zusätzliche Erläuterungen
für den Aufgabenbereich
Landesamt für Denkmalpflege (Kapitel 0945)

Aufgaben- beschreibung	Das Landesamt für Denkmalpflege hat den gesetzlichen Auftrag, die Kulturdenkmale des Landes Schleswig-Holstein, ausgenommen der Bereich der Hansestadt Lübeck, systematisch zu erfassen, wissenschaftlich zu erforschen, kulturhistorisch zu bewerten, sowie durch Eintragung in das Denkmalschutzbuch zu schützen. Es ist für alle Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege zuständig, ausgenommen der Bereich der archäologischen Kulturdenkmale. Das Amt sorgt im Rahmen seiner Fachaufsicht über die Unteren Denkmalschutzbehörden und durch Beratung für den Erhalt der Kulturdenkmale und für deren Dokumentation.			
Maßnahmen zur Zielerreichung	Mengen	Qualitäten/ Bürger- orientierung	Wirtschaft- lichkeit/ Kosten	Fachliche Zielerreichung
Denkmalschutz	Inventarisierung sämtlicher in Schleswig-Holstein zur Eintragung vorgesehener Kulturdenkmale gemäß § 5 DSchG	Zurzeit ca. 30 Eintragungen pro Jahr	Gesamtkosten	Unterschut- stellung sämtlicher in Schleswig- Holstein vorhandener Kulturdenkmale gemäß § 5 DSchG
Denkmalpflege	Beratung der Unteren Denkmalschutz- behörden zu Maßnahmen an Kulturdenkmalen gem.§§ 1 und 5 DSchG	Kulturdenkmale pro Kreis	Gesamtkosten	Angemessene Erhaltung aller Kulturdenkmale zur Sicherung der Kulturlandschaft in Schleswig- Holstein
Gründe der Zielumsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung der gesetzlich definierten Aufgaben - Erhalt aller Kunst- und Kulturdenkmale für die Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins als geschichtliche Quellen - Information und Beratung der Denkmaleigentümer und der Unteren Denkmalschutzbehörden, Benehmensherstellung mit den Kirchen - Veröffentlichungen über die Arbeit des Amtes, der Forschungsergebnisse sowie allgemein zur Theorie und Praxis der Denkmalpflege 			
Externe Zielgruppen	<ul style="list-style-type: none"> - Denkmaleigentümer, Bürgerinnen und Bürger, die interessierte Öffentlichkeit - in den Vollzug des Denkmalschutzgesetzes eingebundene Verwaltungen - die Bauabteilungen der Kirchen und Religionsgemeinschaften - Architekten und Ingenieure - Handwerker und Restauratoren - institutionalisierte und private Wissenschaft und Forschung im Bereich Kunst- und Kulturwissenschaft 			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0945			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandel	<ul style="list-style-type: none"> - Denkmalschutzgesetz (DSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.01.2012 (GVObI Schleswig-Holstein 2012, Seite 83) - Durchführungsvorschriften 			

Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen Gesamtausgaben	60,7 1.889,3	33,0 1.886,0	35,0 2.197,1
	davon			
	- Personalausgaben	1.017,7	994,1	1.309,1
	- Sachausgaben	280,3	151,5	167,9
	- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	40,2	42,9	42,9
	- Investitionen	551,1	697,5	677,2
	- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0
	Saldo	-1.828,6	-1.853,0	-2.162,1
Flexibilisierungsmöglichkeiten	<p>Minderausgaben bei Tit. der HGr. 5 bis 8 dürfen einer Rücklage zugeführt werden. Die Rücklage darf in den Folgejahren für Mehrausgabendes Kapitels eingesetzt werden. Die Ausgaben des Kapitels sind mit Ausnahme der Tit. der OGr. 42 und der Titelgruppe 61 gegenseitig deckungsfähig.</p>			

Zusätzliche Erläuterungen

für den Aufgabenbereich

Erwachsenenbildung (Kapitel 0946)

<p>Globale Zielbeschreibung</p>	<p>Die Bildungsstätten und Volkshochschulen sollen das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für gesellschaftliche, politische und kulturelle Zusammenhänge verbessern und dadurch die Mitsprache und Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft fördern.</p>			
<p>Maßnahmen zur Zielerreichung</p>	<p>Mengen</p>	<p>Qualitätskennzahl/ - Indikator -</p>	<p>Wirtschaftlichkeit/ Kosten</p>	<p>fachliche Zielerreichung</p>
<p>Bildungsangebote für Bürgerinnen und Bürger</p>	<ul style="list-style-type: none"> • 5 Bildungsstätten • 73.650 Teilnehmer (TN) pro Jahr • 2.100 Veranstaltungen pro Jahr • 141 Volkshochschulen • 2 Kreis-Volkshochschulen • 722.000 Unterrichtsstunden • 405.500 Teilnehmer • 5 parteinahe Einrichtungen • 19.700 TN pro Jahr • 550 Veranstaltungen pro Jahr • 2 politische Jugendverbände • 2.500 TN pro Jahr • 65 Veranstaltungen pro Jahr 	<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl der Eigenkooperations- und Fremdveranstaltungen • Auslastungsgrad • Teilnehmer • Teilnehmertage • Belegungen • Unterrichtsstunden • Anzahl der Veranstaltungen • Teilnehmer 	<p>Der Träger finanziert mindestens 60 v.H. der zuzwendungsfähigen Gesamtkosten</p> <p>Mitfinanzierung des Landesverbandes der VHSen, der Unterrichtsstunden und des hauptamtlichen Personals der VHSen, Mittel zur Erlangung von Schulabschlüssen sowie für die LAG Arbeit und Leben</p> <p>Mitfinanzierung der politischen Bildungsarbeit</p>	<p>Ziele sind die Auslastung und die Verstetigung der Angebote, Qualitätssicherung und Nachfrageorientierung der Angebote sowie die Erhaltung eines hohen Maßes an Eigenwirtschaftlichkeit der Bildungsstätten durch unternehmerisches und wirtschaftlich erfolgreiches Handeln. Qualitätssicherung und Nachfrageorientierung der Angebote, Schaffung und Erhaltung von Infrastruktur</p>
<p>Alphabetisierung für deutschsprachige Erwachsene</p>	<p>536 Lernende an 34 Standorten 551 Beratungsgespräche f. Teilnehmende 654 Beratungen für 150 Multiplikatoren u. Kursleitende</p>			

Gründe der Zielumsetzung	Gemäß der Landesverfassung gehört die Erwachsenenbildung zu den Aufgaben des Landes. Durch die Arbeit der Bildungsstätten, des Landesverbandes der Volkshochschulen und der Volkshochschulen sowie der parteinahen Bildungseinrichtungen für Erwachsene und die politischen Jugendverbände wird diese Aufgabe gewährleistet.			
Externe Zielgruppen	Bürgerinnen und Bürger			
Position im Landeshaushalt	Einzelplan 09 Kapitel 0946			
Formelle Grundlage für das Verwaltungshandeln	<ul style="list-style-type: none"> - Freiwillige Leistung des Landes - Richtlinie für die Förderung von Bildungsstätten der allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung vom 5. Februar 2013 (Amtsbl. Schl.-H. 2013 S. 121) - Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Volkshochschulen in Schleswig-Holstein <ul style="list-style-type: none"> - zur Leistung von Unterrichtsstunden und - zur Struktur- und Entwicklungsförderung durch Personalkostenzuschüsse (FördVHS SH) vom 18. Januar 2012 (Amtsbl. Schl.-H. 2012 S. 110) - Europäischer Sozialfonds - Komplementärmittel 			
Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen	Kamerales Globalbudget in Einnahmen und Ausgaben je Hauptgruppe	Ist 2012 in T€	Soll 2013 in T€	Soll 2014 in T€
	Gesamteinnahmen	0,0	0,0	0,0
	Gesamtausgaben	3.519,7	3.530,2	3.997,9
	davon			
	- Personalausgaben	0,0	0,0	0,0
	- Sachausgaben	0,0	0,0	0,0
	- Zuwendungen mit Ausnahme von Investitionen	3.519,7	3.530,2	3.597,9
- Investitionen	0,0	0,0	400,0	
- Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0	0,0	
Saldo	-3.519,7	-3.530,2	-3.997,9	
Flexibilisierungsmöglichkeiten	Übertragbarkeit der Mittel für Bildungsstätten und Volkshochschulen			

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa						
EVAS	Statistik	Rechtsgrundlage	2009 T€	2010 T€	2011 T€	Periodizität
Kultur			2,8	3,9	5,6	
21611	Kulturstatistik					
Insolvenzen, Jahresabschlüsse			105,7	81,4	88,2	
52411	Statistik über beantragte Insolvenzverfahren	Gerichtsverfassungsgesetz				monatlich
52431	Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung	Gerichtsverfassungsgesetz				jährlich
Justizgeschäftsstatistiken			154,9	125,9	108,1	
24211	Statistik bei den Staats- und Anwaltschaften (StA-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
24221	Statistik über Straf- und Bußgeldverfahren (StP/OWi-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
24231	Statistik über Zivilsachen (ZP-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
24241	Statistik über Familiensachen (F-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
24251	Statistik in der Verwaltungsgerichtsbarkeit (VwG-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				vierteljährlich
24261	Statistik in der Finanzgerichtsbarkeit (FG-Statistik)	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				vierteljährlich
Strafverfolgung und -vollzug			66,1	43,3	36,0	
24311	Strafverfolgungsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
24321	Anteil Strafvollzugvollzugsstatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
Bewährungshilfe			6,7	19,6	10,7	
24411	Bewährungshilfestatistik	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich
Arbeits- und Sozialgerichte			27,7	36,2	24,8	
24271	Sozialgerichtsbarkeit	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich, halbjährlich, vierteljährlich
24281	Arbeitsgerichtsbarkeit	Anordnungen der Länder, Koordinierungsvereinbarung zur Erstellung bundeseinheitlicher Ergebnisse				jährlich, halbjährlich, vierteljährlich
Summen			364,0	310,4	273,4	

Stellenplan

Stellenübersichten

	Seite
Kap. 09 01 Ministerium	166
Kap. 09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	169
Kap. 09 03 Justizvollzugsanstalten	176
Kap. 09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	180
Kap. 09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	183
Kap. 09 06 Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	185
Kap. 09 08 Staatsanwaltschaften	186
Kap. 09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	189
Kap. 09 42 Landesarchiv	191
Kap. 09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek	193
Kap. 09 44 Archäologisches Landesamt	195
Kap. 09 45 Landesamt für Denkmalpflege	197
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	200
Hebungen 2014	202
Umwandlungen 2014	203
Übertragungen 2014	204
kw-Vermerke	205
ku-Vermerke	207
Neue Stellen 2014	210
Einsparungen 2014	211

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
		2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
B9	Staatssekretäre/-innen	1	1		
B7	Ministerialdirigenten/-innen	1	1		
B5	Ministerialdirigenten/-innen	4	4		1
B2	Ministerialräte/-innen	6	6		3
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
A16	Ministerialräte/-innen	12	12		2
A15	Regierungsdirektoren/-innen	18	18		2
A14	Oberregierungsräte/-innen	2	2		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	5	5		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	10	10		
A12	Amtsräte/-innen	18	18		1
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	8	8		4
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	4	3		1
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	2	0		2
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	10	10 ¹⁾		1
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	4	4		3
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	2	2		1
A6 LG 1.2	Regierungssekretäre/-innen	1	1		1
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	1	1		1
Summe :		109	106	0	23

1) 5 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO ausgestattet (1 Amtszulage von 0701-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung).

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A15 mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten einschließlich Versorgungszuschlag und Nebenkosten, spätestens mit Ausscheiden des Stelleninhabers -Freilichtmuseum Molfsee- (von 0701-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung) (aus HH 2001)

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle B7 in B5 Änderung Landesbesoldungsordnung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012 (1 ku-Vermerk umgesetzt nach 0401-422 01; § 50 LHO, wegen Änderung der Geschäftsverteilung) (aus HH 2011/2012)

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 13 LG 2.2 und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1, Planstellen der BesGr. A 15 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 2 besetzt werden, und zwar bis zu insgesamt 8 Planstellen. (aus HH 1992)

1 Stelle A15 (Museumsdirektor) darf nur in Anspruch genommen werden, wenn die Personalkosten einschließlich Versorgungszuschlag und Nebenkosten erstattet werden (von 0701-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung) (aus HH 2013)

09 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	A13 LG 2.1	darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei 0701-422 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)	(aus HH 2013)
1 Stelle	A12	darf nur mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (die übrigen 50 % dürfen von Titel 0301-422 01 in Anspruch genommen werden; Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)	(aus HH 2013)
1 Stelle	A11	darf mit 60 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei 0701-422 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)	(aus HH 2013)
1 Stelle	A7	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aufgrund Änderung der Geschäftsverteilung im Jahr 2000)	(aus HH 2001)

Nachrichtlich:

Freistellung mit Dienstbezügen

- die Planstellen sind im Stellenplan enthalten -

(von 0701-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)

			2013	2014	
1.	für das Schleswig-Holsteinsiche Freilichtmuseum e.V. Molfsee				
	A 15	Museumsdirektoren/-innen	1	1	
	<i>Summe zu 1.</i>		1	1	
2.	für den Büchereiverein Schleswig-Holstein e.V.				
	2.1	A 16 Leitende Bibliotheksdirektoren/-innen	1	1	
	2.2	A 15 Bibliotheksdirektoren/-innen	1	1	
	<i>Summe zu 2.</i>		2	2	
Zusammen			3	3	

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A10		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
2	A9 LG 2.1		2									-2	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
Summe:			3									-3	

Stellenanzahl

2013 2014

428 01

Entgeltgruppe

AT B2	1	1
E15 Ü	6	6
E15	6	6
E14	0	0
E13	1	1
E12	5	5
E11	9	9
E10	3	3
E9	11	11
E8	6	8
E6	7	7
E5	8	4
Summe :	63	61

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Vermerke:

- 1 Stelle E14 darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei Titel 0701-428 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung) (aus HH 2013)
- 1 Stelle E11 darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitskraft besetzt werden - von 0301-428 01 (aus HH 2006)
- 1 Stelle E10 darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei Titel 0701-428 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung) (aus HH 2013)
- 6 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)
- 1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2003)
- 1 Stelle E6 darf nur mit 35% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (aus HH 2006)
- 1 Stelle E6 darf mit 50 % der regelmäßigen Arbeitszeit zusätzlich bei Titel 1301-428 01 in Anspruch genommen werden (Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung) (aus HH 2013)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E8							2				+2	von E6 (Umsetzung Beförderungspaket)
2	E6							2				0	von E5 (Umsetzung Beförderungspaket)
3									2				nach E8 (Umsetzung Beförderungspaket)
4	E5		2									-4	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
5									2				nach E6 (Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:			2					4	4			-2	

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
	2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
R8 Präsident/-in des Oberlandes- gerichts	1	1		
R5 Präsident/-in des Landgerichts	3	3		
R4 Präsident/-in des Landgerichts	1	1		
R4 Vizepräsident/-in des Oberlandes- gerichts	1	1		
R3 Präsident/-in des Amtsgerichts	2	2		
R3 Vizepräsident/-in des Landgerichts	3	3		
R3 Vorsitzender Richter/-in am Ober- landesgericht	16	16		
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
R2 Vizepräsident/-in des Amts- gerichts	2	2 ²⁾		
R2 Vizepräsident/-in des Landgerichts	1	1 ³⁾		
R2 Vorsitzende Richter/-innen am Landgericht	59	60		
R2 Direktoren/-innen des Amts- gerichts	20	20 ¹⁾		
R2 Richter/-innen am Amtsgericht	29	30		
R2 Richter/-in am Oberlandesgericht	40	38		
R1 Direktoren/-innen des Amts- gerichts	1	1 ⁴⁾		
R1 Richter/-innen am Amtsgericht, Richter/-innen am Landgericht	351	351		
A15 Regierungsdirektoren/-innen	1	1		
A14 Oberregierungsräte/-innen	6	6		
A13 LG Justizoberamtsräte/-innen 2.1	24	25 ⁷⁾		
A13 LG Justizoberamtsräte/-innen 2.1 (Sozialdienst)	1	0		
A12 Justizamtsräte/-innen	102	101		
A12 Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)	13	14		
A11 Sozialamtmänner/-frauen	21	21		
A11 Justizamtfrauen/-männer	154	154		
A10 Justizoberinspektoren/-innen	115	115		
A10 Sozialoberinspektoren/-innen	37	37		28
A9 LG 2.1 Justizinspektoren/-innen	45	45		1
A9 LG 1.2 Justizamtsinspektoren/-innen	159	159 ⁵⁾		3
A9 LG 1.2 Obergerichtsvollzieher/-innen	107	107 ⁶⁾		
A8 Gerichtsvollzieher/-innen	48	48		
A8 Justizhauptsekretäre/-innen	128	140		15
A7 Justizobersekretäre/-innen	127	116		20
A6 LG 1.2 Justizsekretäre/-innen	55	55		17
A6 LG 1.1 Erste Justizhauptwachtmeister/- innen	148	147 ⁸⁾		13
Summe :	1.821	1.821	0	97

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 1) 18 (Vorjahr: 17) Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 2 SHBesO ausgestattet.
- 2) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 4 zu BesGr. R 2 SHBesO ausgestattet.
- 3) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 2 SHBesO ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. R 1 SHBesO ausgestattet.
- 5) 43 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO ausgestattet.
- 6) 32 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO ausgestattet.
- 7) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 14 zu BesGr.A 13 SHBesO ausgestattet.
- 8) 35 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesO ausgestattet.

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. E 11 besetzt werden. (aus HH 1979)

Bis zu 6 Planstellen der BesGr. R 2 für Vorsitzende Richterinnen, Vorsitzende Richter am Landgericht und Richterinnen, Richter am Oberlandesgericht können auch mit Richterinnen, Richtern am Amtsgericht besetzt werden, soweit die Aufgabenverlagerung des Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege vom 11. Januar 1993 (BGBl. I S. 50) dies im Rahmen der ab 1. Januar 1994 geltenden Fassung der Fußnote 1 zu BesGr. R 2 rechtfertigt (aus HH 1994)

5 Richterinnen und Richter am Oberlandesgericht werden als Professorinnen und Professoren auf Planstellen der CAU geführt. (aus HH 1998)

1 Stelle A9 LG darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
2.1

1 Stelle A7 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	R2					1						+1	von R2 -Richter/-in am Oberlandesgericht-
2	R2					1						+1	von R2 -Richter/-in am Oberlandesgericht-
3	R2						1					-2	nach R2 -Vorsitzende Richter/-innen am Landgericht- (LG Itzehoe, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
4							1						nach R2 -Richter/-innen am Amtsgericht (stv.Dir.)- (AG Ratzeburg, Gesetzl. Grundlage, Fußnote 2 zur BesGr. R2 SHBesO)
5	A13 LG 2.1					1						+1	von A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen (Sozialdienst)-
6	A13 LG 2.1						1					-1	nach A13 LG 2.1 -Justizoberamtsräte/-innen- (OLG, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
7	A12						1					-1	nach A12 -Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)- (Bewährungshilfe, Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf)
8	A12					1						+1	von A12 -Justizamtsräte/-innen-
9	A10				2							0	nach 0908 - 422 01 -Staatsanwaltschaften- (Stärkung der Gerichtshilfe wg. Jugend-TOA)
10						2							von Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- (zur Übertragung nach 0908 - 422 01)
11	A8							12				+12	von A7 -Justizobersekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
12	A7							1				-11	von A 6 LG 1.1 -Erste Justizhauptwachmeister/-innen-
13										12			nach A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
14	A6 LG 1.1									1		-1	nach A7 -Justizobersekretäre/-innen- (Leiter/-in Mobile Einsatzgruppe als Sicherheitsberater/-in für den Gesamtbereich Justiz)
Summe:					2	6	4	13	13			0	

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.05.2017	(aus HH 1994)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.09.2014	(aus HH 1994)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 28.02.2023	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.04.2020	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.10.2019	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.06.2020	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.01.2016	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.07.2021	(aus HH 1995)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.07.2021	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.12.2016	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.11.2023	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.08.2018	(aus HH 1995)
1 Stelle	A9 LG 1.2	in A8	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.03.2016	(aus HH 1995)
1 Stelle	A8	in A7	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.11.2015	(aus HH 1995)
1 Stelle	A8	in A7	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.11.2028	(aus HH 1995)
1 Stelle	A8	in A7	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.08.2028	(aus HH 1995)
1 Stelle	A8	in A7	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.10.2028	(aus HH 1995)
1 Stelle	A8	in A7	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.08.2027	(aus HH 1995)
1 Stelle	A7 1.1	in A6 LG 1.1	mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am 30.09.2023	(aus HH 2003)

Stellenanzahl
2013 2014

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes. Gruppe

Anw. LG	Referendare/-innen	4	0
2.2			
Anw. LG	Rechtspflegeanwärter/-innen	66	66
2.1			
Anw. LG	Justizsekretäranwärter/-innen	31	31
1.2			
Anw. LG	Justizoberwachtmeisteranwärterin/-innen	6	6
1.1			
Summe :		107	103

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.2		4									-4	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
Summe:			4									-4	

		Stellenanzahl	
		2013	2014
427 05	<i>Entgeltgruppe</i>		
	Praktikant	2	2
	Summe :	2	2

		Stellenanzahl	
		2013	2014
428 01	<i>Entgeltgruppe</i>		
	E11	6	6
	E10	5	5
	E9	168	175
	E8	272	272
	E6	214	207
	E4	44	44
	E3	10	10
	E2	4	4
	Cheffahrer	1	1
	PKW-Fahrer	4	4
	Summe :	728	728

Stellen künftig wegfallend:

- 3 Stellen E6 (Vermittlungspersonal) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber (aus HH 2000)
- 2 Stellen E4 (Vermittlungspersonal) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber (aus HH 2000)

Vermerke:

- 1 Stelle E10 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04) (aus HH 2002)
- 150 Stellen E9 (Vorjahr: 143) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)
- 4 Stellen E8 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
- 3 Stellen E6 dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
- 1 Stelle E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04) (aus HH 2002)

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
3 Stellen	E6	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E6	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E4	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2001)
1 Stelle	E4	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
1 Stelle	E4	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2003)
1 Stelle	E3	darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus Epl. 04)	(aus HH 2002)
2 Stellen	E2	dürfen nur zu 85% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden	(aus HH 2007/2008)
2 Stellen	E2	dürfen nur zu 65% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden.	(aus HH 2007/2008)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E9							4				+7	von E6
2								3					von E8
3	E8							3				0	von E6
4									3				nach E9 (Inkrafttreten Entgeltordnung zum TV-L zum 1. Jan. 2012 i.V.m. Änderungsarbeitsvertrag Nr. 5 vom 23. August 2012 -Eingruppierungsmerkmale Informationstechnik-)
5	E6								3			-7	nach E8 (Reorganisation Verwaltung OLG)
6									4				nach E9 (forumSTAR)
Summe:								10	10			0	

geänderte Vermerke

Vermerke:

150 Stellen	E9	(Vorjahr: 143) dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6).	(aus HH 2013)
-------------	----	--	---------------

Stellenanzahl

2013 2014

428 03

Bedarf an Auszubildenden

Entgeltgruppe

Auszub.

55 55

Summe :

55 55

09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2013	2014
428 04			
<i>Bes.Gruppe</i>			
Anw. LG 2.2	Referendare/-innen	859	823
Summe :		859	823

Vermerke:

Pro Einstellungstermin gem. § 3 Kapazitätsverordnung des juristischen Vorbereitungsdienstes dürfen am 1.2., 1.6. und 1.10. eines Jahres jeweils bis zu 70, am 1.4., 1.8 und 1.12. eines Jahres bis zu 64 Anwärterinnen und Anwärter LG 2.2 in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis eingestellt werden (ursprünglich aus HH 2001 - 0902-425 04). (aus HH 2009/2010)

Planstellen gesperrt:

5 Stellen Anw. LG 2.2 dürfen in den Haushaltsjahren 2014, 2015 und 2016 nicht besetzt werden (Deckung für § 13 Abs. 5 HG 2014). (aus HH 2014)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Anw. LG 2.2		9									-36	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
2			25										zur Ausbringung neuer Stellen in den Kap. 0942 (Landesarchiv) und 0944 (Archäologisches Landesamt)
3							2						nach Tit. 422 01 -A 10 / Sozialoberinspektoren/-innen- (zur Übertragung nach 0908 - 422 01, Stärkung der Gerichtshilfe wg. Jugend-TOA)
Summe:			34				2					-36	

neue Vermerke:

Planstellen gesperrt:

5 Stellen Anw. LG 2.2 dürfen in den Haushaltsjahren 2014, 2015 und 2016 nicht besetzt werden (Deckung für § 13 Abs. 5 HG 2014). (aus HH 2014)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
		2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
A16	Leitende Regierungsdirektoren/-innen	3	3		
A15	Regierungsdirektoren/-innen	4	4		1
A15	Regierungsmedizinardirektoren/-innen	3	3		1
A14	Oberregierungsräte/-innen	10	10		5
A14	Anstaltspfarrer/-innen	2	2		
A14	Rektoren/-innen im Justizvollzugsdienst	1	1		
A14	Leiter/-in Frauenvollzug	1	1		
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	8	8		4
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	7	7		
A13 LG 2.1	Oberlehrer/-innen im Justizvollzugsdienst	7	7		2
A12	Justizamtsräte/-innen	10	10		
A11	Sozialamt männer/-frauen	11	11		
A11	Justizamtfrauen/-männer	14	14		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	23	23		5
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	17	17		10
A9 LG 2.1	Verwaltungsinspektoren/-innen	2	2		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	227	266 ¹⁾		
A9 LG 1.2	Justizbetriebsinspektoren/-innen	9	10 ²⁾		
A8	Hauptwerkmeister/-innen	9	8		1
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	243	204		
A7	Justizobersekretäre/-innen	209	217		13
A7	Oberwerkmeister/-innen	5	5		3
A6 LG 1.2	Justizsekretäre/-innen	3	3		3
Summe :		828	836	0	48

- 1) 25 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO ausgestattet.
- 2) 3 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A11		gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2013)
1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2015	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012-	(aus HH 2013)
1 Stelle	A9 LG 2.1	am 31.07.2014	künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012-	(aus HH 2013)
1 Stelle	A9 LG 1.2		gem. § 12 b Nr.1 HG 2006 für freigestellte Personalratsmitglieder	(aus HH 2009/2010)
8 Stellen	A7	am 31.12.2016	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) Einsparung wegen Baufortschritt in der Justizvollzugsanstalt Neumünster zum genannten Zeitpunkt möglich	(aus HH 2014)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Vermerke:

- Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. E 10 besetzt werden. (aus HH 1980)
- Planstellen der BesGr. A 13 LG 2.2 und A 14 dürfen mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der BesGr. R 1 besetzt werden, und zwar bis zu 2 Planstellen (aus HH 1987)
- Planstellen der Laufbahnen des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes und des gehobenen Sozialdienstes dürfen unter Beachtung der Laufbahnstärken wechselseitig genutzt werden. (aus HH 2004/2005)
- Planstellen der Laufbahnen des Allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes dürfen unter der Beachtung der Laufbahnstärken wechselseitig genutzt werden. (aus HH 2004/2005)
- Auf den Planstellen der Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes dürfen auch Mitarbeiter/-innen mit der Befähigung für die Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes in ein Beamtenverhältnis in der Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes berufen und/ oder als Beamte geführt werden. (aus HH 2009/2010)
- Auf den Planstellen der Laufbahn des mittleren Verwaltungsdienstes bei Justizvollzugsanstalten dürfen Mitarbeiter/-innen mit der Befähigung für die Laufbahn des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes in ein Beamtenverhältnis in der Laufbahn des mittleren allgemeinen Verwaltungsdienstes berufen und/ oder als Beamte geführt werden. (aus HH 2009/2010)
- 9 Stellen A10 Planstellen der Bes.Gr. A 10 (Justizoberinspektor/-innen) dürfen nur mit der Leiterin/ dem Leiter des Allgemeinen Vollzugsdienstes bei den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster, Lübeck, Flensburg und Itzehoe sowie bei der Jugendanstalt Schleswig und mit der Leiterin/ dem Leiter des Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten Kiel, Neumünster und Lübeck besetzt werden. (aus HH 2009/2010)
- 1 Stelle A7 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A9 LG 1.2							39				+39	von A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
2	A9 LG 1.2							1				+1	von A8 -Hauptwerkmeister/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
3	A8									1		-1	nach A9 LG 1.2 -Justizbetriebsinspektoren/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
4	A8									39		-39	nach A9 LG 1.2 -Justizamtsinspektoren/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
5	A7						8					+8	von Tit. 422 03 -Anw. LG 1.2 -Justizobersekretär/anwärter/-innen-
Summe:							8		40	40		+8	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 8 Stellen A7 am 31.12.2016 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) (aus HH 2014)
Einsparung wegen Baufortschritt in der Justizvollzugsanstalt Neumünster zum genannten Zeitpunkt möglich

Stellenanzahl
2013 2014

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG Justizinspektor/anwärter/-innen
2.1

4 4

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Anw. LG 1.2	Justizobersekretärwärter/-innen	61	50
Summe :		65	54

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1 2	Anw. LG 1.2		3				8					-11	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) nach Tit. 422 01 -A 7- Justizobersekretäre/-innen- (JVA Lübeck, wg. Neuausrichtung Sicherungsverwahrung)
Summe:			3				8					-11	

Stellenanzahl
2013 2014

427 05

Entgeltgruppe

Praktikant	2	2
Summe :	2	2

Stellenanzahl
2013 2014

428 01

Entgeltgruppe

E12	1	1
E10	3	3
E9	4	4
E8	33	33
E7	3	3
E6	10	9
E5	4	4
E4	2	2
KR 7a	1	1
Summe :	61	60

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E8	am 30.06.2014	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	(aus HH 2014)
1 Stelle	E6		mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 01.09.2014	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E5		mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 01.07.2029	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	E5	am 30.09.2014	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	(aus HH 2014)

09 03 Justizvollzugsanstalten

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E6		1									-1	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
Summe:			1									-1	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle E8 am 30.06.2014 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) (aus HH 2014)
- 1 Stelle E5 am 30.09.2014 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt) (aus HH 2014)

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

422 01

Bedarf an Beamtinnen und Beamten

FESTE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

Oberverwaltungsgericht

		Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
		2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
R6	Präsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	1	1		
R3	Vizepräsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	0	1 ⁴⁾		
R3	Vorsitzender Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	3	2		

Summe [Oberverwaltungsgericht]: 4 4 0 0

Verwaltungsgericht

R4	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts	1	0		
R3	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts	0	1		

Summe [Verwaltungsgericht]: 1 1 0 0

AUFSTIEGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

Oberverwaltungsgericht

R2	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	9	9		
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1		
A12	Justizamtsräte/-innen	1	1		
A11	Justizbibliotheksamtfrau/-amtmann	1	1		
A11	Justizamtfrauen/-männer	1	1		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	2	2		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	4	4 ²⁾		
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	4	4		
A7	Justizobersekretäre/-innen	1	1		
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	7	7 ³⁾		

Summe [Oberverwaltungsgericht]: 31 31 0 0

Verwaltungsgericht

R2	Vorsitzender Richter/-in am Verwaltungsgericht	10	10		
R2	Vizepräsident/-in des Verwaltungsgerichts	1	1 ¹⁾		
R1	Richter/-innen	23	23		

Summe [Verwaltungsgericht]: 34 34 0 0

Summe : 70 70 0 0

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 2 SHBesO ausgestattet.
- 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO ausgestattet.
- 3) 1 Stelle ist mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesO ausgestattet.

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO ausgestattet.

Vermerke:

Die Planstellen und Stellen der gemeinsamen Verwaltung der Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtsbarkeit sind sämtlich beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht veranschlagt. (aus HH 2014)

3 Richterinnen, Richter am Oberverwaltungsgericht - BesGr. R 2 - werden als Professorinnen, Professor auf einer Planstelle der CAU geführt. (aus HH 1991)

1 Richterin, Richter am Verwaltungsgericht - BesGr. R 1 - wird als Professorin, Professor auf einer Planstelle der CAU geführt. (aus HH 1983)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Oberverwaltungsgericht													
1	R3					1						+1	von R3 -Vorsitzender Richter/-in am Oberverwaltungsgericht-
2	R3						1					-1	nach R3 -Vizepräsident/-in des Oberverwaltungsgerichts- (Gesetzl. Grundlage, Fußnote 3 zu BesGr. R3 SHBesO)
Verwaltungsgericht													
3	R4										1	-1	nach R3 -Präsident/-in des Verwaltungsgerichts- (Anpassung des SHBesG an tatsächliche Situation -Anzahl der Richterplanstellen geringer als 41-)
4	R3									1		+1	von R4 -Präsident/-in des Verwaltungsgerichts-
Summe:						1	1			1	1	0	

neue Vermerke:

Vermerke:

Die Planstellen und Stellen der gemeinsamen Verwaltung der Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtsbarkeit sind sämtlich beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht veranschlagt. (aus HH 2014)

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes.Gruppe

Anw. LG Justizoberwachmeisteranwärterin/-innen
1.1

Summe :

Stellenanzahl
2013 2014

1 1

1 1

428 01

Entgeltgruppe

Oberverwaltungsgericht

E11

E9

E8

Stellenanzahl
2013 2014

2 2

6 6

9 9

09 04 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E6	20	20
E4	1	1
Summe [Oberverwaltungsgericht]:	38	38
Summe :	38	38

Vermerke:

- Die Planstellen und Stellen der gemeinsamen Verwaltung der Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtsbarkeit sind sämtlich beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht veranschlagt. (aus HH 2014)
- 2 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6). (Oberverwaltungsgericht) (aus HH 2013)
- 3 Stellen E6 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (Oberverwaltungsgericht) (aus HH 2001)

neue Vermerke:

Vermerke:

- Die Planstellen und Stellen der gemeinsamen Verwaltung der Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtsbarkeit sind sämtlich beim Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht veranschlagt. (aus HH 2014)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen
--

		Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
		2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
Landessozialgericht					
R6	Präsident/-in des Landessozialgerichts	1	1		
R3	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts	1	1		1)
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landessozialgericht	3	3		
Summe [Landessozialgericht]:		5	5	0	0
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
Landessozialgericht					
R2	Richter/-in am Landessozialgericht	12	12		
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	2	2		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1		2)
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	1	1		
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	2	2		5)
Summe [Landessozialgericht]:		19	19	0	0
Sozialgerichte					
R2	Direktoren/-innen eines Sozialgerichts	4	4		3)
R2	Richter/-innen am Sozialgericht	5	5		
R1	Richter/-innen am Sozialgericht	45	45		
A12	Justizamtsräte/-innen	2	3		
A11	Justizamtfrauen/-männer	3	2		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	3	3		
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	1	1		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	3	3		4)
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	4	4		1
A7	Justizobersekretäre/-innen	2	4		
A6 LG 1.2	Justizsekretäre/-innen	2	0		
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachmeister/-innen	3	3		
Summe [Sozialgerichte]:		77	77	0	1
Summe :		101	101	0	1

- 1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO ausgestattet.
- 2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO ausgestattet.
- 3) 4 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 2 SHBesO ausgestattet.
- 4) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. A 9 SHBesO ausgestattet.
- 5) 2 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesO ausgestattet.

09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Planstellen künftig wegfallend:

9 Stellen R1 am 31.12.2018 Hinausschieben der kw-Vermerke vom 31.12.2014 auf den 31.12.2018 (aus HH 2009/2010)
aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation. (Sozialgerichte)

Vermerke:

1 Richterin, Richter am Landessozialgericht - BesGr. R 2 - wird als Professorin, Professor auf einer Planstelle der CAU geführt. (aus HH 1984)

1 Stelle R1 darf mit 50% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (Sozialgerichte) (aus HH 2007/2008)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen	
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Sozialgerichte														
1	A12							1				+1	von A 11 -Justizamtfrauen/-männer-	
2	A11								1			-1	nach A12 -Justizamtsräte/-innen- (SG	
3	A7							2				+2	von A 6 LG 1.2 -Justizsekretäre/-innen-	
4	A6 LG 1.2									2		-2	nach A7 -Justizobersekretäre/-innen- (Anpas-	
Summe:													0	

Stellenanzahl

2013	2014
------	------

428 01

Entgeltgruppe

Landessozialgericht

E12	1	1
E9	1	1
E8	2	2
E6	11	11
PKW-Fahrer	1	1

Summe [Landessozialgericht]: 16 16

Sozialgerichte

E8	3	3
E6	53	53
E3	4	4

Summe [Sozialgerichte]: 60 60

Summe : 76 76

Stellen künftig wegfallend:

9 Stellen E6 am 31.12.2018 Hinausschieben der kw-Vermerke vom 31.12.2014 auf den 31.12.2018 (aus HH 2009/2010)
aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssituation. (Sozialgerichte)

Vermerke:

1 Stelle E6 darf nur mit 50% der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden (Sozialgerichte) (aus HH 2007/2008)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
	2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
R5 Präsident/-in des Finanzgerichts	1	1		
R3 Vizepräsident/-in des Finanzgerichts	1	1		
R3 Vorsitzender Richter/-in am Finanzgericht	3	3		
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
R2 Richter/-in am Finanzgericht	10	10		
R1 Richter/-in am Finanzgericht	1	1		
A13 LG 2.1 Justizoberamtsräte/-innen	1	1		
A12 Justizamtsräte/-innen	1	1		
A11 Justizamtsfrauen/-männer	1	1		
A9 LG 1.2 Justizamtsinspektoren/-innen	1	1		
A8 Justizhauptsekretäre/-innen	1	1		1
A7 Justizobersekretäre/-innen	1	1		1
Summe :	22	22	0	2

Vermerke:

1 Richterin, Richter am Finanzgericht - BesGr. R 2 - wird als Professorin, Professor auf einer Planstelle der CAU (aus HH 1984) geführt.

	Stellenanzahl	
	2013	2014
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E9	1	1
E6	4	4
E5	2	2
Summe :	7	7

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
		2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
R6	Generalstaatsanwalt/Generalstaatsanwältin	1	1		
R4	Leitende Oberstaatsanwälte/-innen	2	2		
R3	Leitende Oberstaatsanwälte/-innen	4	4	6)	
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
R2	Oberstaatsanwälte/-innen	31	31	1)	
R1	Staatsanwälte/-innen	139	139	2)	
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1		
A14	Oberregierungsräte/-innen	2	2		
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	4	4		
A13 LG 2.1	Oberamtsanwälte/-innen	29	29	4)	
A12	Amtsanwälte/-innen	19	20		
A12	Justizamtsräte/-innen	13	13		
A12	Justizamtsräte/-innen (Sozialdienst)	2	2		
A11	Sozialamt Männer/-frauen	6	6		
A11	Justizamtfrauen/-männer	20	20		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	15	15		
A10	Sozialoberinspektoren/-innen	7	9		6
A9 LG 2.1	Justizinspektoren/-innen	7	6		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	46	46	3)	2
A8	Justizhauptsekretäre/-innen	32	40		4
A7	Justizobersekretäre/-innen	42	34		11
A6 LG 1.2	Justizsekretäre/-innen	14	10		5
A6 LG 1.1	Erste Justizhauptwachtmeister/-innen	29	29	5)	6
Summe :		465	463	0	34

- 1) 4 Stellen mit einer Amtszulage gem. Fußnote 6 zu BesGr. R2 SHBesO ausgestattet.
- 2) 12 (Vorjahr: 8) Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 2 zu BesGr R1 SHBesO ausgestattet.
- 3) 11 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr A 9 SHBesO ausgestattet.
- 4) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 12 zu BesGr. A 13 SHBesO ausgestattet.
- 5) 6 Stellen sind mit einer Stellenzulage gem. § 54 SHBesO ausgestattet.
- 6) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 5 zu BesGr. R 3 SHBesO ausgestattet.

Vermerke:

Planstellen der BesGr. A 10 für Sozialoberinspektorinnen, Sozialoberinspektoren dürfen mit graduierten Angestellten bis zu Entg.Gr. 10 besetzt werden.

(aus HH 1979)

09 08 Staatsanwaltschaften

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A12					1						+1	von A 9 LG 2.1 -Justizinspektoren/-innen- von 0902 - 422 01 -Ordentliche Gerichtsbarkeit- (im Wege der Übertragung umgewandelter Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen-) -1 nach A12 -Amtsanwälte/-innen- (Anpassung an den tatsächlichen Stellenbedarf, Umwandlung in das Eingangsamts im Amtsanwaltsdienst) +8 von A7 -Justizobersekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket) -8 nach A8 -Justizhauptsekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket) -4 10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)
2	A10			2								+2	
3	A9 LG 2.1						1					-1	
4	A8							8				+8	
5	A7								8			-8	
6	A6 LG 1.2		4									-4	
Summe:			4	2		1	1	8	8			-2	

weggefallene Vermerke:

Planstellen künftig umzuwandeln:

- 1 Stelle A9 LG 1.2 in A8 mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am 31.07.2021 (aus HH 1995)
- 1 Stelle A9 LG 1.2 in A8 mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am 30.09.2016 (aus HH 1995)
- 1 Stelle A8 in A7 mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am 30.06.2023 (aus HH 1995)

Stellenanzahl
2013 2014

422 03

Bedarf an Beamten/-innen im Vorbereitungsdienst

Bes. Gruppe

Anw. LG 1.1 Justizoberwachmeisteranwärterin/-innen 2 2

Summe : 2 2

Stellenanzahl
2013 2014

427 05

Entgeltgruppe

Praktikant 1 1

Summe : 1 1

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
		2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesarbeitsgericht					
R6	Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1		
R3	Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1 ¹⁾		
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landesarbeitsgericht	4	4		
Summe [Landesarbeitsgericht]:		6	6	0	0
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes. Gruppe</i>					
Landesarbeitsgericht					
A14	Oberregierungsräte/-innen	1	1		
A13 LG 2.1	Justizoberamtsräte/-innen	1	1		
A11	Justizamtfrauen/-männer	1	1		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	1	1		
Summe [Landesarbeitsgericht]:		4	4	0	0
Arbeitsgericht					
R2	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts	4	4		
R1	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts, Richter/-innen am Arbeitsgericht	18	18 ²⁾		
A12	Justizamtsräte/-innen	3	3		
A11	Justizamtfrauen/-männer	2	2		
A10	Justizoberinspektoren/-innen	6	6		
A9 LG 1.2	Justizamtsinspektoren/-innen	4	4		
Summe [Arbeitsgericht]:		37	37	0	0
Summe :		47	47	0	0

1) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. R 3 SHBesO ausgestattet.

2) 1 Stelle ist mit einer Amtszulage gem. Fußnote 1 zu BesGr. R 1 SHBesO ausgestattet.

428 01

Entgeltgruppe

Landesarbeitsgericht

	Stellenanzahl	
	2013	2014
E10	1	1
E9	2	2
E8	3	3
E6	4	4

09 09 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E5	1	1
Summe [Landesarbeitsgericht]:	11	11
Arbeitsgericht		
E9	2	2
E8	4	4
E6	22	22
E3	1	1
Auszu- bild.	2	2
Summe [Arbeitsgericht]:	31	31
Summe :	42	42

Vermerke:

- Eine Stelle der EntgGr. E8 darf nur zur Hälfte aus der EntgGr. E6 besetzt werden. (aus HH 2006)
- 2 Stellen E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6; Arbeitsgericht). (aus HH 2013)
- 1 Stelle E9 dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, keine Stufen 5 und 6; Landesarbeitsgericht). (aus HH 2013)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
	2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Leitende Archivdirektoren/-innen	1	1	
A15	Archivdirektoren/-innen	2	2	
A14	Oberarchivräte/-innen	4	4	
A13 LG	Oberamtsräte/-innen	1	1	
2.1				
A12	Amtsräte/-innen	2	2	
A11	Archivamtmänner/-frauen	4	4	
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	0	1	
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	1	0	¹⁾
Summe :		15	15	0 0

1) 1 Planstelle der BesGr. A 8 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden.

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A9 LG 1.2							1				+1	von A8 -Regierungshauptsekretäre/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
2	A8								1			-1	nach A9 LG 1.2 -Amtsinspektoren/-innen- (Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:								1	1			0	

	Stellenanzahl	
	2013	2014
422 03		
<i>Bes.Gruppe</i>		
Anw. LG 2.2	Archivreferendare/-innen	1 1
Anw. LG 2.1	Archivinspektoranwärter/-innen	1 1
Summe :		2 2

	Stellenanzahl	
	2013	2014
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E11		1 1
E9		1 1
E6		4 4
E5		6 7

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
	2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16 Leitende Bibliotheksdirektoren/-innen	1	1		1
A13 LG 2.2 Bibliotheksräte/-innen	1	0		1
A13 LG 2.1 Oberamtsräte/-innen	1	0		1
A12 Amtsräte/-innen	1	1		1
A11 Bibliotheksamtmänner/-frauen	1	1		
A10 Bibliotheksoberinspektoren/-innen	2	1		1
Summe :	7	4	0	5

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.2						1					-1	nach Tit. 428 01 / E13 (Anpassung an die tatsächliche Stellenbesetzung)
2	A13 LG 2.1						1					-1	nach Tit. 428 01 / E13 (Anpassung an die tatsächliche Stellenbesetzung)
3	A10						1					-1	nach Tit. 428 01 / E10 (Anpassung an die tatsächliche Stellenbesetzung)
Summe:							3					-3	

	Stellenanzahl	
	2013	2014
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E13	3	5
E10	0	1
E9	1	1
E6	3	4
E5	3	2
Summe :	10	13

Vermerke:

1 Stelle E6 darf nur mit 50 v.H. der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden. (aus HH 2007/2008)

09 43 Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13					1						+2	von Tit. 422 01 / A 13 LG 2.2 -Bibliotheksräte/-innen-
2						1							von Tit. 422 01 / A 13 LG 2.1 -Oberamtsräte/-innen-
3	E10					1						+1	von Tit. 422 01 / A10 -Bibliotheksüberinspektoren/-innen-
4	E6							1				+1	von E5 (Umsetzung Beförderungspaket)
5	E5									1		-1	nach E6 (Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:						3		1	1			+3	

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
	2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Leitende Wissenschaftliche Direktoren/-innen	1	1	
A15	Wissenschaftliche Direktoren/-innen	1	1	
A14	Wissenschaftliche Oberräte/-innen	1	1	1
A13 LG 2.2	Wissenschaftliche Räte/-innen	1	1	
Summe :		4	4	0

	Stellenanzahl	
	2013	2014
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E13	2	4
E11	1	1
E9	8	9
E6	1	2
E5	4	4
E3	0	1
Summe :	16	21

Vermerke:

1 Stelle E5 darf nur mit einer oder einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2007/2008)

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2013 waren am 01.02.2013 besetzt mit	
	2013	2014	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16 Landeskonservatoren/-innen	1	1		
A15 Wissenschaftliche Direktoren/-innen	2	2		
A14 Oberkonservatoren/-innen	4	4		3
A13 LG Konservatoren/-innen	3	3		3
2.2				
A12 Amtsräte/-innen	1	1		1
A11 Regierungsbauamt männer/-frauen	1	0		1
Summe :	12	11	0	8

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A11						1					-1	nach Tit. 428 01 / E11 (Anpassung an die tatsächliche Stellenbesetzung)
Summe:							1					-1	

	Stellenanzahl	
	2013	2014
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E13	1	1
E11	0	1
E10	1	1
E6	2	4
E5	2	0
Praktikant	1	1
Volontär	1	1
Summe :	8	9

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E11					1						+1	von Tit. 422 01 / A11 -Regierungsbauamt männer/-frauen-
2	E6							2				+2	von E5 (Umsetzung Beförderungspaket)

09 45 Landesamt für Denkmalpflege

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
3	E5								2			-2	nach E6 (Umsetzung Beförderungspaket)
Summe:						1		2	2			+1	

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2014

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7 428 01 428 TG	8	9
09 01	Ministerium	2014	106	-	-	61	-	167
		2013	109	-	-	63	-	172
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	2014	1.821	-	926	730	55	3.532
		2013	1.821	-	966	730	55	3.572
09 03	Justizvollzugsanstalten	2014	836	-	54	62	-	952
		2013	828	-	65	63	-	956
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	2014	70	-	1	38	-	109
		2013	70	-	1	38	-	109
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	2014	101	-	-	76	-	177
		2013	101	-	-	76	-	177
09 06	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	2014	22	-	-	7	-	29
		2013	22	-	-	7	-	29
09 08	Staatsanwaltschaften	2014	463	-	2	178	-	643
		2013	465	-	2	182	-	649
09 09	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	2014	47	-	-	40	2	89
		2013	47	-	-	40	2	89
09 42	Landesarchiv	2014	15	-	2	24	-	41
		2013	15	-	2	20	-	37
09 43	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek	2014	4	-	-	13	-	17
		2013	7	-	-	10	-	17
09 44	Archäologisches Landesamt	2014	4	-	-	37	-	41
		2013	4	-	-	16	-	20
09 45	Landesamt für Denkmalpflege	2014	11	-	-	7	2	20
		2013	12	-	-	6	2	20
Summe		2014	3.500	-	985	1.273	59	5.817
		2013	3.501	-	1.036	1.251	59	5.847

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2014

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2014	Ministerium	09 01
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	09 02
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Justizvollzugsanstalten	09 03
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	09 04
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	09 05
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	09 06
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Staatsanwaltschaften	09 08
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	09 09
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Landesarchiv	09 42
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek	09 43
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Archäologisches Landesamt	09 44
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014	Landesamt für Denkmalpflege	09 45
-	-	-	-	-	2013		
-	-	-	-	-	2014		Summe
-	-	-	-	-	2013		

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Hebungen 2014

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
09 01	Ministerium				2 2
			E6 E5	E8 E6	
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit				12 1 3 4 3
	A7 A6 LG 1.1	A8 A7			
			E8 E6 E6	E9 E9 E8	
09 03	Justizvollzugsanstalten				39 1
	A8 A8	A9 LG 1.2 A9 LG 1.2			
09 05	Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit				1 2
	A11 A6 LG 1.2	A12 A7			
09 08	Staatsanwaltschaften				8
	A7	A8			
09 42	Landesarchiv				1 1
	A8	A9 LG 1.2	E3	E5	
09 43	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek				1
			E5	E6	
09 44	Archäologisches Landesamt				1
			E5	E6	
09 45	Landesamt für Denkmalpflege				2
			E5	E6	
Summe	65	65	19	19	84

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Umwandlungen 2014

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit						
	R2			R2			1
	R2			R2			1
	A13 LG 2.1			A13 LG 2.1			1
	A12			A12			1
				A10			2
09 03	Justizvollzugsanstalten						
				A7			8
09 04	Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit						
	R3			R3			1
09 08	Staatsanwaltschaften						
	A9 LG 2.1			A12			1
09 43	Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek						
	A13 LG 2.2					E13	1
	A13 LG 2.1					E13	1
	A10					E10	1
09 45	Landesamt für Denkmalpflege						
	A11					E11	1
Summe	10	0	0	16	0	4	20

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Übertragungen 2014

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit				
nach 09 08					
	A10	A10			2
Summe	2	2	0	0	2

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 01 Ministerium							
422 01							
A15	1	2001	mit Wegfall der Erstattung der Personalkosten einschließlich Versorgungszuschlag und Nebenkosten, spätestens mit Ausscheiden des Stelleninhabers - Freilichtmuseum Molfsee- (von 0701-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung)			1	von 0701-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsverteilung wegen Regierungsneubildung
09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit							
428 01							
E6	3	2000	(Vermittlungspersonal) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber			3	Änderung der im HH 2000 ausgebrachten kw-Vermerke aufgrund Hebung der betroffenen Stellen der EG 5 nach EG 6 infolge des Inkrafttretens der Entgeltordnung zum TV-L zum 1. Jan. 2012.
E4	2	2000	(Vermittlungspersonal) mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber			2	
09 03 Justizvollzugsanstalten							
422 01							
A11	1	2013	gem. § 13 Absatz 1 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	FM 22.06.2011 - VI 216 - HHV 2011-
A9 LG 2.1	1	2013	am 31.07.2014 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012-			1	FM 20.06.2011 - VI 216 - HHV 2011 -
A9 LG 2.1	1	2013	am 31.07.2015 künftig wegfallend mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers, spätestens nach drei Jahren -gem. § 15 Satz 1 Ziffer 1 HG 2011/2012-			1	FM 12.07.2012 - VI 214 - HHV 2012 -
A9 LG 1.2	1	2009/2010	gem. § 12 b Nr.1 HG 2006 für freigestellte Personalratsmitglieder			1	für ein freigestelltes Personalratsmitglied der JVA Neumünster
428 01							
E6	1	2004/2005	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 01.09.2014			1	
E5	1	2004/2005	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 01.07.2029			1	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2013 realisiert und im HH 2014 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2014 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2014 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel BesGr. EntgeltGr.	Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	kw-Vermerke			Bemerkung
				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8
09 05 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit							
422 01							
R1	9	2009/2010	am 31.12.2018 Hinausschieben der kw-Vermerke vom 31.12.2014 auf den 31.12.2018 aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssitua- tion. (Sozialgerichte)			9	
428 01							
E6	9	2009/2010	am 31.12.2018 Hinausschieben der kw-Vermerke vom 31.12.2014 auf den 31.12.2018 aufgrund der fortdauernd hohen Belastungssitua- tion. (Sozialgerichte)			9	
09 42 Landesarchiv							
428 61							
E5	3	2011/2012	mit Wegfall der Personalkostenerstattung durch den Bund			3	
Summe				0	0	33	

in Spalte 5: kw-Vermerk im Jahr 2013 realisiert und im HH 2014 nachvollzogen
in Spalte 6: kw-Vermerk im HH 2014 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 7: kw-Vermerk im HH 2014 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel		Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	ku-Vermerke			Bemerkung
aus BesGr. EntgeltGr.	in BesGr. EntgeltGr.				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
09 01 Ministerium								
422 01								
B7	B5	1	2011/2012	Änderung Landesbesoldungsord- nung / Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012 (1 ku-Vermerk umge- setzt nach 0401-422 01; § 50 LHO, wegen Änderung der Geschäftsverteilung)			1	1 ku-Vermerk umgesetzt nach 0401-422 01; § 50 LHO, Änderung der Geschäftsver- teilung wegen Regierungs- neubildung
09 02 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit								
422 01								
A9 LG 1.2	A8	1	1994	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.09.2014			1(*)	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.09.2014
A9 LG 1.2	A8	1	1994	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.05.2017			1(*)	
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.12.2016			1(*)	
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.11.2023			1(*)	
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.10.2019			1(*)	
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.06.2020			1(*)	
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.01.2016			1(*)	
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.07.2021			1(*)	
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.07.2021			1(*)	

in Spalte 6: ku-Vermerk im Jahr 2013 realisiert und im HH 2014 nachvollzogen
in Spalte 7: ku-Vermerk im HH 2014 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 8: ku-Vermerk im HH 2014 unverändert weiter ausgebracht

Kapitel Titel		Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	ku-Vermerke			Bemerkung
aus BesGr. EntgeltGr.	in BesGr. EntgeltGr.				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.08.2018		1(*)		
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.03.2016		1(*)		
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 28.02.2023		1(*)		
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.04.2020		1(*)		
A8	A7	1	1995	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.08.2028		1(*)		
A8	A7	1	1995	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.11.2028		1(*)		
A8	A7	1	1995	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 30.11.2015		1(*)		
A8	A7	1	1995	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.10.2028		1(*)		
A8	A7	1	1995	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers - spätestens am 31.08.2027		1(*)		
A7	A6 LG 1.1	1	2003	mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am 30.09.2023		1(*)		
09 08 Staatsanwaltschaften 422 01								
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am 31.07.2021		1(*)		
A9 LG 1.2	A8	1	1995	mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am 30.09.2016		1(*)		

in Spalte 6: ku-Vermerk im Jahr 2013 realisiert und im HH 2014 nachvollzogen
 in Spalte 7: ku-Vermerk im HH 2014 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
 in Spalte 8: ku-Vermerk im HH 2014 unverändert weiter ausgebracht

09

Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

ku-Vermerke 2013

Kapitel Titel		Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	ku-Vermerke			Bemerkung
aus BesGr. EntgeltGr.	in BesGr. EntgeltGr.				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
A8	A7	1	1995	mit Ausscheiden des Stelleninhabers - spätestens am 30.06.2023		1(*)		
Summe					0	22	1	

in Spalte 6: ku-Vermerk im Jahr 2013 realisiert und im HH 2014 nachvollzogen
in Spalte 7: ku-Vermerk im HH 2014 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 8: ku-Vermerk im HH 2014 unverändert weiter ausgebracht

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Neue Stellen 2014

Kapitel	Beamten und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl	
	BesGr.	EntgeltGr.			
1	2	3	4	5	
09 42	Landesarchiv				
		E4	gegen Einsparung von Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)		2
		E4	gegen Einsparung von Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)		2
09 44	Archäologisches Landesamt				
		E13	gegen Einsparung von Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)		8
		E13	gegen Einsparung von Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)		2
		E9	gegen Einsparung von Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)		3
		E9	gegen Einsparung von Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)		1
		E5	gegen Einsparung von Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)		1
		E5	gegen Einsparung von Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)		1
		E3	gegen Einsparung von Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)		4
		E3	gegen Einsparung von Stellen für Anw. LG 2.2 -Referendare/-innen- bei 0902 - 428 04 (Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit)		1
Summe	0	25		25	

09 Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Einsparungen 2014

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
09 01	Ministerium			
	A10		10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	1
	A9 LG 2.1		10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	2
		E5	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	2
09 02	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit			
	Anw. LG 2.2		zur Ausbringung neuer Stellen in den Kap. 0942 (Landesarchiv) und 0944 (Archäologisches Landesamt)	25
	Anw. LG 2.2		10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	9
	Anw. LG 2.2		10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	4
09 03	Justizvollzugsanstalten			
	Anw. LG 1.2		10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	3
		E6	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	1
09 08	Staatsanwaltschaften			
	A6 LG 1.2		10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	4
		E5	10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020 (Gesamthaushalt)	4
Summe	48	7		55